

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	13
Klima & Energie	14
Konsum & Verbraucherschutz	18
Landwirtschaft & Gentechnik	19
Naturschutz & Biodiversität	21
Stadt & Region	23
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Ressourcen	28

**VERBÄNDE**



Thema: Finanzkrise	31
Aus den Verbänden	32
Preise	32

**SERVICE**

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Schwerpunkt: Ernährungswende Klimafreundlich essen will gelernt sein	

**THEMEN DES MONATS**

Agrokerosin

## Der Traum vom Bio-Flug

**Der europäische Flugverkehr wird auch mit Agrartreibstoffen nicht klimafreundlich**

Seite 2

Energiegenossenschaften

## Mit Bürgerengagement zur Energiewende

**Ein breites Spektrum genossenschaftlicher Modelle bringt die erneuerbaren Energien von unten voran**

Seite 4

Kohle und Klimaschutz

## Parteibüros besetzen statt Kraftwerke

**Klimacamps im Lausitzer und im Rheinischen Revier machen Braunkohle wieder zum Thema**

Seite 6

Wälder

## Waldschutz ist Klimaschutz

**Richtig angewandt kann der REDDplus-Mechanismus Treibhausgase aus Waldzerstörung vermeiden**

Seite 8

Interview: Feldbefreiungen

## „Gentechnik privatisiert die Nahrung“

**In Belgien wurde eine Forscherin entlassen, weil sie eine Aktion gegen BASF-Genkartoffeln verteidigt hatte**

Seite 20

## Agrokerosin

# Der Traum vom Bio-Flug

Der europäische Flugverkehr wird auch mit Agrartreibstoffen nicht klimafreundlich

**Biosynthetisches Kerosin soll 2050 einen Anteil von 40 Prozent in europäischen Flugzeugtanks erreichen. Denn im EU-Emissionshandel gelten Agrotreibstoffe als klimaneutral. Große Fluglinien testen bereits Treibstoffe aus Pflanzen- und Tierfetten. Doch das saubere Fliegen mit Biosprit ist eine Illusion. Weder lässt sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf ein akzeptables Maß reduzieren noch die Zerstörung von Regenwald vermeiden. ■ VON ANTJE WAGNER, UMWELTINSTITUT MÜNCHEN**

Bei Lufthansa knallten am 15. Juli die Sektkorken. An Gate A17 des Hamburger Flughafens wurde der erste sogenannte „Bio“-Flug der Kranichlinie gefeiert. Der Airbus A321, der um 11.15 Uhr mit Ziel Frankfurt am Main abhob, war zur Hälfte mit einem Gemisch aus herkömmlichem Flugbenzin und Kraftstoff auf organischer Basis betankt. Bereits einen Monat vorher hatte die niederländische KTM ein mit Agrokraftstoff betriebenes Flugzeug ins Rennen geschickt. Auch alle anderen großen Fluglinien haben Pläne für den Einsatz von biosynthetischem Kerosin in der Schublade.

Der Luftverkehr ist der am stärksten wachsende Sektor im Verkehrsbereich. Laut Internationaler Luftfahrtorganisation (IATA) beträgt das jährliche Wachstum im Passagiergeschäft über fünf Prozent. Noch

deutlicher wächst die Sparte Luftfracht. Denn immer mehr Güter müssen besonders schnell um die Welt transportiert werden. Der Flughafen Frankfurt ist noch vor den Seehäfen der größte Fischumschlagplatz Deutschlands. Auch Blumen, exotische Früchte, Computer und Textilien werden per Luftfracht transportiert. Trends, Moden und Techniken ändern sich in rasendem Tempo, sodass der Transport der Produkte von den Produzentenländern – meist Drittstaaten – in die oft weit entfernten Konsumentenländer schnell vorstattengehen muss.

## Die Airlines sind Opfer ihres Erfolgs

Einerseits freut dies die Luftfahrtindustrie. Doch andererseits wird sie von ihrem eigenen Erfolg überwältigt. Denn mit

der Zahl der Flüge steigt auch ihr Anteil an klimaschädlichen Emissionen. Diese nehmen in der Luftfahrt stärker zu als in jedem anderen Wirtschaftszweig der Europäischen Union. Schon jetzt macht der Flugverkehr sieben Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen aus. Der Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt 3,5 Prozent pro Jahr. CO<sub>2</sub> ist aber nicht das einzige Treibhausgas, das die Flugzeuge ausstoßen. Der direkte Eintrag von Stickoxiden und von Wasserdampf in hohe Luftschichten ist bis zu fünfmal klimaschädlicher als die CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Im krassen Gegensatz zu den Wachstumsprognosen stehen die ambitionierten Klimaziele der Flugindustrie: Die IATA hat sich zum Ziel gesetzt, dass Flugzeuge bis 2050 nur noch halb so viel CO<sub>2</sub> verursachen wie im Jahr 2005. Wie aber kann der



## Neues Denken, neuer Mut

Klimawandel, Kriege, Kapitalismuskrisis – der Ausnahmezustand droht zum Normalfall zu werden. Spätestens seit Fukushima ist die Einsicht, »dass sich etwas ändern muss«, so weit verbreitet wie nie zuvor. In seinem »Wörterbuch des Wandels« reflektiert Hans-Peter Dürr die zentralen Themen unserer Zeit: von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft. Der Träger des Alternativen Nobelpreises zeigt Wege auf, wie wir die Krisen bewältigen können, um unser eigenes Leben wie das aller anderen wieder lebendiger werden zu lassen.

H.-P. Dürr

### Das Lebende lebendiger werden lassen

Wie uns neues Denken aus der Krise führt

168 Seiten, Hardcover, 17,95 EUR, ISBN 978-3-86581-269-8

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Ausstoß an Treibhausgasen trotz des dynamischen Wachstums reduziert werden? Die lange Nutzungsdauer der Flugzeuge von 30 bis 40 Jahren führt dazu, dass sich Effizienzsteigerungen nur langsam auswirken. Auch Elektroantriebe oder Hybridmotoren sind für große Flugzeuge keine Option.

### Weiter wie bisher, nur in Grün?

Ab 2012 müssen alle in Europa landenden Fluglinien am EU-Emissionshandelssystem ETS teilnehmen. Deshalb propagieren die Luftverkehrsunternehmen den Einsatz von Agrotreibstoff. Der Clou dabei: Agrokraftstoffe gelten im ETS als klimaneutral. Für Fluglinien ist dies ein starker Anreiz, sehr schnell sehr viele ihrer Flieger mit Derivaten aus Pflanzen- oder Tierfetten zu betanken. Denn wer mit Agrokerosin fliegt, verursacht angeblich null Emissionen.

Dieser Mythos von der CO<sub>2</sub>-Neutralität der Agrokraftstoffe hält sich hartnäckig, beruht aber ungeachtet seiner häufigen Wiederholung auf einer Lüge. Die europäische Biokraftstoffnachhaltigkeitsverordnung schreibt gerade einmal eine Emissionseinsparung von 35 Prozent vor. Von CO<sub>2</sub>-Neutralität ist das weit entfernt. Und nicht einmal die in der Nachhaltigkeitsverordnung festgelegten Einsparungen werden tatsächlich erreicht. Denn indirekte Landnutzungsänderungen werden in der Verordnung nicht berücksichtigt.

Am Beispiel von Rapsöl sind die Auswirkungen dieser indirekten Landnutzungsänderungen gut zu erkennen. Das Gros des Agrodiesels wird in Europa aus Rapsöl hergestellt. Der Anteil an Palmöl in europäischem Biodiesel ist, auch aufgrund technischer Spezifikationen, relativ gering. Die Biokraftstoffindustrie behauptet daher, europäischer „Bio“-Diesel“ trage nicht zur Regenwaldzerstörung bei. Doch seitdem große Mengen an Rapsöl in die Kraftstoffproduktion fließen, importiert die Nahrungsmittelindustrie mehr Palm- und Sojaöl, um das fehlende Rapsöl zu ersetzen. Europäischer Biodiesel führt also durchaus zur Naturzerstörung in Ländern wie Indonesien und Brasilien.

Bezieht man die durch Waldrodungen entstehenden Emissionen in die Klimabi-

lanz des Agrodiesels ein, wird der „grüne“ Treibstoff zum Klimakiller. Ein Liter Agrodiesel aus Palmöl setzt 800 Prozent mehr Treibhausgase frei als Diesel aus fossilen Rohstoffen. Ein Report des Institute for European Environmental Policy (IEEP) warnt, dass die in der EU vermarkteten Biokraftstoffe bis zu 167 Prozent schlechter für das Klima seien als fossile Kraftstoffe, wenn man indirekte Landnutzungsänderungen berücksichtigt.

### Fatale Folgen in Lateinamerika

Reserven an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche befinden sich vor allem in Afrika und Südamerika. Da dort auch die Produktionskosten für Agrotreibstoffe deutlich niedriger sind als in Europa, wird immer mehr Pflanzenöl aus Brasilien und Argentinien und langfristig auch aus Afrika importiert, also aus Ländern, in denen sich die Agroindustrie systematisch über Umweltschutzkriterien und menschliche Grundrechte hinwegsetzt.

In Lateinamerika hat Agrosprit schon heute fatale ökologische und soziale Folgen. Er führt zur Zerstörung natürlicher Lebensräume, zur Verdrängung kleinbäuerlicher Landnutzung, zur Ausbreitung von Gentechnik, Pestiziden und kunstdüngergetriebener Landwirtschaft und zu immensen Wasserverbrauch.

Kleinbauern und Indigene werden von ihrem Land vertrieben oder mit falschen Versprechungen zu Verkauf oder Verpachtung animiert. Die Arbeitsbedingungen in der Plantagenwirtschaft sind meist katastrophal. Die Bevölkerung leidet unter Hunger, Wassermangel und dem Einsatz von Pestiziden. Extensive Landwirtschaft, die der Ernährung von Menschen dient, wird durch industrialisierte Monokulturen ersetzt, die die Mobilität einer globalen Elite sicherstellen sollen. Die steigenden Nahrungsmittelpreise treffen vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten und verstärken Hunger und Armut.

Die „Biofuel“-Verantwortlichen der Fluglinien betonen, dass für den Agrotreibstoff keine Regenwälder gerodet und auch der Nahrungsproduktion keine Flächen entzogen würden. Das in der Testphase

von der Lufthansa eingesetzte Kerosin wird aus Jatropa, Leindotteröl und finnischen Schlachtabfällen gewonnen. Der Agrosprit von KLM und der TUI-Linie Thomson Airways wird vom US-Hersteller Dynamic Source aus gebrauchtem Speiseöl raffiniert.

### Entweder Wachstum oder Nachhaltigkeit

Doch bis 2050 sollen dem Flugbenzin mindestens 40 Prozent Agrotreibstoff beigemischt werden – bei einem wachsenden Flugaufkommen. Dazu kommt, dass praktisch alle Industrie- und Schwellenländer auf Agrosprit setzen. Nicht nur die EU hat hohe Beimischungsquoten, auch China, Indien, Japan, Brasilien und die USA wollen einen Großteil ihrer Mobilität mit Agrotreibstoffen bestreiten. Die Nutzung von „Biofuels“ in der Luftfahrt befeuert diesen gigantischen Verbrauch an organischen Rohstoffen zusätzlich. Laut Financial Times Deutschland würde allein die Lufthansa im Jahr 2025 eine Fläche von der Größe Niedersachsens nur für den Jatropa-Anteil ihres Agrosprits benötigen. Woher der enorme Nachschub an Agrokraftstoff in Zukunft kommen soll, ist nicht geklärt. Sicher nicht nur aus amerikanischen Fritteusen und finnischen Schlachthäusern.

Agrotreibstoffe werden den Flugverkehr nicht klimaverträglich machen. Für eine nachhaltige Entwicklung muss der Flugverkehr drastisch reduziert werden. Wir müssen uns also entscheiden: Entweder schützen wir das Klima oder die Fluglinien. Wenn Klimaschutz und damit auch der Schutz unserer Zukunft ernst gemeint sind, brauchen wir dringend ein neues Mobilitätsverhalten.

Die Forstwissenschaftlerin Antje Wagner hat für Entwicklungshilfeorganisationen in Lateinamerika gearbeitet. Heute ist sie Referentin für Energie und Klima am Umweltinstitut München.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)89 / 307749-29,  
Fax -20, E-Mail:  
aw@umweltinstitut.org,  
www.umweltinstitut.org

## Energiegenossenschaften

# Mit Bürgerengagement zur Energiewende

Ein breites Spektrum genossenschaftlicher Modelle bringt die erneuerbaren Energien von unten voran

**Genossenschaftlich betriebene Solarstromanlagen machen es möglich, auch mit geringem Kapitaleinsatz in saubere Energien zu investieren. Anders als Solarfonds erlauben Genossenschaften Mitsprache und soziales Engagement. Je nach Aufbau und Zielen gibt es sehr verschiedene Modelle von der sozialökologischen Initiative bis zur Solar-Bürger-Genossenschaft mit Dachorganisationscharakter. ■ VON BURGHARD FLIEGER, INNOVA EG**

„Für Investorinnen und Investoren mit mehreren Tausend Euro verfügbarem Kapital gibt es bereits zahlreiche Möglichkeiten, ihr Geld in erneuerbare Energien anzulegen. Uns geht es darum, dass auch Sparer und Anleger mit geringem Kapitaleinsatz in erneuerbare Energien investieren können.“ So beschreibt der Solarpionier Erhard Renz aus dem hessischen Bürstadt das Selbstverständnis der Solar-Bürger-Genossenschaft<sup>(1)</sup>. Sie steht stellvertretend für die zunehmende Zahl genossenschaftlicher Lösungen im Energiesektor. Der als „Sonnenflüsterer“ bekannte Renz bevorzugt für Solarkraftwerke die Rechtsform der Genossenschaft: „Wir wollen nicht nur das Geld der Leute, sondern auch ihr Engagement und ihre Mitsprache. Damit heben wir uns deutlich von den üblichen Solarfonds ab.“

### Genossenschaftlicher Gründungsboom

Wer Mitglied der Solar-Bürger-Genossenschaft werden will, überweist 100 Euro oder ein Vielfaches dieses Betrags auf das Genossenschaftskonto und unterzeichnet eine Beitrittserklärung. Mit der Unterschrift des Genossenschaftsvorstands ist die Mitgliedschaft dann bereits rechtsgültig. „Auf diese Weise kann jeder Interessierte bei uns Mitbetreiber von mehreren Solarkraftwerken werden“, erläutert Renz den sogenannten Geschäftsgegenstand der Genossenschaft. Das Modell rechnet sich, sobald der „Kraftwerkspark“ einer Genossenschaft Solaranlagen mit der Nennleistung von mindestens 300 Kilowatt Peak umfasst.

Gegenwärtig lässt sich bei den nunmehr rund 300 Energiegenossenschaften

von einem kleinen Gründungsboom sprechen. Das ist erstaunlich, wird doch bei der Auseinandersetzung um eine nachhaltige Energieversorgung der Blick seit Jahren vor allem auf Fragen der Ressourcen und der Technik gerichtet. Um neue energie-wirtschaftliche Konzepte dauerhaft zu verwirklichen, haben aber soziale Aspekte wie Eigentums-, Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen eine mindestens ebenso große Bedeutung. Hier kann die Rechtsform der Genossenschaft die Lösung bringen, steht sie doch für Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Der genossenschaftliche Förderauftrag verlangt schon vom Gesetz her die konsequente Durchsetzung des Mitglieder-willens und -nutzens.

Zwei der vier bundesweiten konzernunabhängigen Ökostromanbieter in Deutschland sind genossenschaftlich

organisiert: Greenpeace Energy und die Genossenschaft Netzkauf EWS der Elektrizitätswerke Schönau im Schwarzwald. Die beiden Genossenschaften können als die Ökostromanbieter mit der höchsten Glaubwürdigkeit angesehen werden. Sie beliefern jeweils über 100.000 Kundinnen und Kunden. Voraussetzung für ihre Entstehung war die Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland im Jahr 1998. Ihre Pionierfunktion als nutzerorientierte Unternehmensorganisation musste einmal systematisch aufgearbeitet werden, um Erkenntnisse für die partizipative Einbindung von VerbraucherInnen zu gewinnen. Von Greenpeace Energy und EWS lässt sich lernen, wie sie den Dialog mit ihren Mitgliedern und vor allem ihren Mitgliederkunden organisieren, um sich sozial und ökologisch nachhaltig zu entwickeln.

## Energiegenossenschaften für jeden Zweck

Zu den Energiegenossenschaften kann ein breites Spektrum in sehr unterschiedlichen Bereichen tätiger Genossenschaften gezählt werden, deren Mitglieder, Nutzerinnen oder Beschäftigte dem Energiesektor zuzurechnen sind. Unterscheiden lassen sich vor allem Energieproduktions-, Energieverbraucher- und Energiedienstleistungsgenossenschaften. Zurzeit weisen drei energiegenossenschaftliche Modelle stärkere Wachstumsraten auf:

► Energieverbraucher-genossenschaften, die auf mehr Beteiligung und Verantwortungs-

übernahme der KonsumentInnen vor allem in städtischen Regionen setzen;

- Bioenergiedörfer, die integrierte Lösungen für eine eigenständige Energieversorgung und gleichzeitig die Einbindung von Energieerzeugern und -verbrauchern in die Verantwortungsstrukturen in kleinen meist ländlichen Gemeinden praktizieren;<sup>(2)</sup>
- Energieproduktionsgenossenschaften mit dem Schwerpunkt Fotovoltaik, die das Beteiligungsinteresse auch von weniger finanzkräftigen InvestorInnen für dezentrale bürgerschaftliche Lösungen wecken.

Der Schwerpunkt des seit zwei Jahren zu beobachtenden Gründungsbooms bei den Energieproduktionsgenossenschaften liegt eindeutig bei der Solarenergie. Dazu beigetragen haben das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seiner garantierten Einspeisevergütung sowie die Freistellung der Genossenschaft von der Prospektspflicht. Bei der Fotovoltaik zeichnet sich eine Bürgerbewegung ab, bei der die spannende Mischung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Motiven erfolgversprechende Grundlagen für eine dezentrale Energieversorgung schafft.

### Sozial-ökologisch oder organisatorisch-institutionell?

Die Gründungen unterscheiden sich durch ihre Ausrichtung und die beteiligten Akteure. Auffällig sind drei Grundtypen: die sozialökologischen, die organisatorisch-institutionellen und die bürgerschaftlichen Fotovoltaikgenossenschaften.

Innerhalb der Solarszene sind die sozialökologischen Initiativen eher Exoten. Wegen ihrer solidarökonomischen Ausrichtung erhalten sie aber zu Recht mehr Aufmerksamkeit als andere Solargenossenschaften. Ein Beispiel dafür ist die Münsteraner Genossenschaft Fairplanet. Sie verknüpft seit Anfang 2007 den Bau von Stromproduktionsanlagen mit einem genossenschaftlichen Organisationsrahmen. Ihre GründerInnen und Mitglieder sehen Energieerzeugung, wechselseitige Solidarität und Klimaschutz im globalen Zusammenhang. Das drückt sich unmittelbar in den Projekten aus, die sie finanzieren: neben Fotovoltaikanlagen in Deutschland beispielsweise ein Biomasse-Dorfkraftwerk in Bihar, einer der ärmsten Regionen Indiens. Bei der Umsetzung lässt sich Fairplanet von einer durchdachten Investitionsstrategie leiten: 75 Prozent der Genossenschaftsanteile werden in Erneuerbare-Energie-Anlagen und demnächst auch in Energieeffizienzprojekte in Armutsregionen.

Gegenstück dieser sozialökologisch motivierten Globalisierung ist der Slogan

„Odenwälder investieren in den Odenwald“. Mit dieser Philosophie macht gegenwärtig die dortige Energiegenossenschaft bundesweit auf sich aufmerksam. Von ihrer dynamischen Entwicklung lässt sich viel lernen. Die Energiegenossenschaft Odenwald strebt eine regionale Energieversorgung durch rückgebundene und vernetzte Strukturen an. Im Mittelpunkt des Erfolgskonzepts steht die Einbindung sehr unterschiedlicher Zielgruppen: Bürger, Städte, Gemeinden und Unternehmen. Die Energiegenossenschaft Odenwald repräsentiert in idealer Weise die Bündelung eines regionalen bürgerschaftlichen Engagements. Wegen ihrer engen Verbindungen zur örtlichen Volksbank kann sie zu den organisatorisch-institutionellen Ansätzen gezählt werden.

### Ein Rahmen für bürgerschaftliches Engagement

Die Solar-Bürger-Genossenschaft folgt dagegen einem bürgerschaftlichen Ansatz und arbeitet nicht mit professionellen Institutionen zusammen. Die Idee zu dieser Genossenschaft kam von Erhard Renz. Im Unterschied zu vielen anderen Beispielen agiert die Solar-Bürger-Genossenschaft überregional im süddeutschen Raum. Jederzeit können bei Interesse weitere Projektgruppen einsteigen, die eine Anlage in ihrer Gemeinde realisieren wollen, ohne dafür selbst den Weg einer Genossenschaftsgründung zu gehen. Mitglieder werden in der Regel für das Betreiben einer Einzelanlage vor Ort geworben. Ein regionaler Ansatz wird also mit einem überregional nutzbaren Konzept verbunden. Die Solar-Bürger-Genossenschaft bietet sich als Organisationsform oder als Dach an, damit lokale Gruppen vor Ort ihre eigene Solaranlage errichten können. Reichen die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der Gruppe vor Ort nicht aus, können Mitglieder aus anderen Regionen sie unterstützen und querfinanzieren.

Wer eine Energiegenossenschaft neu gründen möchte, kann sich mittlerweile fundiert darauf vorbereiten: Die ersten 27 ProjektentwicklerInnen für Energiegenossenschaften schlossen im Juni 2010 er-

folgreich ihre Qualifizierung ab, die unter anderem von der Landeszentrale für Umweltaufklärung und dem Bildungsministerium Rheinland-Pfalz sowie den Evangelischen Kirchen der Pfalz und in Hessen und Nassau getragen wurde. Die frisch gebackenen Projektentwickler haben sich in vier Monaten in einer Kombination aus mehrtägigen Seminaren und internetgestütztem Lernen auf die Genossenschaftsgründung vorbereitet.

### Zur Projektentwicklerin qualifiziert

Für Kaj Mertens-Stickel aus dem zweiten Kurs kam die Weiterbildung genau zum richtigen Zeitpunkt. Sie wurde vor Kurzem in den Vorstand der Solar-Bürger-Genossenschaft gewählt. „Ich fühle mich deutlich sicherer, eine Genossenschaft erfolgreich zu führen, und kann Instrumente wie Geschäftsplan und Liquiditätsplanung gut praktisch anwenden“, sagt Mertens-Stickel. In Freiburg und in der Südpfalz will die Solar-Bürger-Genossenschaft vor allem Fotovoltaikprojekte realisieren. Sie prüft aber auch die Errichtung von kleinen Blockheizkraftwerken einschließlich ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Der vierte Kurs der Qualifizierung im Herbst in Thüringen ist bis auf wenige Plätze ausgebucht, der fünfte im Frühjahr 2012 in Bayern zurzeit in Planung.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.solarbuergergenossenschaft.de](http://www.solarbuergergenossenschaft.de)
- ▶ (2) [www.de.wikipedia.org/wiki/Bioenergie\\_dorf](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Bioenergie_dorf)

Dr. Burghard Flieger promovierte zu Produktivgenossenschaften. Als Vorstand der Innova eG berät er seit 2001 Nonprofitorganisationen und Unternehmen im Bereich neuer sozialer Bewegungen. An den Fachhochschulen München und Freiburg lehrt er Gemeinwesenökonomie und Sozialmanagement.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)761 / 709023,  
E-Mail:  
[genossenschaft@t-online.de](mailto:genossenschaft@t-online.de),  
[www.energiegenossenschaften-gruenden.de](http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de)



## Kohle und Klimaschutz

# Parteibüros besetzen statt Kraftwerke

Klimacamps im Lausitzer und im Rheinischen Revier machen Braunkohle wieder zum Thema

**Gleich zwei Klimacamps gab es in diesem Sommer in Deutschlands größten Braunkohlenrevieren. In Brandenburg fand eine Besetzungsaktion bei den Regierungsparteien viel Zuspruch in der Öffentlichkeit. Der rot-rote Kurs bei der CO<sub>2</sub>-Speicherung gerät immer weiter unter Druck. Das zweite Camp im Rheinischen Revier hat die Kräfte für eine wirkliche Energiewende auch in der noch unentschlossenen Düsseldorfer Landesregierung gestärkt. ■ VON MIKE KESS**

„Brandenburgs Regierungschef Matthias Platzeck schließt die CCS-Technologie für das Land vorerst aus.“ So titelten die Zeitungen einen Tag nach dem Ende des Klimacamps in Jänschwalde Mitte August. Die 150 TeilnehmerInnen hatten für Klimagerechtigkeit, gegen neue Vattenfall-Tagebaue und gegen die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -verpressung<sup>(1)</sup> demonstriert. Mit Erfolg, könnte man angesichts der Pressemeldungen meinen. Doch in Wirklichkeit ist der SPD-Ministerpräsident keinen Millimeter von seiner Position abgewichen.

### Echte Klimasünder am Arbeitsplatz besucht

Eine Woche lang gab es auf dem Klimacamp<sup>(2)</sup> zu Füßen einer der größten Dreckschleudern Europas, des Kraftwerks Jänschwalde, Diskussionen und Workshops rund um Energieversorgung und Klimawandel. Höhepunkte des Lausitzer Camps waren eine beeindruckende Demonstration im nahen Cottbus und die Besetzung der Parteibüros von Linkspartei und SPD in Cottbus und Potsdam. Dies blieb bei den Bossen der beiden Regierungsparteien nicht unbeachtet. So können die AktivistInnen als Erfolg verbuchen, dass Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) nach 24-stündiger Bürobesezung in Potsdam zum persönlichen Gespräch mit ihnen bereit war und den Forderungskatalog entgegennahm.

Dann der Paukenschlag am letzten Tag des Klimacamps, als Ministerpräsident Platzeck verkündete, Brandenburg werde sich vorerst aus der CCS-Technologie zu-

rückziehen. Doch das von Platzeck benutzte Wörtchen „vorerst“ ließ bei allen, die genau hingehört hatten, schnell Ernüchterung einkehren. Denn dass die Landesregierung die Gefahren für Menschen, Tiere und Wasserversorgung endlich erkannt hätte und die umstrittene „Wundertechnologie“ nicht mehr zum Einsatz bringen wolle, sagten weder Platzeck noch Christoffers.

### Schnell zurückrudern, ohne zu kentern

Ihren Standpunkt, dass es CCS ohne ein einheitliches Bundesgesetz nicht geben werde, hatte die Landesregierung schon einige Monate zuvor verkündet. Einem CCS-Gesetz mit Länderausstiegsklausel werde Brandenburg nicht zustimmen. Die ebenfalls für CCS infrage kommenden Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten nämlich nach unerwartet starken Bürgerprotesten angekündigt, auf ihrem Territorium die CO<sub>2</sub>-Verpressung zu untersagen. Damit stünde Brandenburg allein auf weiter Flur und müsste seinen Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum den Regierenden in Hannover und Kiel der Schutz der Umwelt und der Menschen wichtiger ist als der Koalition in Potsdam. Politischen Selbstmord zum Nutzen eines multinationalen Energiekonzerns begehen – das wollten SPD und Linke dann doch lieber vermeiden.

In Wahrheit stehen Platzeck und Christoffers aber immer noch voll und ganz hinter den Plänen des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall, CCS zu nutzen und neue Tagebaue aufzuschließen, um die Lausitzer Braunkohlekraftwerke im aufziehenden Zeitalter der erneuerbaren

Energien weiter betreiben zu können. Es geht einzig um allein um die Rettung der Braunkohleverstromung und damit letztlich um die Gewinnmaximierung von Vattenfall. Nach dem gescheiterten Volksbegehren gegen neue Tagebaue von 2009 hatten sich die damalige Landesregierung und Vattenfall auf einen Kompromiss verständigt: ohne CCS keine neuen Tagebaue. Seitdem absehbar ist, dass CCS keine Akzeptanz in der Bevölkerung findet, wird in Potsdam das Zurückrudern geübt. Anfang dieses Sommers wies der Ministerpräsident darauf hin, dass dieser Konsens nirgends schriftlich festgehalten sei. Auch sein Wirtschaftsminister erwähnt immer öfter, dass man ja auch auf neue, effizientere Kohlekraftwerke setzen könne, falls CCS nicht kommt. Die „Krone des Zurückruderns“ waren jedoch die Landtagsdebatte Ende August und eine Erklärung der Regierung in derselben Woche. Darin bekräftigte diese, sie wolle CCS nutzen und neue Tagebaue aufschließen. Daher solle ein Antrag zur endgültigen Abstimmung über das nationale CCS-Gesetz im Bundesrat am 23. September eingereicht werden, um die Länderklausel doch noch zu kippen. Falls dies scheitern sollte, gebe es noch die Option, das abgeschiedene CO<sub>2</sub> per Pipeline nach Polen oder Norwegen zu schaffen.

### Mitregierende Linke in Erklärungsnot

War nun das ganze Klimacamp völlig umsonst? Nein, denn eine Woche lang wurde die Braunkohleverstromung kritisch in den Medien beleuchtet. Durch die Besetzungen kam die Politik erheblich unter Druck und musste sich mit den Argumenten der

Braunkohlegegner erneut befassen. Im Gegensatz zur SPD-Betonfraktion wurden innerhalb der Linkspartei Verwerfungen deutlich. Selbst aus der Regierungsfraktion erhielten die Klimacamper Zuspruch. So bezeichnete der Linke-Landtagsabgeordnete Peer Jürgens die Besetzungsaktion als „sinnvolle Maßnahme“, mit der die Proteste gegen CO<sub>2</sub>-Endlager, neue Tagebaue und Kohleverstromung aus den betroffenen Regionen direkt in die Parteizentralen getragen würden. Auch die Linksjugend „solidarisierte“ sich mit der Besetzung: Die Forderung nach einer schnellen und umfassenden Energiewende sei berechtigt. „Die Kritik kommt aus jenen außerparlamentarischen Bewegungen, denen die Partei und ihre Politiker eigentlich parlamentarisches Gehör verschaffen sollten – statt Gesprächen auszuweichen“, sagte Landessprecherin Josephine Michalke. Die Linksjugend stehe „in der Braunkohle-Frage von Anfang an im deutlichen Widerspruch zur Weiter-so-Politik der rot-roten Landesregierung“.

### Gestärkte Zivilgesellschaft

Außerdem haben das Klimacamp und die Aktionen die Vernetzung zwischen aktiven BürgerInnen, Umweltverbänden und lokalen Initiativen verbessert. So wurde die „Liveberichterstattung“ über die Besetzung per Twitter und Facebook – mit Unterstützung der Klima-Allianz – bundesweit bejubelt. Noch bevor die Nachrichtenagenturen berichteten, machten die Besetzungsaktionen über die sozialen Netzwerke die Runde. „Sehr wichtig und sehr gut!“ – Kommentare wie dieser von der Bürgerinitiative CO<sub>2</sub>ntra Endlager aus dem Oderbruch waren bundesweit in Echtzeit zu lesen. Quer durch die Republik wurde getweetet, kommentiert, geteilt und geliked, was das Zeug hielt. Dabei hatte es noch im Vorfeld des Klimacamps Debatten über „zivile Ungehorsam“ gegeben. So wurden Besetzungen von Tagebaueanlagen bei den Bürgerinitiativen zum Teil sehr kritisch gesehen, denn der CCS-Protest in Ostbrandenburg zeichnet sich durch eine große Friedfertigkeit aus. Eine kurzfristige Unterbrechung des Kraftwerksbetriebs

durch Störaktionen von Klimacampteilnehmern hätte bei den Bürgern Ostbrandenburgs deutlich weniger Anklang gefunden als die Besetzung der Parteibüros – denn genau dort sitzen die eigentlichen Verantwortlichen. Die gewählten Volksvertreter sollten endlich das Volk vertreten, statt Klientelpolitik zulasten von Mensch und Umwelt zu machen, so die Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger. Die Politik hat es jetzt in der Hand, CCS zu stoppen und den Neuaufschluss von Braunkohlelagern zu verhindern.

### Campen für den Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Zwei Wochen später fand bei Hambach im Rheinischen Braunkohlerevier, dem anderen großen Braunkohlegebiet Deutschlands, ein weiteres Klimacamp<sup>(3)</sup> statt. Auch dort trafen sich Klimaaktivisten, um für Klimagerechtigkeit und die Energiewende zu streiten. Nach der vorläufigen Absage an den Einsatz der CCS-Technologie durch den das Revier beherrschenden Energiekonzern RWE ging es in dem Camp bei Köln hauptsächlich um neue Tagebaue und Kohlekraftwerke.

Eine klare Linie zum Ausstieg aus der Braunkohleverstromung hat die seit Juli 2010 amtierende rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf noch nicht vorzuweisen. Zwar wagte sich der grüne Umweltminister Johannes Remmel schon mit weitreichenden Klimagesetzen aus der Deckung. Doch die traditionell stark mit der Kohleindustrie verbandelte SPD tut sich in der Frage noch schwer. So dürften die Klimacamper den progressiven Kräften in der Landesregierung Rückenwind verschafft haben. Was die Besetzung der Kohlebahn und die Unterbrechung des Betriebsablaufs im Tagebau Hambach gebracht haben, ist schwer abzuschätzen. In sozialen Netzwerken waren die Meinungen geteilt. Die Aktionen riefen nicht so ein starkes positives Echo hervor wie die Besetzung der Parteibüros in Ostdeutschland. Eines jedoch haben die KohlegegnerInnen erreicht: „Unser Ziel war es, das Thema Braunkohleausstieg auf die Agenda zu bringen“, sagte ein Klimaaktivist dem WDR. Auch die Presse

berichtete überwiegend neutral. Obwohl Nordrhein-Westfalen nicht vor wichtigen politischen Entscheidungen stand und sich eine Enthaltung von SPD und Grünen bei der Bundesratsentscheidung über CCS am 23. September abzeichnete, diskutierte die Öffentlichkeit über Braunkohleverstromung und Klimagerechtigkeit.

### Umweltbewegung zeigt Schlagkraft

Es hat sich gezeigt, dass die deutsche Umweltbewegung auch nach dem Atomausstieg schlagkräftig ist und es schafft, ein komplexes Thema wie Braunkohleverstromung und CCS mit allen Auswirkungen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Zwar ist noch nicht mit einer massiven bundesweiten Bewegung zu rechnen, aber wie die Seite [www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de) der Klima-Allianz zeigt, finden überall dort, wo neue Kohlekraftwerke geplant sind, lokale Proteste dagegen statt. Beeindruckend ist auch die bisherige Bilanz: Von den ursprünglich geplanten 35 Kohlekraftwerken wurden in den letzten Jahren 17 durch massiven Protest vor Ort verhindert. Auch CCS scheint in Deutschland am Ende zu sein. Dank engagierter Menschen im ganzen Land ist die Energiewende in greifbarer Nähe. Oder wie Sabine Niels von den Brandenburger Grünen es bei der Demonstration in Cottbus am 13. August ausdrückte: „Die Geschichte hat gezeigt: Wenn Menschen etwas wirklich wollen, können sie es erreichen.“

### Anmerkungen

- ▶ (1) Vgl. oekom (2010): CO<sub>2</sub>-Speicherung. Klimarettung oder geologische Zeitbombe? politische ökologie 123. München.
- ▶ (2) [www.lausitzcamp.info](http://www.lausitzcamp.info)
- ▶ (3) [www.klimacamp2011.de](http://www.klimacamp2011.de)

Mike Kess studierte Politikwissenschaften, Geografie und Soziologie. Er berät Nichtregierungsorganisationen zu Energie- und Umweltfragen. Seit 2010 arbeitet er für die Grünen-Fraktion im brandenburgischen Landtag.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)176 / 96342391,  
E-Mail: [kontakt@mikess.de](mailto:kontakt@mikess.de),  
[www.mikess.de](http://www.mikess.de)

## Wälder

# Waldschutz ist Klimaschutz

Richtig angewandt kann der REDDplus-Mechanismus Treibhausgase aus Waldzerstörung vermeiden

**Die Klimapolitik will dem CO<sub>2</sub>, das in Wäldern gespeichert ist, einen monetären Wert zuweisen. Doch das Modell birgt auch Risiken. Nichtregierungsorganisationen fordern eine nachweisbare Wirkung für Klima und Biodiversität, den Schutz der Menschenrechte und eine sichere Finanzierung. ■ VON JÜRGEN MAIER, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG**

Der Klimawandel wird vor allem durch die Verbrennung von Kohle und Erdöl verursacht. Aber auch Landnutzungsänderungen tragen dazu bei, besonders die Waldzerstörung, die für rund 17 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Ohne den wirksamen Schutz der Wälder und eine Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung sind wirksamer Klimaschutz und eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf zwei Grad kaum noch möglich. Umgekehrt werden ohne wirksamen Klimaschutz aber auch Wälder und Biodiversität schweren Schaden nehmen. Politische Strategien für den Schutz von Wäldern, Biodiversität und Klima müssen deshalb in engem Zusammenhang stehen. Dabei muss Walderhaltung ökonomisch interessanter werden als Waldzerstörung. So gesehen ist es folgerichtig, dass bei den UN-Klimaverhandlungen auch über den Wald-Klimaschutz-Mechanismus REDDplus (siehe Kasten) verhandelt wird und dass internationale Abkommen wie die UN-Biodiversitätskonvention dabei eine wichtige Rolle spielen.

Allerdings gibt es bei Nichtregierungsorganisationen (NGO) und darüber hinaus kontroverse Debatten über REDD, weil viele befürchten, dass Wälder auf Kohlenstoffspeicher reduziert werden. Außerdem kann REDD auch so gestaltet werden, dass es die Bemühungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe konterkariert – je nachdem, welche Anrechnungsmöglichkeiten auf Klimaschutzverpflichtungen erlaubt sind. Andererseits wollen nach dem Scheitern fast aller Anläufe für wirksame internationale Waldschutzinstrumente viele Waldschützer mit REDD-Projekten

endlich an die Mittel kommen, die bisher für einen wirksamen Waldschutz fehlen.

Die Arbeitsgruppe Biodiversität des Forums Umwelt & Entwicklung, eines Zusammenschlusses deutscher NGOs, hat sich schon 2009 mit REDD auseinandergesetzt und Kriterien und Anforderungen an einen REDD-Mechanismus in einem Positionspapier formuliert. Zur Aktualisierung fand Ende Mai dieses Jahres ein weiteres Treffen gemeinsam mit dem WWF und Germanwatch statt. Das Papier wird derzeit überarbeitet, das Ergebnis soll am 12. Oktober veröffentlicht werden.

Wenn bestimmte Eckpunkte eingehalten werden, kann nach Ansicht der NGOs ein entsprechend gestalteter REDDplus-Mechanismus eine Chance für den Schutz der Wälder und ihrer Biodiversität und des Lebens- und Wirtschaftsraums von Hunderten Millionen Menschen sein. Dafür muss REDDplus den Klimawandel begrenzen, die Biodiversität fördern, die Menschenrechte schützen und die Finanzierung gewährleisten.

## Klimawandel begrenzen

REDDplus muss so konzipiert sein, dass die Einsparungen von Emissionen aus dem Waldbereich zusätzlich zu denen im Energiesektor, insbesondere bei den fossilen Brennstoffen, stattfinden. Eine Einbeziehung von REDDplus-Emissionsgutschriften in den verbindlichen Emissionsrechtehandel ist bis auf Weiteres auszuschließen. Anderenfalls besteht wegen der unzureichenden Reduktionsverpflichtungen der Industrieländer die Gefahr, dass REDD-Zertifikate den Emissionshandel mit billigen Zertifikaten überschwemmen und damit dessen Klimawirkung und ökologi-

sche Integrität infrage stellen. CO<sub>2</sub>-intensive Investitionen in den Industrieländern wie etwa Kohlekraftwerke würden dann weiter ökonomisch attraktiv bleiben. Das würde die verheerende CO<sub>2</sub>-intensive Wirtschaftsweise auf Jahrzehnte festklopfen. Die notwendigen anspruchsvollen Reduktionsziele wären nicht mehr zu erreichen. Deshalb begrüßen die NGOs nachdrücklich den EU-Beschluss, REDDplus bis auf Weiteres nicht in das EU-Emissionshandelssystem einzubeziehen. Die

## REDD und REDDplus

REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation – Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung) ist ein Modell, das dem in Wäldern gespeicherten Kohlenstoff einen monetären Wert zuweist. Dadurch soll der Schutz von Wäldern bei wirtschaftlichen Entscheidungen größeres Gewicht bekommen.

REDDplus soll darüber hinaus Kohlenstoffvorräte in Wäldern erhalten und erhöhen sowie eine nachhaltige Waldnutzung fördern und dadurch der Degradation vorbeugen.

Bei den UN-Klimaverhandlungen ist REDD als ein Weg zur Treibhausgasreduktion im Gespräch. Während mehrere große Naturschutzorganisationen die Verankerung von REDD im internationalen Klimaschutzregime fordern, kritisieren insbesondere Indigenenverbände dies als Einschränkung ihrer Rechte.

- ▶ [www.de.wikipedia.org/wiki/REDD](http://www.de.wikipedia.org/wiki/REDD)
- ▶ [www.redd-monitor.org](http://www.redd-monitor.org)

durch die REDDplus-Maßnahmen verhinderte Entwaldung und die Emissionsreduktionen müssen dauerhaft sein und dürfen nicht durch sogenanntes „Carbon Leakage“ räumlich verlagert werden.

### Biodiversität fördern

Für den Schutz der biologischen Vielfalt birgt REDDplus sowohl Chancen als auch Risiken. Eine falsche Ausgestaltung der REDDplus-Regeln kann schwerwiegende Folgen für den Schutz der Wälder und damit auch für das Klima haben. Schwerpunkte der REDDplus-Unterstützung sollten deshalb die Erhaltung natürlicher und naturnaher Wälder sowie die Förderung von Biodiversitäts-Hotspots und Schutzgebieten sein. Besonderes Augenmerk bei der Zuweisung von REDDplus-Mitteln sollte dem Schutz von Primärwäldern zukommen. Diese sind sowohl für den Biodiversitätsschutz als auch für den Klimaschutz außerordentlich wertvoll, da sie den meisten Kohlenstoff pro Flächeneinheit speichern.

### Menschenrechte schützen

Weltweit leben rund 1,6 Milliarden Menschen direkt und indirekt vom Wald. Im Zuge von REDDplus darf es nicht dazu kommen, dass diese Menschen von ihrem Land vertrieben werden oder die verträgliche Nutzung von Waldgebieten durch die örtliche Bevölkerung unverhältnismäßig eingeschränkt wird. REDDplus muss existierende (Menschen-)Rechte voll garantieren und die Existenzgrundlagen der waldabhängigen Menschen sichern und verbessern. Nationale REDDplus-Strategien müssen die verbrieften und traditionellen Land- und Nutzungsrechte lokaler Gemeinschaften und indigener Völker anerkennen und schützen.

### Finanzierung gewährleisten

Die finanzielle Unterstützung von REDDplus-Vorhaben muss effektiv sein. Darunter ist eine angemessene, zusätzliche, transparente, langfristige und berechenbare Unterstützung durch Industrieländer zu verstehen. Die teilnehmenden Entwick-

lungsländer müssen damit in der Lage sein, langfristige und wirksame Regierungsprogramme umzusetzen und nachweisbar die nationalen REDDplus- beziehungsweise Waldschutzziele zu erfüllen. Die REDDplus-Architektur muss Transparenz gewährleisten, um Mittelflüsse und -verwendung nachverfolgen zu können und die Risiken von Korruption und Fehlleitung von Mitteln vor Ort zu verringern. Dazu müssen Entwicklungsländer durch Kapazitätsaufbau und die Schaffung und Stärkung von Institutionen in die Lage versetzt werden, REDDplus als festen Bestandteil nationaler Regierungsprogramme zu entwickeln.

Wunderdinge sollte man allerdings nicht erwarten: Für einen umfassenden Schutz der Wälder kann REDDplus nur ein Element in einem breiteren Mix politischer Instrumente sein. Andere Maßnahmen bleiben auf der Tagesordnung: die Ausweisung weiterer großer Waldschutzgebiete, Importverbote für illegal gefälltes Holz, die Änderung landnutzungsintensiver Konsummuster, die Senkung der Nachfrage nach nicht nachhaltig erzeugten Holz- und Agrarprodukten und die Ausweitung naturnaher und nachhaltig genutzter Waldflächen. Nur wer sich die nationalen und internationalen Treiber der Entwaldung vornimmt – vor allem den steigenden Bedarf nach Holz- und Agrarprodukten und die voranschreitenden Infrastrukturmaßnahmen –, kann mit REDDplus etwas erreichen. Politische Instrumente zur Korruptionsbekämpfung, Sicherung indigener Territorien, Unterstützung von Siedlern und Kleinbauern bei der nachhaltigen Landnutzung und der Anpassung an den Klimawandel: Solche Maßnahmen werden gebraucht, um REDDplus langfristig effektiv und erfolgreich zu machen.

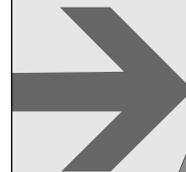
Jürgen Maier koordiniert das Forum Umwelt & Entwicklung, einen bundesweiten Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 678177588,  
E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de),  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## P wie Pommesschale

Fritten und Knödel kennt jeder. Wie man aber aus der Kartoffel auch eine Verpackung machen kann, zeigt ein Projekt des Ökologischen Bildungszentrums München. Nachwachsende Rohstoffe aus eigenem Anbau werden vielseitig eingesetzt und durch Hintergrundinfos ergänzt. Die Dokumentation hilft Umweltbildnern und interessierten Pädagogen greifbare Konzepte für DAS Zukunftsthema zu entwickeln.

Ökologisches Bildungszentrum München,  
M. Ehrlinger, F. Feuss (Hrsg.)  
**Nachwachsende Rohstoffe als  
Bildungsthema**  
Ansätze für die Praxis

164 Seiten, broschiert, mit z.T.  
farbigen Abbildungen, 24,90 Euro,  
ISBN 978-3-86581-262-9

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Grün, modern und engagiert

Die Jugend der Welt will ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und den Klimawandel stoppen. Mit Facebook, Twitter & Co. übt sie mehr Druck auf Politik und Wirtschaft aus, als dies jede Partei oder Umweltschutzorganisation vermag. Daniel Boese hat sich in diese neue Jugendbewegung hineinbegeben, Aktivisten in Indien besucht und auf dem Kopenhagener Klimagipfel recherchiert. Entstanden ist ein begeisterndes Buch über Klimawandel, Neue Medien und Zivilcourage, mit zahlreichen Tipps und Adressen für eigenes Engagement.

D. Boese

### Wir sind jung und brauchen die Welt

Wie die Generation Facebook  
den Planeten rettet

256 Seiten, broschiert, 14,95 EUR,  
ISBN 978-3-86581-252-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)



## ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

### Kreislaufwirtschaftsgesetz

## Zweifel am deutschen Entwurf

■ Die EU-Kommission hat den deutschen Entwurf für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie kritisiert. Dieser habe Mängel, heißt es in einer Antwort von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik auf die schriftliche Frage der deutschen EU-Abgeordneten Rebecca Harms von den Grünen. So werde die in der Richtlinie festgeschriebene Abfallhierarchie nicht eingehalten, die das Vermeiden von Müll über Verwertung und Recycling stellt und Verbrennung und Beseitigung erst als letzte Optionen vorsieht. Potočnik äußert in seiner Antwort „gewisse Zeifel“ daran, dass geplante Abweichungen von der EU-Abfallrahmenrichtlinie noch dem Lebenszyklusansatz entsprechen.

Der Entwurf beinhaltet in Paragraph 8 eine sogenannte Heizwertregel: Bei Abfällen mit einem Heizwert über 11.000 Kilojoule pro Kilogramm soll eine energetische Verwertung – also Verbrennung – gleichwertig zu Recycling sein. Die EU-Kommission hält hier eine generelle Annahme für alle Abfallarten für nicht gerechtfertigt. Sie fürchtet eine Abschwächung der Abfallhierarchie und „lädt die deutschen Behörden ein, Paragraph 8 einer Revision zu unterziehen“.

Eine öffentliche Anhörung zu dem neuen Gesetz fand im September im Bundestag statt. Der Unterausschuss hatte elf ExpertInnen eingeladen. Auch der NABU gab eine Stellungnahme ab. Neben der Aufweichung der Abfallhierarchie kritisiert der Umweltverband fehlende verbindliche Verpflichtungen zum Ressourcen- und Klimaschutz sowie schwache Vorgaben bei den Recyclingzielen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/frage-harms-E5520](http://www.kurzlink.de/frage-harms-E5520)
- ▶ [www.kurzlink.de/antw-kom-E5520](http://www.kurzlink.de/antw-kom-E5520)
- ▶ [www.kurzlink.de/btag-krwg](http://www.kurzlink.de/btag-krwg)
- ▶ NABU, Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1610, [www.nabu.de/themen](http://www.nabu.de/themen) (Müll)

### Recycling

## Energiesparlampenrückgabe

■ Mehrere Umweltverbände und die Grünen haben ein System für die Rücknahme von Energiesparlampen gefordert. Das darin enthaltene Quecksilber müsse umweltschonend behandelt werden. Bisher gibt es nur freiwillige Vereinbarungen des Einzelhandels. Doch ein Test der Deutschen Umwelthilfe (DUH) fand nur in 18 Prozent der untersuchten Filialen von Elektroartikelhändlern ein ausreichendes Informationsangebot zur Rücknahme. Dementsprechend ist der Rücklauf von verbrauchten Energiesparlampen bisher gering. Der NABU forderte die Regierung auf, gesetzgeberisch tätig zu werden. Alternativ sollten LED-Leuchten genutzt werden. Diese sparten auch Energie und enthielten kein Quecksilber, seien allerdings teurer. [jg]

- ▶ NABU, Elmar Große Ruse, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1611, [www.nabu.de/energie](http://www.nabu.de/energie)
- ▶ [www.duh.de/energiesparlampe.html](http://www.duh.de/energiesparlampe.html)

### EU-Abfallpolitik

## Dosenpfandsystemvergleich

■ Die EU-Kommission hat im Internet eine öffentliche Konsultation über unterschiedliche Pfandsysteme für Metaldosen in Europa geschaltet. Daraus sollen Lösungen für die aus den unterschiedlichen Systemen entstehenden Probleme in der Abfallwirtschaft entwickelt werden. Ein-schluss ist der 18. Oktober.

Sechs Lösungsansätze werden vorgeschlagen – von einem einheitlichen Pfandsystem für ganz Europa bis hin zu grenzüberschreitenden Rückhol-systemen zwischen zwei Staaten. Die Beiträge sollen zunächst in eine für November geplante Studie einfließen. Eine europaweite Pfandpflicht für Glaspfandflaschen lehnt die Kommission allerdings ab. Sie antwortete damit auf eine parlamentarische Anfrage des irischen Europaabgeordneten Jim Higgins. Als Grund nannte die Kommission, dass bestehende Systeme ohne Pfandpflicht

bereits hohe Recyclingraten erreichen würden. Auch wegen des Subsidiaritätsprinzips, das die Eigenverantwortung der EU-Mitgliedstaaten betont, werde sie kein Pflichtsystem einführen. [mm, rd]

- ▶ [www.kurzlink.de/kons-pfand](http://www.kurzlink.de/kons-pfand)
- ▶ Anfrage Higgins: [www.kurzlink.de/E-7173/2011](http://www.kurzlink.de/E-7173/2011)

## Elektroschrott

### Neue WEEE bleibt umstritten

■ Auch bei der zweiten Lesung des EU-Parlaments zur Überarbeitung der Richtlinie zu Elektro- und Elektronikaltgeräten (WEEE) gibt es noch Unstimmigkeiten. So hält der Entwurf von Berichterstatter Karl-Heinz Florenz (CDU) an der Position des Parlaments aus der ersten Lesung fest, obwohl diese vom Ministerrat abgelehnt worden war. Der Rat hatte sich für weniger strenge Sammelquoten für Elektroschrott ausgesprochen. Dies hatte auch die EU-Kommission kritisiert. Im Juli hatte der Rat beschlossen, die ursprüngliche Frist für eine Quote von 65 Prozent bis 2020 zu verschieben und für 2016 ein Zwischenziel von 45 Prozent anzustreben. Das gefährde das EU-Ziel, die Ressourceneffizienz zu steigern, mahnte die Kommission.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) unterstützt das EU-Parlament besonders bei der Forderung nach der Erhöhung der Sammelquote für Elektroschrott von 65 auf 85 Prozent bis 2016 und die damit entstehenden Anreize zur Weiterentwicklung der Elektrogeräte. Das könne neue Arbeitsplätze und nachhaltigere Produkte bringen. Allerdings sieht das EEB in dem Entwurf auch einige Punkte kritisch. So seien Exportbestimmungen für Elektroschrott wieder aufgeweicht worden.

Im Oktober stimmt der Umweltausschuss des EU-Parlaments in zweiter Lesung über Florenz' Entwurf ab. [mm, rd]

- ▶ Entwurf von Karl-Heinz Florenz: [www.kurzlink.de/meetdoc-ep-03102011](http://www.kurzlink.de/meetdoc-ep-03102011)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/eeb-pm-26082011](http://www.kurzlink.de/eeb-pm-26082011)
- ▶ [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 18.08.2011)

## EU-Chemikalienpolitik

### Biozidverordnung geht in die zweite Lesung

■ Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Christa Kläß (CDU), hat ihren Vorschlag für die zweite Lesung der Biozidverordnung vorgelegt. Anfang Oktober will der Umweltausschuss darüber abstimmen. Bei der Revision der Verordnung über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten gibt es zwischen EU-Ministerrat und Parlament noch einige Streitpunkte auszuräumen.

Kläß schlägt vor, dass Wirkstoffe weiterhin im Anhang zur Verordnung aufgeführt werden. Auch die Umweltverbände hatten die Entscheidung des Ministerrats im letzten Jahr als „giftiges Weihnachtsgeschenk“ kritisiert. Sie waren aber auch schon mit den verwässerten Ergebnissen der ersten Parlamentsabstimmung nicht einverstanden. Bei der Revision geht es um den Geltungsbereich der Verordnung und damit die Ausweitung der EU-Vorschriften auf neue Produkte oder Produktgruppen. Wer dabei wie entscheidet, ist letztlich für den Grad an Kontrolle über Gifte in der Umwelt und den Einfluss von Industriekreisläufen wichtig. Im Vorschlag ist eine einheitliche zentralisierte Zulassung von Bioziden, wie Schädlingsbekämpfungsmittel, Holzschutzmittel und Haushaltsinsektizide, vorgesehen. Ist ein Produkt einmal erlaubt, kann es EU-weit Anwendung finden. [jg]

- ▶ Kläß-Bericht/Vorschlag 2. Lesung: [www.kurzlink.de/meetdoc-ep-03102011](http://www.kurzlink.de/meetdoc-ep-03102011)

## Flammschutzmittel

### Gefahrenberichte fehlen

■ Für mehr als die Hälfte der als gesundheitsschädlich eingestuften Flammschutzmittel in Konsumgütern liegen keine EU-weiten Gefahrenberichte vor. Das hat eine Studie der Europäischen Kommission ergeben. Die Studie untersuchte 700 Flammschutzmittel in Konsum- und

Haushaltsgütern. Davon wurden 42 als gesundheitsschädlich eingestuft. EU-weite Gefahrenberichte konnten nur für neun der Stoffe gefunden werden. Weitere acht deckte die Studie ab. In Großbritannien existieren Berichte zu zehn weiteren gefährlichen Flammschutzmitteln.

Weitere Daten sollen jetzt Untersuchungen auf Grundlage der EU-Chemikalienverordnung (REACH) liefern. [mm]

- ▶ [www.kurzlink.de/study-flame-retardts](http://www.kurzlink.de/study-flame-retardts)

## Gefährliche Chemikalien

### Gifte aus der Textilproduktion in Flüssen und Seen

■ Die Produktion von Stoffen für Kleidungsstücke verschmutzt Gewässer in den Ländern, in denen namhafte Textilkonzerne ihre Ware herstellen lassen. Das ergab eine Untersuchung, die Greenpeace im August veröffentlichte. Weniger die Endverbraucher sind demnach von bestimmten giftigen Rückständen betroffen, sondern vielmehr Umwelt und Natur. Die Umweltorganisation untersuchte Kleidungsstücke verschiedener Anbieter auf Nonylphenolethoxylyat (NPE). Die Spuren der Substanz zum Beispiel in T-Shirts lagen Greenpeace zufolge im unbedenklichen Bereich, aber die Chemikalie verseucht in den Herstellerländern Flüsse und Seen.

NPE ist ein Tensid, das beispielsweise nach dem Färben von Baumwolle als Waschmittel verwendet wird. Die Brühe fließt dann ins Abwasser und wird in Nonylphenol umgewandelt. Seit die EU den Stoff 2003 durch eine Richtlinie eingeschränkt hat, sind ihre Gewässer deutlich weniger damit belastet. Nonylphenol wirkt wie ein Hormon.

Greenpeace fordert, NPE weltweit in der Textilproduktion zu verbieten. Die Sportartikelhersteller Nike, Puma und Adidas kündigten an, die Chemikalie aus der Produktion zu verbannen. [mbu]

- ▶ Greenpeace: [www.kurzlink.de/gp-pm-18082011](http://www.kurzlink.de/gp-pm-18082011)
- ▶ EU-Richtlinie: [www.kurzlink.de/kom-2003-53](http://www.kurzlink.de/kom-2003-53)

## Biomonitoring

### Zeigt her eure Haare

■ Im August ist in Deutschland und 16 weiteren EU-Staaten der Startschuss für die Pilotstudie Democophes zur Untersuchung von Schadstoffen gefallen. Die Studie soll die Schadstoffbelastung bei Sechsbis Elfvjährigen und ihren Müttern untersuchen. Für das EU-weite Human-Biomonitoring geben insgesamt 4.000 Mütter und Kinder Blut-, Urin- und Haarproben ab. Diese werden auf Cadmium und Quecksilber sowie Weichmacher und weitere Schadstoffe untersucht. Die Entwickler der Studie erhoffen sich eine einheitliche Basis für die Ermittlung von Schadstoffbelastungen innerhalb der gesamten EU. In Deutschland ist das Umweltbundesamt (UBA) für die Untersuchungen zuständig. Es lässt die Proben von 120 zufällig ausgewählten Müttern und Kinder aus Bochum und dem Hochsauerlandkreis (NRW) untersuchen. [mm]

► UBA: [www.kurzlink.de/uba-pm-37/2011](http://www.kurzlink.de/uba-pm-37/2011)

## EU-Emissionen

### Rückgang durch Rezession

■ Die Europäische Umweltagentur EEA hat im Juli ihren Emissionsbericht für 1990 bis 2009 herausgebracht. In allen 27 EU-Staaten seien die Schadstoffemissionen seit 1990 stark gesunken. Dies gehe vor allem auf die wirtschaftliche Rezession der letzten Jahre und die verringerte Verbrennung fossiler Brennstoffe zurück. Vor allem der Ausstoß von Schwefeldioxid, Kohlenstoffmonoxid, Stickstoffdioxid und flüchtigen organischen Gasen (außer Methan) ist dem Bericht zufolge stark gesunken.

Der Bericht lässt allerdings außer Acht, dass der Schadstoffausstoß etwa für Stickstoffdioxid in der EU noch immer weit über den in der Richtlinie über nationale Höchstemissionsmengen (NEC) vorgeschriebenen Gesamtausstoß lag. Auch 2010 und 2011 überschritten viele EU-Staaten die von der EU beschlossenen Höchstwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid. Eine

Verschärfung der NEC-Richtlinie für das Jahr 2020 soll aus diesen Gründen frühestens 2013 erfolgen (umwelt aktuell 03.2011, S. 9).

Der Großteil des Stickstoffdioxids, aber auch des Kohlenstoffmonoxids, entsteht heute im Straßen- und Flugverkehr. Jährlich sterben allein in der EU über 200.000 Menschen durch die Verschmutzung der Luft durch Abgase und Feinstaub. [mm]

► EEA-Bericht: [www.kurzlink.de/emiss1990-2009](http://www.kurzlink.de/emiss1990-2009)

## Emissionsreduktion I

### Grenzen für Freizeitboote

■ Die EU-Kommission hat im Sommer neue Regeln für Sportboote und Wassermotorräder (Jetboote) vorgeschlagen. Unter anderem soll es strengere Grenzwerte für Stickoxide, Kohlenwasserstoffe und Partikel sowie Lärm geben. Die überarbeitete Sportboote-Richtlinie schreibt auch bestimmte Sicherheitsanforderungen für Hersteller und Importeure vor.

Die Kommission schlägt eine Reduktion der Emissionen der Antriebsmotoren um 20 Prozent für Kohlenwasserstoffe und Stickoxide und um 34 Prozent für Partikel vor. Die Kohlenmonoxidgrenzwerte wurden dagegen entschärft, weil die Industrie über zu hohe Kosten geklagt hatte.

Der Lärmpegel der rund sechs Millionen Freizeitboote und anderen motorisierten Wasserfahrzeuge sollen den derzeit geltenden Höchstwert von 67 Dezibel nicht überschreiten. [jg]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/927 und MEMO/11/542)

## Emissionsreduktion II

### Schwefelärmere Schiffsdiesel

■ Die EU-Kommission will den Schwefelgehalt in Schiffstreibstoffen schrittweise senken. So soll eine Reduktion der Schwefeldioxidemissionen um 90 Prozent und der Feinstaubemissionen um 80 Prozent

erreicht werden. Die Standards der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO nach Anlage VI des MARPOL-Übereinkommens über den Schwefelgehalt in bestimmten Brennstoffen sollen damit ins EU-Recht aufgenommen und in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Wird die neue Richtlinie wie vorgeschlagen umgesetzt, muss der Schwefelgehalt von Schiffstreibstoffen in empfindlichen Gebieten wie Ostsee, Nordsee und Ärmelkanal ab 2015 unter 0,1 Prozent liegen. In allen anderen Gebieten würde ab 2020 ein Limit von 0,5 Prozent gelten. Zurzeit liegt der zulässige Wert in empfindlichen Gebieten bei 1,5 und in allen anderen bei 4,5 Prozent.

Auch hier gibt es Ausnahmen: „Gleichwertige Technologien wie Abgasreinigungsanlagen“ dürfen alternativ zu Kraftstoffen mit niedrigem Schwefelgehalt eingesetzt werden.

Die Kosten für die Verschärfung der Regeln schätzt die EU-Kommission auf 2,6 bis elf Milliarden Euro. Da Schwefeldioxid aber äußerst gesundheits- und umweltschädlich sei und die durch Krankheiten und frühzeitige Todesfälle verursachten Kosten bei geschätzten 15 bis 34 Milliarden Euro lägen, überwiege der Nutzen. Die Verschärfung der Grenzwerte sei eine Sofortmaßnahme für die Luftqualität, bevor die EU 2013 ihre Luftreinhaltepolitik einer umfassenden Revision unterziehen will.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), die verkehrskritische Organisation Transport & Environment (T&E) und das schwedische Air Pollution and Climate Secretariat Airclim forderten die EU-Institutionen auf, die 0,1-Prozent-Norm auf alle europäischen Meeresgebiete auszuweiten. So seien zwar Nord- und Ostsee als empfindliche Gebiete eingestuft, auf dem Mittelmeer dürften die Werte aber bei 0,5 Prozent liegen. Die strengeren Werte sollten zudem auch für Kreuzfahrt- und Passagierschiffe gelten. Auch müsse dringend etwas gegen Stickoxidemissionen von alten und neuen Schiffen getan werden. Dennoch sei die Übernahme der IMO-Regeln „ein erster wichtiger Schritt“. [jg]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/888)

► Verbände: [www.kurzlink.de/pm-shipemissions](http://www.kurzlink.de/pm-shipemissions)

## Nanotechnologie

## Sachverständigenrat pocht auf das Vorsorgeprinzip

■ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat in einem 600-seitigen Sondergutachten auf ein erhebliches Risikopotenzial und etliche Wissenslücken bei der Verwendung von Nanomaterialien hingewiesen.

Das SRU-Gutachten „Vorsorgestrategien für Nanomaterialien“ empfiehlt, die Gefahren zu untersuchen und gegebenenfalls gesetzgeberisch tätig zu werden, um dem Vorsorgeprinzip Genüge zu tun. Zurzeit gebe es noch zu viele Unsicherheiten wegen fehlender Testdaten. Zwar seien „risikorelevante Eigenschaften nicht per se“ vom Ausgangsstoff ableitbar, einige Nanomaterialien wie Kohlenstoffnanoröhrchen verhielten sich allerdings wie Asbest, andere seien besonders langlebig (persistent) oder lösten Entzündungsreaktionen aus, die im schlimmsten Fall zu Krebs führen könnten.

Auf der anderen Seite böten die neuen Technologien und Materialien auch Chancen für Umwelt- und Gesundheitsschutz, etwa in der Solartechnik, bei chemischen Katalysatoren oder in der Medizin. Nanotechnische Anwendungen seien aber nicht „prinzipiell mit hohen ökologischen Entlastungspotenzialen verbunden“.

Anlass zur Besorgnis geben laut SRU bisher erforschte Risiken bei Nanomaterialien in verbrauchernahen Sprays und Kohlenstoffnanoröhrchen sowie dort, wo Nanomaterialien in die Umwelt eingebracht würden. Auch die zunehmende Vermarktung von Verbraucherprodukten mit Silber-Nanopartikeln sei ein „Besorgnisanlass“. Der Staat müsse nach dem Vorsorgeprinzip handeln und die Gesetze an die neue Situation anpassen, möglichst durch einen übergreifenden EU-Rechtsakt für Nanomaterialien. Bisher seien die entsprechenden Stoff- und Produktgesetze noch so gestaltet, dass der Staat erst bei einem Gefahrennachweis eingreife. [jg]

- ▶ Gutachten: [www.kurzlink.de/sru-2011-sg](http://www.kurzlink.de/sru-2011-sg)
- ▶ Kurzfassung: [www.kurzlink.de/sru-2011-sg-kurz](http://www.kurzlink.de/sru-2011-sg-kurz)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

## Rio+20-Gipfel

## NGOs fordern globale Regeln

■ Der Weltgipfel „Rio+20“ im kommenden Jahr in Brasilien soll ein globales Regelwerk für nachhaltige Entwicklung verabschieden. Das haben in einer gemeinsamen Erklärung rund 1.400 VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus 70 Ländern gefordert, die sich Anfang September zu einer dreitägigen UN-Konferenz in Bonn trafen.

Die Konferenz der UN-Kommunikationsabteilung DPI, die bereits zum 64. Mal stattfand, gilt als Plattform der Begegnung zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Neben den alternativen NobelpreisträgerInnen Vandana Shiva, Pat Mooney und Abser Kamal sprachen auf dem Treffen der Mitautor des Weltagrарberichts Hans Herren und der Chef des UN-Umweltprogramms UNEP Achim Steiner.

Beobachter nannten die verabschiedete Rio+20-Erklärung ein Dokument von bisher nicht gekannter Deutlichkeit für eine UN-Konferenz. Gemeinsame Regeln und Kooperationen, so heißt es darin, seien die Voraussetzung dafür, dass die Menschheit und damit auch die Wirtschaft eine Zukunft hätten. Wachstum sei nicht gegen die Erde möglich. So müssten die Staaten aufhören, Agrarindustrie und Monokulturen zu subventionieren, und stattdessen ökologisch nachhaltige Landbaumethoden fördern. (Siehe auch S. 27) [mb]

- ▶ [www.un.org/dpingoconference](http://www.un.org/dpingoconference)
- ▶ [www.forumue.de/?rio20](http://www.forumue.de/?rio20)

## Indigene Völker

## Amazoniens Völker treten für ihre Rechte ein

■ Im August haben sich die Anführer der indigenen Völker des südamerikanischen Amazonasgebietes in der brasilianischen Stadt Manaus getroffen, um sich über Strategien gegen den Klimawandel und gegen den Landraub an den Ureinwohnern auszutauschen. Bei dem Treffen ging es vor allem um das Programm zur Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (REDD+). In der Abschlusserklärung der „Völker ohne Besitz“ fordern die indigenen Stämme ein Besitzrecht auf Waldbestand in Verbindung mit dem Recht auf eigenes Territorium und die Selbstverwaltung der indigenen Gebiete einschließlich der dort vorhandenen Rohstoffe, Nutzen für die indigenen Völker aus den Emissionszertifikaten sowie Aufforstungsmaßnahmen.

Die Forderungen sollen weltweit verbreitet werden, um auf die Lage der Urbevölkerung aufmerksam zu machen – unter anderem an die Rio+20-Gruppe, die Klimakonferenz der Vereinten Nationen sowie Umweltaktivisten und -verbände.

Das Treffen endete mit einer Demonstration gegen das Wasserkraftwerk Belo Monte (siehe nachfolgender Beitrag). [mm]

- ▶ [www.npla.de/de/poonal/3460](http://www.npla.de/de/poonal/3460)

## Staudämme

## Proteste gegen Belo Monte

■ Ende August haben weltweit Tausende Menschenrechtler und Umweltschützer gegen das in Brasilien geplante Staudammprojekt Belo Monte protestiert. Demonstrationen gab es unter anderem in Berlin, London, Paris, aber auch in Wien und Madrid, und waren ein Reaktion auf den Baubeginn und die erwarteten Schäden durch das Projekt. In Berlin organisierten Survival International, Rettet den Regenwald und die Gesellschaft für bedrohte Völker die Proteste. Das Belo-Monte-Staudammprojekt im brasilianischen Amazonasgebiet wäre das drittgrößte weltweit und würde massive Umweltschäden und die Umsiedlung von etwa 40.000 Menschen nach sich ziehen. [hmp]

- ▶ [www.kurzlink.de/gfbv-belo-monte](http://www.kurzlink.de/gfbv-belo-monte)
- ▶ [www.kurzlink.de/belomonte-reaktion](http://www.kurzlink.de/belomonte-reaktion)

## KLIMA &amp; ENERGIE

Internationaler Klimaschutz**EU will Kyoto retten**

■ Die EU will den Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls möglicherweise eine Verlängerung des Regelwerks bis 2018 vorschlagen. Das ließen Verhandlungsführer und Beobachter gegenüber dem Nachrichtendienst Point Carbon News verlauten. Demnach könnte die EU die Verlängerung an die Bedingung knüpfen, das Kyoto-Protokoll mit einem Auslaufen 2018 durch ein globales Gesamtabkommen zu ersetzen. Das Vertragswerk würde damit zunächst ohne weitere Ratifizierung fortbestehen. Beim Nachfolgevertrag müssten dann aber auch die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten wie USA, China und Indien dabei sein. Russland, Kanada und Japan haben allerdings schon ausgeschlossen, einer zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode zuzustimmen. Die EU will sich beim Ratstreffen ihrer Umweltminister im Oktober auf eine Verhandlungsposition zu einem neuen Vertrag für die UN-Klimakonferenz Anfang Dezember in Durban (Südafrika) einigen.

Während ein Ratifizierungsprozess Jahre dauern könnte, würde die Verlängerung zunächst die Kyoto-Mechanismen wie etwa den Clean Development Mechanism (CDM) fortschreiben und Freiräume für neue Verhandlungen schaffen. „Das ist eine Art Übergangsregelung, um den Kyoto-Mechanismus am Laufen beziehungsweise in einem Schwebezustand zu halten, bis ein neues Kyoto beschlossen wird“, sagte Mark Lynas, Klimaberater des Präsidenten der Malediven. [em]

EU-Klimaschutz**Unternehmen fordern strengere Reduktionsziele**

■ Die Unternehmensinitiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“ fordert die Verminderung der deutschen

Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 sowie um 80 bis 95 Prozent bis 2050. Ein entsprechendes Positionspapier legten die beteiligten Unternehmen im Sommer vor. Die Europäische Union soll danach ihre Emissionen um 30 Prozent bis 2020 senken, ohne daran weitere Bedingungen zu knüpfen. Bislang liegt das europäische Ziel bei 20 Prozent. Die EU ist derzeit nicht zu größeren Reduktionsanstrengungen bereit, wenn andere Staaten nicht mitziehen.

Die Unternehmensinitiative fordert darüber hinaus, auch den Schiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einzubeziehen. Für die nicht beteiligten Sektoren müsse es verbindliche Minderungsziele geben.

Die Initiative versteht sich als Diskussions- und Dialogpartner für Politik und Zivilgesellschaft. Beteiligt sind unter anderem die Otto Group, die Energiekonzerne EWE, Vattenfall und EnBW sowie Allianz und Deutsche Bahn. [em]

► Initiative 2°: [www.kurzlink.de/inhp](http://www.kurzlink.de/inhp)

► Positionspapier (PDF): [www.kurzlink.de/2pp](http://www.kurzlink.de/2pp)

EU-Emissionshandel**Abgeordnete wollen Klarheit**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat Ende Juli eine klare Definition gefordert, unter welchen Umständen Ausnahmen bei der Einbeziehung von Fluglinien in den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) möglich sind. Zurzeit gibt es noch keine Definition, was „äquivalente Maßnahmen“ sind, die eine Ausnahmeregelung begründen könnten. Dies könne zu Missbrauch durch die Länder führen, die Ausnahmen beantragten, sagten Parlamentarier im Umweltausschuss laut Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily.

Kurz vor dem Start des EU-Emissionshandelssystems im Flugverkehr am 1. Januar 2012 muss sich die Europäische Kommission damit auseinandersetzen, dass der US-Luftfahrtverband ATA gegen die Einbeziehung in das EU-ETS Klage eingereicht hat. Diese soll nun vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhandelt werden. Weitere Länder, insbesonde-

re China, haben damit gedroht, gegen die Verpflichtung vorzugehen, für alle Flüge mit Start oder Ziel in der EU vom nächsten Jahr an Emissionszertifikate nachzuweisen.

Hintergrund der Forderungen aus dem Parlament ist eine Formulierung in der Gesetzgebung, die es der Kommission erlaubt, die ankommenden Flüge von Fluggesellschaften, die im Heimatland bereits ähnliche Abgaben zahlen, von der Verpflichtung auszunehmen, Emissionszertifikate für die Flüge nachzuweisen.

Die Anzahl der Zertifikate ist für 2012 auf 97 Prozent (ab 2013 auf 95 Prozent) der Emissionen der vergangenen Jahre festgelegt worden. Davon werden 85 Prozent kostenlos zugeteilt. Die restlichen 15 Prozent werden versteigert und müssen von den Fluglinien gemäß ihren Emissionen zugekauft werden.

Der deutsche EU-Abgeordnete Peter Liese (CDU) forderte, die EU solle die bestehende Gesetzgebung verteidigen und „nicht einknicken, nur weil Drittstaaten wie die USA und China Drohgebärden aussprechen“. Er erwarte eine Klarstellung durch den EuGH. ENDS Europe Daily berichtete, dass die Kommission mit China und den USA in Verhandlungen stehe. Nach Angaben von Jos Delbeke von der Generaldirektion Klima der EU-Kommission gebe es aber noch keine Festlegung, welche Maßnahmen als gleichwertig anerkannt werden können. [dtk]

Energieeffizienz**Neue Regeln für Schiffe**

■ Verbindliche Energieeffizienzstandards für neue Schiffe hat die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO Ende Juli beschlossen. Schiffe, die ab 2015 gebaut werden, müssen danach zehn Prozent energieeffizienter sein als bisher. Entwicklungsländer haben noch bis 2019 Zeit, den neuen Standard einzuhalten. Zwischen 2020 und 2024 soll der Wert auf 20 Prozent gesteigert werden, ab 2024 sollen die Schiffe dann um 30 Prozent energieeffizienter sein. Damit wird der bisher freiwillige Energieeffizienzdesignindex (EEDI) verbindlich. ►

LE MONDE *diplomatique*

# ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

spezial

## Das 20. Jahrhundert



Der Geschichtsatlas

### DER GLOBALE BLICK AUF ZEIT UND RAUM

Das 20. Jahrhundert auf 100 Seiten: Vom Zerfall der alten Reiche bis zur Emanzipation der Frauen. Von der Funktechnik auf Kriegsschiffen bis zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Von den deutschen Kolonialkriegen in Afrika bis zur sowjetischen Besetzung Afghanistans.

.....

### DER GESCHICHTSATLAS VON LE MONDE DIPLOMATIQUE

Bestellen: [www.monde-diplomatique.de](http://www.monde-diplomatique.de)  
Auch erhältlich in Ihrer Buchhandlung  
12 €, broschiert, 102 Seiten,  
ISBN 978-3937683-32-4



**LE MONDE** *diplomatique*  
deutsche Ausgabe

Die Nichtregierungsorganisation Clean Shipping Coalition (CSC), die sich seit Jahren für eine umweltfreundliche Schifffahrt einsetzt, begrüßte die Verabschiedung der neuen Regeln, warnte aber, dies sei nur ein erster Schritt. Die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den Emissionshandel sei wichtiger. Es fehle an Steuerbestimmungen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Emissionsverpflichtungen. Die CSC kritisierte auch die Fristverlängerung für Entwicklungsländer, da dort inzwischen die meisten Schiffe hergestellt würden. Bei einer für Schiffe anzunehmenden Lebenszeit von etwa 30 Jahren sei ein messbarer Effekt erst in fernerer Zukunft zu spüren.

Die Schifffahrt wird bis 2020 voraussichtlich für sechs Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich sein. Bis 2050 könnten die Schiffsemissionen um 250 Prozent wachsen, falls dagegen nichts getan wird. [jg]

► [www.cleanshipping.org](http://www.cleanshipping.org)

### Erneuerbare Energien

## 20-Prozent-Marke erreicht

■ Nach Angaben des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) setzten sich in der ersten Jahreshälfte 2011 erstmals mehr als 20 Prozent der deutschen Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zusammen. Im ersten Halbjahr 2010 waren es erst 18,3 Prozent. Windenergie (7,5 Prozent) und Biomasse (5,6 Prozent) tragen den größten erneuerbaren Anteil am aktuellen Energiemix. Bundesumweltminister Norbert Röttgen sagte, bei der Bevölkerung und den Investoren sei inzwischen angekommen, dass erneuerbare Energien eine solide, wachsende und investitionssichere Energiequelle seien.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auf internationaler Ebene ab. Dort waren die Investitionen in erneuerbare Energien 2010 um 30 Prozent gestiegen. [fl]

► [www.kurzlink.de/eebdew](http://www.kurzlink.de/eebdew)

### EU-Emissionshandel

## Polen setzt weiter auf Kohle

■ Die polnische Regierung will ab 2013 freie Emissionshandelszertifikate für 188 Kraftwerke vergeben. Das geht aus dem im August veröffentlichten Allokationsplan für 2013 bis 2018 hervor. 50 Kraftwerke sind neue Anlagen. Die Umweltrechtsinitiative ClientEarth erklärte, 13 Anlagen dürften keine freien Emissionshandelszertifikate erhalten. Sie hätten vor 2008 weder eine gültige Baugenehmigung gehabt noch habe ihr Bau effektiv begonnen. Dies sei aber Voraussetzung für freie Zertifikate.

Im August fanden noch Anhörungen zu dem Allokationsplan statt. Bis Ende September wollten dann EU-Parlament und Ministerrat darüber abstimmen, ob die Einwände berechtigt sind. Von anderen osteuropäischen Ländern werden ähnliche Anfragen wie von Polen erwartet. [mm]

► Liste der Kraftwerke: [www.kurzlink.de/kraftlist](http://www.kurzlink.de/kraftlist)



Biokraftstoffe**EU-Zertifikate sollen Nachhaltigkeit garantieren**

■ Die Europäische Kommission hat Ende Juli die ersten sieben EU-Systeme zum Nachweis der Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen anerkannt. Zu den zertifizierten Programmen gehören unter anderem das deutsche staatlich finanzierte System ISCC für alle Arten von Biokraftstoffen sowie spezielle Programme für die Zertifizierung von Kraftstoffen auf der Grundlage von Rohrzucker, Soja oder Ethanol. Die Anerkennung gilt unmittelbar in allen 27 EU-Mitgliedstaaten.

Biokraftstoffe geraten immer mehr unter Kritik, da der Anbau der Pflanzen in Monokulturen erfolgt und mit der Lebensmittelproduktion konkurriert und da ökologisch wertvolle Gebiete dafür zerstört werden. Die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen soll jetzt von den Mitgliedstaaten oder durch von der EU-Kommission anerkannte freiwillige Zertifizierungssysteme überprüft werden.

Die EU-Kommission erörtert derzeit mit den Betreibern anderer freiwilliger Systeme, wie diese ihre Standards verbessern können, um die Nachhaltigkeitsanforderungen der EU für Biokraftstoffe zu erreichen. Die Kommission prüft zurzeit weitere 18 Zertifizierungssysteme. Laut ENDS Europe Daily hat sie die Anerkennung von weiteren Systemen für den Oktober angekündigt.

Bis 2020 will die EU im Verkehrssektor den Anteil an erneuerbaren Energien auf mindestens zehn Prozent erhöhen. Biokraftstoffe spielen dabei eine Hauptrolle. Durch die Einführung eines Prüfsystems für Anbauflächen zur Gewinnung von Biotreibstoffen will die EU erreichen, dass die Kraftstoffe bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. So dürfen ehemalige Regenwaldflächen nicht als nachhaltig zertifiziert werden.

Eine für die Umweltorganisationen BirdLife Großbritannien (RSPB), ActionAid und Nature Kenya erarbeitete Studie über den Anbau von Pflanzen für Biotreibstoffe in den Dakatacha Woodlands in

Kenia zeigt, dass Biotreibstoffe bis zu sechsmal höhere Schadstoffemissionen als fossile Treibstoffe haben können. [bv]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/901)

► RSPB-Studie: [kurzlink.de/rspb-studie](http://kurzlink.de/rspb-studie)

Energieversorgung**Deutschland will fossile Kraftwerke subventionieren**

■ Die Bundesregierung will in den Jahren 2013 bis 2016 effiziente fossile Kraftwerke subventionieren. Mittel dafür sollen aus den Einnahmen des Emissionshandels kommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte das Kohleprogramm, das vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet werden soll, bereits in ihrer Regierungserklärung angekündigt. Die Fertigstellung der im Bau befindlichen fossilen Kraftwerke sei notwendig für Versorgungssicherheit und Netzstabilität, sagte Merkel.

Bei Grünen und Umweltverbänden stoßen die Pläne auf Widerstand. Neue Kohlekraftwerke konterkarierten die Klimaziele und seien zu unflexibel für die Energiewende, sagte Oliver Krischer, Sprecher für Energie- und Ressourceneffizienz der Grünen im Bundestag. Um die Schwankungen der erneuerbaren Energien auszugleichen, seien vielmehr flexible Gaskraftwerke und der massive Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung notwendig.

Die Bundesregierung verabschiedete sich außerdem von ihrer Absicht, die deutschen Reduktionsziele für Treibhausgase rechtlich bindend zu verankern. Noch im vorigen Jahr hatte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) die Möglichkeiten für ein Klimaschutzgesetz prüfen lassen. Das Projekt sei nun endgültig an der Unionsfraktion und der FDP gescheitert, so der BUND, der die vom liberalen Wirtschaftsminister Philipp Rösler ausgearbeiteten Pläne „Klima-Absurdistan“ nannte. [jgl]

► [www.oliver-krischer.eu](http://www.oliver-krischer.eu)

► [www.bund.net/kohle-stoppen](http://www.bund.net/kohle-stoppen)

EU-Atomenergie**Richtlinie über Entsorgung radioaktiver Abfälle**

■ Am 23. August ist die EU-Richtlinie über Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (2011/70/Euratom) in Kraft getreten. Sie regelt erstmals EU-weit den Bau von Endlagern und die Entsorgung von radioaktivem Müll. Die Richtlinie schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten der EU-Kommission bis 2015 nationale Programme vorlegen müssen. Diese müssen Zeitpläne für den Bau von Endlagern, Entsorgungskonzepte und Finanzpläne enthalten. Die Öffentlichkeit muss informiert und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Kommission prüft die nationalen Programme und kann gegebenenfalls Änderungen verlangen.

Mit der Richtlinie erlangen die Sicherheitsstandards der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in der EU Rechtsverbindlichkeit. Ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle muss danach in tiefen geologischen Formationen liegen. Alle zehn Jahre müssen internationale ExpertInnen die Einhaltung der Standards prüfen.

Obwohl die EU-Kommission im Entwurf ein vollständiges Ausfuhrverbot von Atommüll vorgeschlagen hatte und auch das EU-Parlament dies im Juni forderte, entschieden die EU-Mitgliedstaaten, dass Ausfuhren aus der EU unter Auflagen gestattet sind. Zum Zeitpunkt des Transports muss das Drittland über ein in Betrieb befindliches Endlager verfügen.

Greenpeace nannte die Entscheidung einen Teufelskreis, der nächsten Generationen die Verantwortung zuschiebe. Bulgarien und Ungarn könnten nun weiter ihren Atommüll dorthin verfrachten. In Russland werde importierter Atommüll fahrlässig wiederaufbereitet und der verbleibende Abfall unter unzureichenden Bedingungen gelagert, warnte der BUND-Energieexperte Thorben Becker. Statt die Verantwortung abzuwälzen, müsse die EU aus der Atomenergie aussteigen. [jg]

► [www.kurzlink.de/atwaste](http://www.kurzlink.de/atwaste)

# ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für  
ökologische Landwirtschaft

## Schwerpunkt in Heft 159

### Arbeiten in der Biobranche

- **Arbeiten mit Köpfchen: Welche Bildung braucht der Biolandbau?**
- **Leben und arbeiten auf Biohöfen: Mehr Selbstbestimmung**
- **Nachwuchs für die Branche: Die besten Köpfe finden und binden**

## Themen in Heft 159

aus Forschung, Praxis und Beratung

- **Tierschutz: Alles spricht für ein Label**
- **Bio und Fair: Gemeinsam stark**
- **Ernährung: Bio für alle ist möglich**
- **Ökolandwirte: Wer hört auf und warum?**

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo\*  
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:  
oekolandbau@oekom.de oder +49/(0)89/54 41 84-25

\* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

## KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Lebensmittelnutzung

## Tonnenweise Essen im Müll

■ Die EU-Kommission will mit genaueren Verbraucherinformationen und besseren Verpackungen der massiven Verschwendung von Lebensmitteln in Europa entgegensteuern. In Europa landen jährlich fast 90 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Abfallcontainern, das sind 179 Kilogramm pro Kopf. Die Kommission regte an, darüber zu diskutieren, wie bessere Informationen, etwa über den Unterschied zwischen Mindesthaltbarkeitsdatum und Verbrauchsdatum auf der Verpackung, die Verschwendung von Essen verhindern können. Neben dem bewussteren Umgang mit Nahrung sollten auch geeignetere Verpackungen entwickelt werden.

Nach Angaben der Kommission sind mit 42 Prozent die größten Verschwender die Privathaushalte. 39 Prozent der Lebensmittel würden allerdings schon bei den Herstellern weggeworfen. Lediglich 14 Prozent gingen auf das Konto der Gastronomie und fünf Prozent auf das des Einzelhandels. Hauptgründe für die Lebensmittelvergeudung seien Überproduktion und falsche Lagerung, aber auch schlechte Einkaufsplanung der Verbraucher. [mbu]

► [www.kurzlink.de/eu-essensverschwend](http://www.kurzlink.de/eu-essensverschwend)

### Öko-soziales Engagement

## Verantwortungsvolle Händler

■ Die Umwelt- und Sozialverantwortung im deutschen Einzelhandel ist in den letzten beiden Jahren gestiegen. Das ergab eine Untersuchung der Verbraucher-Initiative in Berlin. Dafür wurden dieses Jahr Handelsunternehmen nach ihrem nachhaltigen Engagement während der gesamten Lieferkette von der Rohstoffgewinnung über Produktion und Transport bis zur Entsorgung befragt. Die vom Öko-Institut entwickelten Fragebögen richteten sich an

die sechs umsatzstärksten Branchen Nahrungs- und Genussmittel, Textilien und Schuhe, Möbel, Bau- und Heimwerkermaterial, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Gesundheit und Körperpflege. Die besten Firmen wurden als „Nachhaltiges Einzelhandelsunternehmen 2011“ prämiert. Spitzenreiter waren wie schon 2009 die Organisation für fairen Handel Gepa und das Textilunternehmen Hessnatur. [mbu]

- [www.verbraucher.org](http://www.verbraucher.org)
- [www.nachhaltig-einkaufen.de](http://www.nachhaltig-einkaufen.de)

### Kennzeichnung

## Klares Nein zu Nano

■ Der Erzeugerverband Naturland hat den Einsatz von Nanoteilchen für Lebensmittel und Kosmetikprodukte sowie deren Verpackung verboten. Man wisse zu wenig, welche Folgen die Nanotechnik für Mensch und Umwelt haben könne, hieß es zur Begründung. Auch das Bundesinstitut für Risikobewertung könne eine mögliche Gefahr von Nanopartikeln nicht ausschließen.

Im Juli verabschiedete das EU-Parlament die Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Lebensmitteln. Ab Herbst 2014 müssen Nanoteilchen auf Verpackungen mit dem Begriff „Nano“ gekennzeichnet werden. Naturland fordert mehr Transparenz über alle Produktionsstufen und appelliert an das Verbraucherschutzministerium, ganz klar zu regeln, wann Nanotechnik angewendet werden darf.

Der BUND hat Bundesverbraucher-schutzministerin Ilse Aigner aufgefordert, den Einsatz von Nanosilber in Verbraucherprodukten zu verbieten. Damit reagierte der Umweltverband auf ein Gutachten, in dem der Sachverständigenrat für Umweltfragen ein erhebliches Risikopotenzial von Nanomaterialien feststellte. (siehe auch S. 13) [mbu]

- Naturland, Gräfelfing, Tel. +49 (0)89 / 898082-0, Fax -90, [www.naturland.de/verbraucher.html](http://www.naturland.de/verbraucher.html)
- BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-0, Fax -40, E-Mail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

## EU-Agrarreform

**300.000 Euro Höchstzuschuss**

■ EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș will Mitte Oktober seine Vorschläge für die Reform der europäischen Agrarpolitik präsentieren, doch Details der Pläne sind bereits mehrmals durchgesickert. So auch beim EU-Agrarministerrat im September im polnischen Wrocław (Breslau), wo die 27 Minister über die Hauptelemente der Reform diskutierten. Danach sollen die Direktzahlungen „grüner“, also umweltfreundlicher werden. 30 Prozent dieser Gelder, in Deutschland etwa 1,5 Milliarden Euro oder rund 90 Euro pro Hektar, sollen in das sogenannte Greening fließen, um die Agrarpolitik ökologischer zu machen.

Zudem sieht der Entwurf von Cioloș vor, die Höhe der Direktzahlungen zu deckeln: Bei etwa 300.000 Euro, nach Abzug der Lohnkosten, wäre dann Schluss mit Zuschüssen. Ab einer „Basis-Betriebsprämie“ von 150.000 Euro würde in Stufen gekürzt – um 20 Prozent bis 200.000 Euro, um 40 Prozent bis 250.000 Euro und um 70 Prozent bis 300.000 Euro.

Unterdessen verabschiedeten die Grünen-Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ein 20-Punkte-Papier, in dem ihre Positionen zur Agrarreform festgeschrieben sind. Darin fordern sie die notwendigen Mittel, damit die Ziele im Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz erreicht und die Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten werden können. Voraussetzung für die Direktzahlungen an die Landwirte ist nach den Vorstellungen der Minister allerdings ein ökologisches Anforderungsprofil. Dazu gehören beispielsweise eine ausgewogene Fruchtfolge und ein Energiemanagement.

Der NABU lobte das Programm als wegweisend für „eine bessere Zukunft von Landwirtschaft und Natur“. Denn von der EU-Agrarpolitik hingen auch Europas selbst gesteckte Naturschutzziele zum Stopp des Artensterbens bis 2020 ab. Auf Landes-

ebene gebe es Spielräume, um die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. [mbu]

- ▶ Entwurf EU-Kommission ELER 2014–2020: [www.kurzlink.de/gap-eler-07.11.pdf](http://www.kurzlink.de/gap-eler-07.11.pdf)
- ▶ Entwurf EU-Kommission Direktzahlungen 2014–2020: [www.kurzlink.de/gap-direkt-07.11.pdf](http://www.kurzlink.de/gap-direkt-07.11.pdf)
- ▶ 20-Punkte-Programm grüne Landwirtschaftsminister: [www.kurzlink.de/gap-20-punkte-09.pdf](http://www.kurzlink.de/gap-20-punkte-09.pdf)

Patente auf Leben**Protest gegen Erfinderschutz für Nutzpflanzenzüchtung**

■ Das Europäische Patentamt hat dem Chemiekonzern Bayer ein umfassendes Patent auf die Züchtung von Nutzpflanzen erteilt, die eine erhöhte Stressresistenz aufweisen. Das Patent sichert Bayers Monopolstellung bei Gentech-Pflanzen, aber auch bei konventionellen Züchtungsverfahren und den Pflanzen daraus.

Aus Sicht der internationalen Initiative „Keine Patente auf Saatgut“ ist die Patentvergabe jedoch illegal, denn Patente auf Züchtungsverfahren, die auf Kreuzung und Selektion beruhen, dürfen laut Artikel 53b des Europäischen Patentübereinkommens nicht erteilt werden. Das bestätigte das Europäische Patentamt im vergangenen Dezember am Beispiel von Brokkoli und Tomaten: Seine Große Beschwerdekammer bewertete das Verfahren zur herkömmlichen Züchtung des Gemüses nicht als technische Erfindung. Bei dem Bayer-Patent gehe es genau um eine solche Pflanzenzüchtung, deren Patentierung verboten sei, sagte der Sprecher des Bündnisses „Keine Patente auf Saatgut“ Christoph Then. Die europäischen Patentgesetze müssten solche Patente endlich ausschließen.

Seit Langem sind Patente auf Pflanzen und Tiere umstritten. Experten kritisieren die Vergabe von Patenten, die keine wirklichen Erfindungen schützen, als Missbrauch des Patentrechts. „Keine Patente auf Saatgut“ und weitere Organisationen rufen daher für den 26. Oktober zu einer Demonstration vor dem Europäischen Patentamt auf. Anlass ist eine öffentliche An-

hörung und die endgültige Entscheidung über das Brokkolipatent. Die Demonstranten wollen, dass das Patentamt besser kontrolliert wird und Patente auf Pflanzen und Tiere eindeutig verboten werden. [mbu]

- ▶ [www.no-patents-on-seeds.org/de](http://www.no-patents-on-seeds.org/de)

Koexistenz**EU-Gericht verbietet Honig mit Gentech-Spuren**

■ Nach europäischem Gentechnikrecht darf Honig, der gentechnisch veränderte Bestandteile enthält, in der Europäischen Union nicht verkauft werden. Das geht aus einem Grundsatzurteil hervor, das der Europäische Gerichtshof (EuGH) im September veröffentlichte. Pollen von gentechnisch verändertem Mais gelten demnach als gentechnisch veränderte Lebensmittel. Damit dürfen Honig oder Nahrungsergänzungsmittel, in denen Spuren solcher genmodifizierter Pollen nachgewiesen werden, nur dann auf den Markt kommen, wenn sie EU-weit zugelassen sind.

Die Entscheidung der Luxemburger Richter wirkt sich möglicherweise auf den gesamten europäischen Honigmarkt und den Gentechnikanbau aus. Der EuGH entschied in dem sogenannten Imkerprozess über die Klage eines bayerischen Imkers. In dessen Honig wurden 2005 geringe Mengen genveränderten Maiserbguts nachgewiesen, nachdem in der Nähe seiner Bienenstöcke Versuchsfelder mit MON810-Genmais bepflanzt worden waren. Der Bienenzüchter aus Augsburg klagte sich durch mehrere Instanzen bis zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH). Der wiederum verwies den Fall an den EuGH.

Das deutsche Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik bezeichnete das Urteil aus Luxemburg als „Sieg von David über Goliath“. Nun hätten Imker Anspruch auf Entschädigung, wenn ihr Honig gentechnisch verunreinigt wurde. [mbu]

- ▶ Urteil: [www.kurzlink.de/eugh-genhonig](http://www.kurzlink.de/eugh-genhonig)
- ▶ [www.bienen-gentechnik.de](http://www.bienen-gentechnik.de)

## „Die Freisetzung von Gentech-Kartoffeln ist Teil der Privatisierung der Nahrungsressourcen“

Im Mai haben AktivistInnen im belgischen Wetteren einen Freisetzungversuch mit Genkartoffeln von BASF zerstört. Barbara van Dyck, Forscherin an der Katholischen Universität Leuven, wurde entlassen, weil sie die Aktion öffentlich befürwortet hatte. Seitdem debattiert die belgische Öffentlichkeit über Demokratie und Wissenschaft, Forschungsförderung und Patentierung.

### Frau van Dyck, warum wurden Sie nach der Feldbefreiung von Ihrer Universität entlassen?

Barbara van Dyck: In einem Interview habe ich die Aktion verteidigt. Das war der Grund für meine Entlassung, die mir drei Tage nach der Feldbefreiung mitgeteilt wurde. Meine Einstellung passe nicht zusammen mit meiner Position an einer Universität, die für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung eintrete – das sei ein Vertrauensbruch. Meine Entlassung aus der Universität hat eine Welle der Unterstützung ausgelöst und eine Reihe von Fragen zum Beispiel zu den finanziellen Ressourcen verschiedener Forschungsfelder aufgeworfen. Dabei ging es auch um das Verhältnis der Förderung agrarökologischer Forschung und biotechnologischer Ansätze: Gibt es finanzielle Verbindungen zwischen der Universität von Gent, die den Versuch durchführte, und dem BASF-Konzern? Wenn ja, welche? Die Forschung von heute sagt etwas aus über die Art von Landwirtschaft, die wir in Zukunft praktizieren werden. Aber auch grundsätzlichere Fragen über die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft werden nun in den Medien öffentlich diskutiert. Zudem gab es eine breite Mobilisierung innerhalb und außerhalb der Universität. Es gibt eine internationale Petition, mit der ich unterstützt werde. Viele haben Briefe an die Universität geschrieben.

### Wird die Uni die Kündigung zurücknehmen?

Bereits kurz nach den Tagen in Wetteren wurde ich aufgefordert, mich von der Aktion zu distanzieren. Das habe ich abgelehnt. An der Forderung hält die Universität bisher fest: Ich soll mich ausdrücklich von der Aktion distanzieren, da sie als gewalttätig betrachtet wird. Ich habe eine schriftliche Erklärung abgegeben, in der ich meine Sicht auf die Dinge darstelle. Bisher habe ich keine Antwort bekommen.

### Gegen welchen Freisetzungversuch richtete sich denn die Feldbefreiung?

Die Versuche in Wetteren wurden in diesem Jahr mit zwei Sorten gentechnisch veränderter Kartoffeln durchgeführt. Zum einen gab es transgene Kartoffeln, die an der Universität von Wageningen in den Niederlanden entwickelt worden waren, die sogenannten Durph-Kartoffeln. Zum anderen wurden gentechnisch

veränderte Kartoffeln der Sorte Fortuna von BASF freigesetzt. Die Sorten sollen gegen Phytophthora-Erreger resistent sein und wurden hier unter belgischen Bedingungen auf ihre Reaktion gegenüber der Kraut- und Knollenfäule getestet.

### Wie verhält sich die belgische Öffentlichkeit?

Mittlerweile gibt es eine sehr breite Diskussion. Vor der Feldbefreiung war ihr Umfang viel geringer. Im letzten Jahr gab es einen Versuch mit Monsanto-Mais. Die flämische Regierung testete ihn auf seine Koexistenzfähigkeit. In der Debatte nach der Veröffentlichung der Ergebnisse in den Medien wurde behauptet, dass es keine Verunreinigungen gegeben habe, da ja der EU-Grenzwert von 0,9 Prozent nicht überschritten worden sei. KritikerInnen betonten dagegen, dass eine Koexistenz zwischen Anbauformen mit gentechnisch veränderten und nicht gentechnisch veränderten Sorten unmöglich sei.

### Wer protestiert in Belgien gegen Gentechnik?

Bei den jetzigen Protesten findet man eine sehr interessante Mischung von Menschen. Zum Beispiel viele AktivistInnen, deren Betätigungsfeld eigentlich die Klimapolitik ist oder die sich für eine ökologische und gerechte Landwirtschaft im Sinne von Nahrungssouveränität einsetzen, WissenschaftlerInnen und natürlich auch Bäuerinnen und Bauern. Auch die Frage, welche Art von Forschung an öffentlichen Institutionen durchgeführt wird, hat einige zum Kommen motiviert. Denn der Freisetzungversuch wurde von einer Forschungseinrichtung durchgeführt, die mit öffentlichen Geldern finanziert wird. Die Gentech-Kartoffeln stehen höchstwahrscheinlich kurz vor ihrer Kommerzialisierung. Das heißt, staatliche Forschungsgelder werden für die letzten Schritte vor der Kommerzialisierung einer BASF-Kartoffel eingesetzt. Bei dem Feld in Wetteren handelt es sich keineswegs um Grundlagenforschung. Gleichzeitig findet aber eine Kampagne für die gentechnisch veränderten Sorten statt. Neben dem Feld hing ein Plakat mit der Aufschrift „Hier wachsen die Kartoffeln der Zukunft“. Man wird den Eindruck nicht los, dass der belgische Markt und die KonsumentInnen auf Gentech-Nahrung vorbereitet werden sollen.

### Im Frühjahr fand in Brüssel eine internationale Saatguttagung mit Demonstration statt. Steht die Aktion in Wetteren damit in Verbindung?

Definitiv. Der Versuch in Wetteren ist Teil der Privatisierung der Nahrungsressourcen. Wegen der Patentierung der Gentechniksorten lagen zum Beispiel dem Rat für Biosicherheit, der über die Genehmigung des Versuchs in Wetteren entschied, nicht alle technischen Details der Fortuna-Kartoffel vor, weil sie als Geschäftsgeheimnisse eingestuft sind. Für mich als Wissenschaftlerin lag die Motivation, nach Wetteren zu fahren, zu einem großen Teil darin begründet. Eine zentrale Frage ist: In wessen Interesse findet öffentliche Forschung statt? Der Neoliberalismus hat zu einem veränderten Verhältnis zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft geführt. Forschung, die ein wirtschaftlich verwertbares Ergebnis hervorbringt, ist um einiges bedeutender geworden.

### Was wäre anders, wenn es auf dem Feld in Wetteren um Grundlagenforschung ginge?

Ich hätte wohl trotzdem meine Probleme damit. Meine Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen. Ich habe keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen molekularbiologische Forschung, wenn wir sie nutzen, um zu verstehen, was in den Zellen vor sich geht.

[Interview: Christoph Potthoff]

Dr. Barbara van Dyck ist Agronomin, hat in angewandter Ökonomie promoviert und arbeitet zu Planungspolitik und sozialem Wandel. Sie lebt in Brüssel. Das Interview erschien im Gen-ethischen Informationsdienst (GID) in der aktuellen Ausgabe 207 „Agrarreform“.

Kontakt: GID, Berlin,  
Tel. +49 (0)30 / 6857073,  
[www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid)  
[www.threerottenpotatoes.wordpress.com](http://www.threerottenpotatoes.wordpress.com)



## Genpflanzenzulassung I

### Genmais-Verbot nur bei Gefahr für Mensch und Natur

■ Frankreich darf gentechnisch veränderten Mais nur dann vom Markt nehmen, wenn „ein erhebliches Risiko“ für Lebewesen oder die Umwelt nachgewiesen wird. Zudem müsse das Land die EU-Kommission über einen solchen Schritt „schnellstmöglich“ informieren, heißt es in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im September.

Laut EuGH hat Frankreich 2008 das nationale Anbauverbot für den Gentechnikmais MON810 auf einer falschen Rechtsgrundlage verhängt. Nun will die französische Umweltministerin Nathalie Kościuszkowicz den Fehler korrigieren. Frankreich hatte das Verbot zunächst mit der Schutzklausel der Richtlinie 2001/18/EG begründet, die laut EuGH veraltet ist. Falls der französische Staatsrat das nationale Anbauverbot aufhebt, plant die Umweltministerin, mittels der korrekten Verordnung 1829/2003 den Gentechnikmais weiterhin zu verbieten.

Das Anbauverbot in Deutschland betrifft die Entscheidung des Gerichts in Luxemburg nicht, da es nach der richtigen Verordnung erlassen wurde. Der Monsanto-Mais MON810 ist in der EU als Futtermittel zugelassen. [mbu]

► EuGH: [www.kurzlink.de/eugh-genmaisverbot](http://www.kurzlink.de/eugh-genmaisverbot)

## Genpflanzenzulassung II

### Kommen bedenkliche neue Sojabohnen auf den Markt?

■ Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat sich im Sommer dafür ausgesprochen, zwei neue Varianten gentechnisch veränderter Sojabohnen zuzulassen. Nach Angaben des gentechnikkritischen Instituts Testbiotech geht die EFSA dabei zum ersten Mal davon aus, dass der Stoffwechsel der Pflanzen unbeabsichtigte Veränderungen aufweist. Bei Soja 356043

der Firma Pioneer seien zu hohe Gehalte an verschiedenen Fett- und Aminosäuren festgestellt worden, bei Soja MON87701 von Monsanto habe sich durch den Eingriff in das Genom der Pflanzen der Vitamin-E-Gehalt in den Pflanzen verändert.

Durch das ungezielte Einschleusen von Genen ins Erbgut ließen sich die Auswirkungen auf den Stoffwechsel der Pflanzen nicht vorhersagen, sagte Christoph Then von Testbiotech. Die EFSA nutzt als Grundlage für die Bewertung der Sicherheit von Gentechnikpflanzen die Studien der Gentechnikunternehmen. Der EU-Ministerrat fordert seit Langem, dass die Zulassungsbehörde ihre Richtlinien verschärft. [mbu]

- Testbiotech: [www.testbiotech.org/node/530](http://www.testbiotech.org/node/530)
- EFSA zu Gensoja MON87701 und 356043: [www.efsa.europa.eu/en/journal/pub/2309.htm](http://www.efsa.europa.eu/en/journal/pub/2309.htm)  
[www.efsa.europa.eu/en/journal/pub/2310.htm](http://www.efsa.europa.eu/en/journal/pub/2310.htm)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Artenschwund

#### Über 80 Prozent genetische Varianten in Gefahr

■ Die Vielfalt der Arten ist einer Studie der Senckenberg-Gesellschaft für Naturkunde zufolge wegen der Klimaerwärmung stärker gefährdet als bisher angenommen. Bis zum Jahr 2080 könnten innerhalb bestimmter Arten mehr als 80 Prozent der genetischen Variationen verschwinden, heißt es bei der Veröffentlichung im September.

Die Wissenschaftler des Biodiversitäts- und Klima-Forschungszentrums der Senckenberg-Gesellschaft untersuchten den Effekt des Klimawandels anhand der Verbreitung von neun europäischen Wasserinsektenarten in höheren Gebirgen Mittel- und Nordeuropas. Wenn die Temperatur in Europa um vier Grad steigen würde, könnten nach Erkenntnissen der Forscher wahrscheinlich sechs von neun Arten in Teilgebieten überleben. Aber, und das

ist das Hauptergebnis der Forschung, die Vielfalt innerhalb der Insektenarten würde deutlich zurückgehen. Im schlimmsten Fall würden 84 Prozent der genetischen Varianten aussterben. Dabei gingen eigenständige evolutionäre Linien beispielsweise in den Karpaten, Pyrenäen oder den deutschen Mittelgebirgen verloren, sagte Carsten Nowak von der Senckenberg-Gesellschaft. Viele dieser Linien seien dabei, sich zu eigenständigen Arten zu entwickeln, drohten aber nach der Modellberechnung wegen der Klimaerwärmung vorher auszusterben.

Die genetische Variation innerhalb einer Art ist laut Nowak wichtig für die Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Lebensräume und klimatische Bedingungen. Ihr Verlust reduziere langfristig auch die Überlebenschancen der Art insgesamt. Die untersuchten Wasserinsekten seien für viele Tier- und Pflanzenarten der Bergregionen Mitteleuropas repräsentativ. [mbu]

- Senckenberg-Gesellschaft, Dr. Carsten Nowak, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)6051 / 61954-3122, E-Mail: [cnowak@senckenberg.de](mailto:cnowak@senckenberg.de), [www.bik-f.de](http://www.bik-f.de)

### Artenvielfalt

#### Landzerstückelung bedroht Europas Wildtiere

■ Straßen und Schienentrassen, aber auch intensive Landwirtschaft und Stadtentwicklung führen dazu, dass Europas Landschaften in immer kleinere Parzellen aufgeteilt werden. Das hat möglicherweise verheerende Folgen für Flora und Fauna, wie eine Untersuchung der Europäischen Umweltagentur (EEA) und des Schweizer Bundesamts für Umwelt (BAFU) ergab.

So würden Tierbestände in kleinere und dadurch gefährdetere Gruppen geteilt, heißt es in der Studie. Auch Verkehrsunfälle mit Tieren nähmen zu. Ein Beispiel für eine Art, die durch Landzerstückelung und Intensivlandwirtschaft fast vollständig ausgelöscht wurde, ist der Feldhase in der Schweiz. Dass Menschen mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern können, beweisen Dachsschutzmaßnahmen in ►

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## Ö wie Ökokrise

Wie radikal können und müssen gesellschaftliche Alternativen gedacht werden, um Auswege aus der ökologischen Krise zu eröffnen? Welche Wege sind denkbar, von wem sind erste Schritte zu erwarten? Überblick in einer schwer überschaubaren Debatte bieten die Autoren, indem sie das Spektrum der wesentlichen Denkansätze herausarbeiten: von Subsistenz und »warmherziger Genügsamkeit« bis zu grünem Kapitalismus, vom individuellen Kulturwandel bis zur sozial-ökologischen Regulation.

F. Adler, U. Schachtschneider  
**Green New Deal, Suffizienz  
 oder Ökosozialismus?**  
 Konzepte für gesellschaftliche Wege  
 aus der Ökokrise

318 Seiten, 24,90 EUR,  
 ISBN 978-3-86581-213-1

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

 **oekom**  
 Die guten Seiten der Zukunft

den Niederlanden. Nach einer jahrelangen Dezimierung wurden unter anderem Dachsröhren gebaut, die es den Tieren ermöglichten, sich leichter und sicherer zu bewegen. Daraufhin wuchs der Bestand wieder leicht. [mbu]

► [www.kurzlink.de/studie-landscapefrag](http://www.kurzlink.de/studie-landscapefrag)

### Wolfsschutz

## Schweden will Jagd aussetzen

■ Im kommenden Winter darf in Schweden keine Wolfsjagd stattfinden. Damit soll eine Klage der Europäischen Kommission in Brüssel verhindert werden, hieß es aus Regierungskreisen in Stockholm Mitte August. Der zeitweise Stopp solle verhindern, das Schweden „das Recht verliert, selbst über seinen Bestand an Wölfen zu entscheiden“, sagte Umweltminister Andreas Carlgren. Die EU-Kommission wollte das Jagdverbot bei den Skandinaviern notfalls gerichtlich durchsetzen.

Dieses Jahr werden laut Stockholmer Umweltministerium keine Jagdlizenzen für Wölfe vergeben. Wölfe, die Vieh bedrohen, dürften aber abgeschossen werden, so Carlgren. Außerdem sollen Beobachter zur Sichtung des Wolfsbestands eingesetzt werden.

2010 und 2011 hatte Schweden zwei Wolfsjagden genehmigt. Ende vergangenen Jahres wurden 19 Tiere getötet. Mehrere Tausend Jäger hatten sich für die Jagd angemeldet. Insgesamt leben in dem Land etwa 200 Wölfe in freier Wildbahn. Die Behörden hatten den Abschuss erlaubt, um – so die Begründung – die Akzeptanz eines stabilen Wolfsbestands durch die Bevölkerung zu sichern. Die EU-Kommission hält die zweite Genehmigung einer Wolfsjagd seit 2009 durch Stockholm für rechtswidrig, weil die Art vom Aussterben bedroht sei. Umweltkommissar Janez Potočnik leitete deshalb im Januar ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Schweden ein. [mbu]

► Schwedisches Umweltministerium:  
[www.sweden.gov.se/sb/d/2066](http://www.sweden.gov.se/sb/d/2066)  
 ► EU: [www.kurzlink.de/eu-komm-potocnik](http://www.kurzlink.de/eu-komm-potocnik)

### EU-Waldschutz

## Proteste gegen Kahlschlag in tschechischem Nationalpark

■ Im August haben Mitglieder von Umweltverbänden im tschechischen Nationalpark Šumava (Böhmerwald) gegen die Abholzung von Bäumen protestiert. In der besonders geschützten Zone I wurde wertvoller Baumbestand vernichtet, um den Borkenkäfer zu bekämpfen.

AktivistInnen von tschechischen Naturschutzverbänden hatten versucht, die Abholzung zu verhindern, indem sie sich zwischen die Bäume stellten. Sie argumentierten, dass die europäische FFH-Richtlinie eine Verschlechterung des Naturzustandes verbiete. Das Gebiet ist Natura-2000-Gebiet und Unesco-Biosphärenreservat.

Deutsche Umweltverbände wie der BUND oder Pro Regenwald kritisierten die Abholzung und organisierten Onlineproteste. Der Deutsche Naturschutzring hatte sich im Frühjahr in einem Protestbrief an EU-Umweltkommissar Janez Potočnik gegen den Kahlschlag und die Bekämpfung des Borkenkäfers mit Chemikalien gewandt. [jg]

► [www.kurzlink.de/bund-sumava](http://www.kurzlink.de/bund-sumava)  
 ► [www.kurzlink.de/proregenwald-sumava](http://www.kurzlink.de/proregenwald-sumava)

### Waldschutz

## Bundesregierung gehen EU-Forderungen zu weit

■ Die Bundesregierung hat sich im Sommer kritisch zu einer Resolution des Europäischen Parlaments zum EU-Grünbuch Waldschutz und Waldinformation geäußert. Das geht aus einem Bericht hervor, der der Redaktion vorliegt. In der Entschlüsselung forderten die EU-Abgeordneten neben Maßnahmen zur Waldbewirtschaftung eine eigenständige EU-Waldschutzpolitik. Die Bundesregierung hält dies für nicht notwendig und befürchtet eine Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel. Die Mitgliedstaaten könnten allein

mit den aktuellen Bedrohungen wie Klimawandel und Waldbränden umgehen. Die Bundesregierung will jedoch bei der Ausgestaltung der beiden vom Parlament vorgeschlagenen Rechtsakte zu Waldbrandverhütung und Waldinformationen mitwirken.

Die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm von den Grünen kritisierte die ablehnende Haltung der Bundesregierung. Angesichts der tatsächlichen Bedrohungen der europäischen Wälder durch Klimawandel und Waldbrände sei die Absage an eine eigenständige EU-Waldschutzpolitik unverantwortlich. [am]

- Resolution: [www.kurzlink.de/ep-waldschutz-pdf](http://www.kurzlink.de/ep-waldschutz-pdf)
- Grüne: [www.kurzlink.de/behm-waldschutz-eu](http://www.kurzlink.de/behm-waldschutz-eu)

## STADT & REGION

### Kommunaler Klimaschutz

## Städte und Gemeinden wollen Vorreiter sein

■ Bei der kommunalen Klimaschutz-Konferenz Ende September in Koblenz haben die im Klima-Bündnis vertretenen Städte und Gemeinden ihren Anspruch bekräftigt, Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel zu sein. Seit über 20 Jahren reduzierten die im Netzwerk beteiligten Städte ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen, hieß es beim Klima-Bündnis. Das Ziel sei, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu senken und die Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 zu halbieren.

In dem vom Bundestag beschlossenen Gesetzespaket zur Energiewende sehen die Kommunalpolitiker eine große Herausforderung. Städte, Gemeinden und Landkreise hätten eine Schlüsselrolle bei der dezentralen Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energie und der Energieeffizienz, sagte der Koblenzer Oberbürgermeister Joachim Hofmann-Göttig. [mbu]

- [www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierschutzbericht

## Mehr Tierversuche

■ Während die Bundesregierung das Aus für konventionelle Legebatterien für Hühner in ihrem Tierschutzbericht für die Jahre 2007 bis 2010 positiv hervorhebt, bleibt der Deutsche Tierschutzbund bei seiner Kritik: Die entsprechende Verordnung lasse einen Bestandsschutz noch bis 2035 zu. Das sei nicht akzeptabel.

Aus dem Mitte August veröffentlichten Tierschutzbericht geht außerdem hervor, dass die Zahl der Tierversuche in den vergangenen Jahren weiter gestiegen ist. 2005 wurde demnach mit etwa 2,4 Millionen Tieren experimentiert, vier Jahre später waren es fast 2,8 Millionen.

Der Tierschutzbund forderte das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium auf, das zugesagte Tierschutzpaket zügig umzusetzen, um die offenen Probleme zu lösen. [mbu]

- Bericht: [www.kurzlink.de/tierschutzber-11.pdf](http://www.kurzlink.de/tierschutzber-11.pdf)
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

### Delfinarien

## Zoo muss Akten freigeben

■ Vertreter der Wal- und Delfinschutzorganisation WDSCS können seit August die Akten des Tiergartens Nürnberg einsehen. Nachdem 2006 innerhalb von zwei Monaten vier Delfine im dortigen Delfinarium gestorben waren, hatte die Organisation sich um Akteneinsicht bemüht. Dies war von der Tiergartenleitung sowie von der Stadt abgelehnt worden. Erst ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts gab den Delfinschützern Recht. Die WDSCS vermutet die Verletzung von Tierschutzbestimmungen. [hv]

- WDSCS, Dr. Karsten Bensing, Berlin, Tel. +49 (0)176 / 22675679, [www.wdcs.org](http://www.wdcs.org)

### Tierversuche

## Vermarktungsverbot für Kosmetik in Gefahr

■ Tierversuche für Kosmetika sind nach der EU-Kosmetikrichtlinie seit 2009 verboten, allerdings mit Ausnahmen. Nach einem Bericht der EU-Kommission vom September ist das vorgesehene vollständige Verbot bis 2013 möglicherweise nicht umsetzbar. Es stünden nicht genügend tierversuchsfreie Methoden für eine lückenlose Sicherheitsprüfung kosmetischer Inhaltsstoffe zur Verfügung. Das könne für VerbraucherInnen gesundheitsschädlich sein. Der Deutsche Tierschutzbund sieht das Vermarktungsverbot in Gefahr und forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich gegen eine Verschiebung über 2013 hinaus einzusetzen. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission über das weitere Vorgehen entscheiden. [mbu]

- EU-Bericht: [www.kurzlink.de/eu-kosmetik-tiere](http://www.kurzlink.de/eu-kosmetik-tiere)
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Umweltaktionsprogramm

## Stark als Orientierung, schwach in der Umsetzung

■ Die EU-Kommission hat im August die Abschlussbewertung ihres 6. Umweltaktionsprogramms (UAP) veröffentlicht. Das UAP war demnach bei der Schaffung eines übergeordneten Rahmens für die Umweltpolitik erfolgreich und trug dazu bei, politischen Willen für das Verabschieden von Zielen und Zeitplänen und für deren anschließende Anwendung aufzubauen. Allerdings stellte die Kommission keine direkte Verbindung zwischen dem UAP und umweltpolitischen Maßnahmen fest. Dies erkläre sich teilweise durch die breite Gestaltung des Programms mit vielen un-

terschiedlichen Einzelmaßnahmen. Während seiner Geltungsphase seien zudem wichtige andere Strategien wie das Klima- und Energiepaket verabschiedet worden, die den politischen Fortschritt in Teilbereichen gefördert hätten. Insgesamt hätten die Strategien und das UAP dazu beigetragen, umweltpolitische Belange besser in andere Politikbereiche zu integrieren.

Die Abschlussbewertung des UAP basiert auf einer unabhängigen Bewertung durch das Berliner Forschungsinstitut Ecologic, dem Umweltzustandsbericht der Europäischen Umweltagentur von Ende 2010 sowie einer Konsultation von Interessenvertretern. Die Kommission hat sich mit der Abschlussbewertung offenbar entschieden, ein 7. UAP zu entwickeln. Im abschließenden Kapitel der Evaluation heißt es: „Vor diesem Hintergrund wird die Kommission prüfen, wie ein neues Umweltaktionsprogramm in dem sich rasch verändernden umweltpolitischen Kontext am besten einen Mehrwert bieten kann.“ Umweltverbände und mehrere Mitgliedstaaten hatten dies mehrfach gefordert. [am]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/996)
- ▶ [www.kurzlink.de/bewert-6.uap](http://www.kurzlink.de/bewert-6.uap)

#### EU-Kohäsionspolitik

### Wandel zu nachhaltigem Investitionswerkzeug

■ Beim Europäischen NGO-Forum zur Reform der EU-Kohäsionspolitik im September haben TeilnehmerInnen aus 15 europäischen Ländern eine Erklärung verabschiedet. Sie soll zusammen mit nationalen „Factsheets“ dazu beitragen, dass die Kohäsionspolitik in der Finanzperiode 2014 bis 2020 ein effektives und nachhaltiges Investitionswerkzeug wird. Das zweitägige Forum in Wandlitz bei Berlin wurde durch die Nichtregierungsorganisationen CEE Bankwatch, Friends of the Earth Europe und WWF veranstaltet. Die 50 internationalen TeilnehmerInnen diskutierten über zielgerichtete, effizientere Finanzierungsinstrumente für eine ökologisch

nachhaltige Kohäsionspolitik. Mit einem Netzwerk zur Kohäsionspolitik wollen die NGOs langfristig politischen Einfluss auf EU und Mitgliedstaaten nehmen.

Die Kohäsionspolitik soll durch Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren Regionen die Folgen der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung ausgleichen. Bisher erhalten Projekte EU-Zuschüsse vor allem aus zwei sogenannten Strukturfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF); außerdem gibt es noch den Kohäsionsfonds. Zur Kohäsionspolitik gehört auch eine ausgewogene und nachhaltige Raumentwicklung.

Die EU-Kommission hat im Juni in ihrem Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 Mittelzuweisungen in Höhe von 376 Milliarden Euro für Instrumente der Kohäsionspolitik vorgesehen. Die meisten Mittel sollen in die sogenannten Konvergenzregionen in Osteuropa fließen. Knapp 39 Milliarden Euro hat die Kommission für „Übergangsregionen“ eingeplant. In diese neue Kategorie sollen Regionen mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnitts fallen. Auch alle ostdeutschen Bundesländer werden davon profitieren, wenn der Entwurf so von EU-Parlament und Ministerrat bestätigt wird. [bv]

- ▶ [www.eu-natur.de](http://www.eu-natur.de)

#### EU-Haushalt

### Mitgliedstaaten wollen kürzen

■ Die EU-Mitgliedstaaten wollen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Haushaltsplan für das nächste Jahr kürzen. So lautet der Standpunkt des Ministerrats vom Juli. Sowohl bei den Verpflichtungen der EU als auch bei den Zahlungen durch die Mitgliedstaaten setzen sich die Regierungen für Korrekturen nach unten ein.

Statt der von der EU-Kommission vorgesehenen Steigerung bei den Zahlungen von 126,5 auf 132,7 Milliarden Euro wollen die Staaten einen geringeren Anstieg, der

gerade die Inflation ausgleichen würde. Sie schlagen vor, die Summe der Zahlungen auf 129,1 Milliarden zu begrenzen. Die Verpflichtungen sollen statt 147,4 Milliarden auf 146,2 Milliarden reduziert werden. Der Ministerrat stimmte damit für eine Kürzung um 3,65 Milliarden bei den Zahlungen und um 1,6 Milliarden bei den Verpflichtungen. Das würde beispielsweise auch zu Abstrichen im Life+-Programm für Naturschutzmaßnahmen führen.

Das EU-Parlament wird Ende Oktober über das Budget für 2012 abstimmen. Voraussichtlich wird dann ein Vermittlungsausschuss einen Kompromiss zwischen Kommission, Rat und Parlament aushandeln. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/ministerrat2011-07-6](http://www.kurzlink.de/ministerrat2011-07-6)

#### EU-Umweltministerrat

### Wichtige Herausforderungen

■ Im Juli haben sich die EU-UmweltministerInnen zu einem informellen Treffen im polnischen Sopot versammelt. Neben Ressourcenpolitik ging es um langfristige Umweltpolitik und das 6. Umweltaktionsprogramm. Außerdem sprachen die MinisterInnen über die wichtigsten Herausforderungen für die EU-Umweltpolitik, für die bis 2020 Lösungen gefunden werden sollen: Klima- und Biodiversitätsschutz, Energie- und Ressourceneffizienz. Diese Themen sollen nach Meinung des Umweltrates auch Bestandteil eines 7. Umweltaktionsprogramms der EU sein. Bereiche wie Gesundheit, Abfall und „grünes“ Wirtschaften müssten ebenfalls beachtet werden. EU-Umweltkommissar Potočnik wies darauf hin, dass es auch noch unerledigte Aufgaben aus dem 6. UAP gebe. Als Beispiel nannte er die europäische Bodenschutzrahmenrichtlinie. Ein Entwurf liegt seit Jahren vor, scheitert aber bisher unter anderem am Widerstand von Deutschland.

Weiterhin bereiteten die MinisterInnen die 17. UN-Klimakonferenz im Dezember in Durban (Südafrika) vor. Zur Debatte eingeladene Umweltverbände sprachen sich für ein aktives Vorgehen der EU für

eine zweite Verpflichtungsperiode nach dem Kyoto-Protokoll („Kyoto 2“) aus. Außerdem solle die EU ihr Klimaziel auf 30 Prozent Emissionsreduktion bis 2020 erhöhen und die Reduzierung der Emissionen auf 40 Prozent vorantreiben.

Traditionell sind die im Land des jeweiligen EU-Vorsitzes stattfindenden informellen Ministerratstreffen dem Austausch und den Strategiedebatten vorbehalten. [jg]

► [www.kurzlink.de/inform-council2011-7](http://www.kurzlink.de/inform-council2011-7)

## Bundshaushalt

### Etat 2012 beschlossen

■ Am 7. September hat der Bundestag nach viertägiger Sitzung den Haushalt für 2012 beschlossen. Die Regierung sieht für das kommende Jahr Ausgaben in Höhe von 306 Milliarden Euro vor, 200 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Das Budget des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist dabei mit 25,3 Milliarden Euro der viertgrößte Einzeletat und der größte Investitionsetat. Damit finanziert dieser Bereich vor allem die Bundesstraßen und die Eisenbahnen des Bundes.

Gespart wird beim Umweltetat. Die Ausgaben sollen gegenüber 2011 um 2,7 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro sinken. Bei den erneuerbaren Energien steigen jedoch die Investitionen an. Der größte Teil entfällt auf Fotovoltaik- und Windenergie-

anlagen. Im Agrarressort wurde der Etat um 3,8 Prozent gesenkt, was Ministerin Ilse Aigner (CSU) als „erfolgreiche Politik“ bezeichnete. Die Opposition kritisierte den Agrarhaushalt. Die SPD bemängelte zusätzliche Subventionen in Höhe von 750 Millionen Euro in den vergangenen Jahren. [hv]

► [www.kurzlink.de/bfm-haushalt2012](http://www.kurzlink.de/bfm-haushalt2012)

## EU-Recht

### Beschwerde über deutsches Kühlgeräterecycling

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im Juli die EU-Kommission aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten, weil es beim Kühlgeräterecycling die EU-Vorgaben zur besten verfügbaren Technik nicht einhalte. Wegen der „seit Jahren andauernden nicht ordnungsgemäßen Entsorgung von Kühlgeräten“, die noch besonders klimaschädliche Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) enthalten, legte die DUH Beschwerde gegen Deutschland ein. Die EU-Richtlinie 2002/96/EG schreibe eine Entsorgung nach bester verfügbarer Technik vor, dies werde weder richtig umgesetzt noch von den zuständigen Bundesländern ordnungsgemäß kontrolliert, kritisierte die Organisation. [jg]

► [www.duh.de](http://www.duh.de)

## Europäische Bürgerinitiative

### Organisatoren müssen in Deutschland nicht zahlen

■ Der neue Entwurf zur Durchführung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) in Deutschland sieht vor, dass Organisatoren der Initiative keine Kosten für deren Durchführung zahlen müssen. In einem von EurActiv veröffentlichten Schreiben des Bundesinnenministeriums an den Bundestagsabgeordneten Manuel Sarrazin (Grüne) heißt es, dass „den Organisatoren für die Bescheinigung, dass Online-sammelsysteme den technischen und sicherheitsrelevanten Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 entsprechen, keine Kosten entstehen“.

Der ursprüngliche Plan der Bundesregierung für einen Gesetzesentwurf zur Europäischen Bürgerinitiative hatte vorgesehen, dass ein Teil der entstehenden Kosten von den Organisatoren getragen werden solle. Das hatte starken Protest bei Nichtregierungsorganisationen und Grünen ausgelöst.

Zum 1. April 2012 soll die Europäische Bürgerinitiative in allen Mitgliedstaaten anwendbar sein. Dann können sich EU-BürgerInnen mit Gesetzesinitiativen an die Europäische Kommission wenden und damit direkten Einfluss auf europapolitische Entscheidungen nehmen. [mm]

► Brief Sarrazin: [www.kurzlink.de/euractiv-sarrazin](http://www.kurzlink.de/euractiv-sarrazin)  
 ► DNR-Factsheet: [www.kurzlink.de/dnr-ebi.pdf](http://www.kurzlink.de/dnr-ebi.pdf)



FSC®-Zertifikate sind DIE Gütesiegel für eine vorbildliche Waldwirtschaft. Ab sofort wird es für Forstbetriebe mit einer Fläche von weniger als 1000 ha noch preiswerter ein FSC®-Zertifikat zu bekommen. Warum: Melitta® übernimmt 50% der Zertifizierungskosten – 5 Jahre lang! Bewerben Sie sich und sichern Sie sich die Förderung für Ihr FSC®-Zertifikat unter: [www.fsc-deutschland.de/melittaprojekt](http://www.fsc-deutschland.de/melittaprojekt)

FSC-SECR-0012 Melitta macht Kaffee zum Genuss.®

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

Infrastrukturfinanzierung**Kein Straßenbau in Polen mit EU-Schienengeldern**

■ Polen hat die Umschichtung von 1,2 Milliarden Euro aus dem EU-Kohäsionsfonds (siehe S. 24) von Schienen- zu Straßenbauprojekten gestoppt. Nach Angaben des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen im Europäischen Parlament Michael Cramer lenkte die polnische Regierung im Streit mit der EU ein und will die Mittel nun wie geplant zur Modernisierung bestehender Eisenbahnstrecken verwenden.

Zuvor hatten sich der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments und Verkehrskommissar Siim Kallas gegen einen Antrag Polens ausgesprochen, 1,2 Milliarden Euro für die Schienenerneuerung für den Straßenbau umzuwidmen. Damit sei ein Präzedenzfall in Sachen Kohäsionsgelder verhindert worden, sagte Cramer. Für die Mitgliedstaaten sei dies ein wichtiges Signal: Gelder, die für umweltfreundliche Schienenprojekte genehmigt wurden, könnten nicht nachträglich in den klimaschädlichen Straßenbau verlagert werden. [mbu]

► [www.michael-cramer.eu](http://www.michael-cramer.eu)

Verkehrsverlagerung**EU-Parlamentarier will Ziele kappen**

■ Der im Weißbuch Verkehr festgeschriebene Plan, in der EU bis 2050 die Hälfte des Güterverkehrs über 300 Kilometer von der Straße auf die Schiene und auf Wasserwege zu verlagern, steht auf dem Prüfstand. Ein solches Ziel könne man nicht auf ganz Europa anwenden, sagte der zuständige Berichterstatter im Europäischen Parlament, der belgische Christdemokrat Mathieu Grosch. Seiner Ansicht nach widerspricht das Ziel der Komodalität, also der Kom-

ination verschiedener Verkehrsmittel. Grosch forderte, schon für 2020 Ziele festzulegen und Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine ressourceneffiziente Verkehrspolitik zu erreichen. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht erste Schritte für 2030 und weitere für 2050 vor. Die Empfehlungen von Grosch sollen in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses diskutiert werden. [mbu]

► Berichtsentwurf Grosch:  
[www.kurzlink.de/grosch-09-11.pdf](http://www.kurzlink.de/grosch-09-11.pdf)

Wegekosten**Richtlinie verabschiedet**

■ Nachdem der EU-Ministerrat im September der Wegekostenrichtlinie zugestimmt hat, haben die Mitgliedstaaten nun zwei Jahre Zeit, die Vorgabe in nationales Recht umzusetzen. Mit der „Eurovignetenrichtlinie“ ist es erstmals möglich, die Umweltkosten in die Mauterhebung einzubeziehen. Die EU-Länder können damit in Zukunft von Speditionen teilweise die Kosten zurückverlangen, die durch Luftverschmutzung und Lärm von Lkws entstehen. Allerdings ist dies freiwillig und gilt nur für Laster ab zwölf Tonnen Gewicht. In Stoßzeiten kann die Gebühr um bis zu 175 Prozent steigen, um Staus zu vermeiden. Elf EU-Länder erheben derzeit eine Maut, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Italien. [mbu]

► Ratsabstimmung zur Eurovignette:  
[www.kurzlink.de/rat-eurovignette.pdf](http://www.kurzlink.de/rat-eurovignette.pdf)

Pkw-Abgase**Autobauer können CO<sub>2</sub>-Bilanzen begrünen**

■ Die EU-Kommission hat im Juli beschlossen, dass innovative Technologien, die den Energieverbrauch von Autos senken, auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Neufahrzeugen angerechnet werden dürfen. Die Tech-

nologie muss neu auf dem Markt sein und zu deutlichen Emissionsverringerungen führen. Außerdem darf sie nicht schon in die bisherige Berechnung der Fahrzeugemissionen eingegangen sein.

Die Ökoinnovationen können mit bis zu sieben Gramm CO<sub>2</sub> pro 100 Kilometer auf die vorgeschriebenen Emissionsverringerungen für Autos angerechnet werden. Bis 2015 muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von neu zugelassenen Autos auf 130 Gramm pro 100 Kilometer sinken. Das ist in einer EU-Richtlinie festgelegt – die Entscheidung der Kommission ist eine Durchführungsverordnung dieser Regulierung.

Der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) kritisierte den Beschluss. „Obwohl die Hersteller auf gutem Weg sind, die CO<sub>2</sub>-Vorgaben bereits vor 2015 zu erfüllen, bekommen sie nun für Technologien, deren Minderungseffekt fragwürdig ist, einen zusätzlichen Bonus“, sagte der VCD-Referent für Verkehrspolitik Michael Müller-Görnert. Die Autoindustrie solle lieber leichtere Fahrzeuge und sparsamere Motoren entwickeln. [am]

► EU-Kommission: [www.kurzlink.de/co2-cars](http://www.kurzlink.de/co2-cars)  
► VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10,  
E-Mail: [mail@vcd.org](mailto:mail@vcd.org), [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

EU-Konsultation**Alternative Kraftstoffe**

■ Die EU-Kommission hat eine Konsultation zu ihrer Initiative für saubere Verkehrssysteme (Clean Transport Systems – CTS) geschaltet. Der Verkehrssektor soll damit auf lange Sicht die Abhängigkeit von Öl als Kraftstoff und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Bis zum 6. Oktober können sich Interessenvertreter äußern. Auf der Grundlage der Konsultation will die Kommission im ersten Quartal 2012 eine Mitteilung zu alternativen Kraftstoffen sowie möglicherweise einen Gesetzgebungsvorschlag zu den Infrastrukturbedingungen vorlegen. [mm]

► CTS-Initiative: [www.kurzlink.de/cts-initiative-pdf](http://www.kurzlink.de/cts-initiative-pdf)  
► Konsultation: [www.kurzlink.de/consult-kraftstoffe](http://www.kurzlink.de/consult-kraftstoffe)

## WASSER &amp; MEERE

## EU-Fischereireform

**Fischereinationen zögern**

■ Der Rat der EU-FischereiministerInnen hat Ende Juli über den Reformvorschlag der EU-Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) diskutiert. In der öffentlichen Debatte wurde deutlich, dass einige Mitgliedstaaten den Übergang zu neuen Regeln verzögern wollen. Alle Staaten befürworteten aber das übergeordnete Ziel, die überfischten Bestände durch einen ökosystemaren Ansatz wieder auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen.

82 Prozent der Bestände im Mittelmeer und 36 Prozent im Atlantik sind überfischt. Die Kommission schlägt statt jährlicher Fangquoten Mehrjahrespläne vor, die auf wissenschaftlicher Grundlage Höchstfangmengen festschreiben. Das soll den „dauerhaften Höchstsertrag“ (Maximum Sustainable Yield) sichern. Einige Staaten fanden es jedoch „unrealistisch“, dieses System schon 2015 einzuführen.

Das für 2016 vorgeschlagene Verbot des Rückwurfs unerwünschten Beifangs fand Unterstützung. Einige Staaten wollen die Frist auch hier verlängern, andere wollen sie vorverlegen. Das Rückwurfverbot soll schonendere Fischereimethoden fördern.

Strittig ist das vorgeschlagene System des Handels mit Fischereirechten. Einige Staaten befürchten eine Konzentration auf wenige Großunternehmen, wenn keine Zugeständnisse und Garantien für kleinere Betriebe vereinbart werden. So etwa sollen die Regeln nur in nationalen Grenzen angewendet werden und die Konzessionen ausschließlich Fischern vorbehalten sein.

Mit ihrer Fischereireform, so die Kommission, könnten in zehn Jahren die Fischbestände um 70 Prozent und die Fangmengen um 17 Prozent wachsen.

Der Ministerrat und das EU-Parlament müssen sich nun mit den einzelnen Punkten des Reformpakets befassen und bis Ende 2012 Kompromisse finden. [jg]

► [www.kurzlink.de/gfp-fischrat-0711](http://www.kurzlink.de/gfp-fischrat-0711)

## Ölunglück

**Ölleck vor Schottland**

■ Der niederländische Ölförderer Shell steht seit einem Ölunfall seiner schottischen Plattform Gannet Alpha stark in der Kritik. Mitte August war dort ein Leck zwischen Bohrloch und Bohrinself aufgetreten. Allerdings informierte der Konzern erst drei Tage später die Öffentlichkeit. Nachdem das erste Leck geschlossen war, kam es erneut zu Komplikationen.

Umweltverbände bemängelten die fehlende Kommunikationsbereitschaft bei Shell und forderten eine Informationspflicht bei Unfällen. Der NABU verlangte zudem ein Verbot der Ölförderung in sensiblen Meeresgebieten, wozu auch weite Teile der Nordsee und das Weltnaturerbe Wattenmeer gehören.

Die EU-Kommission kündigte einen Gesetzesvorschlag zur Verschärfung der Vorschriften für Bohrungen vor den Küsten an. Bis zu dessen Verabschiedung fordern die EU-Grünen ein EU-Moratorium für neue Tiefseebohrungen.

Das Leck konnte schließlich nach über einer Woche geschlossen werden. Shell zufolge traten 200.000 Liter Öl aus. [mm]

► NABU, Meeresexperte Kim Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)3028 / 4984-1626, [www.nabu.de/meere](http://www.nabu.de/meere)

## Weltwasserwoche

**Forderungen an Rio+20**

■ Ende August ist in Stockholm die Weltwasserwoche 2011 zu Ende gegangen. TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft tauschten sich über globale Wasserfragen aus und verabschiedeten eine Erklärung zum Rio+20-Gipfel im kommenden Jahr. Darin riefen sie die Regierungen auf, Effizienzziele für den Umgang mit Wasser, Energie und Nahrung zu verabschieden. Bis 2020 solle beispielsweise der Wasserverbrauch in der Landwirtschaft um 20 Prozent sinken und die Wiederverwertungsquote bei Wasser um 20 Prozent steigen. Zu den Unterstützern der Erklärung gehören auch das

deutsche Umwelt- und das Entwicklungsministerium. Anlässlich der Konferenz rief die Umweltorganisation Green Cross alle Staaten dazu auf, die UN-Konvention zum Gewässerschutz zu unterzeichnen. Die Konvention gibt es schon seit 1997, sie ist aber noch nicht in Kraft getreten, da sie erst 24 statt der nötigen 35 Staaten ratifiziert haben. „Extreme Wetterereignisse, wie die Dürre in Ostafrika, haben eine globale Dimension. Mehr Kooperation und Regeln zum Umgang mit gemeinsamen Gewässern sind nötig, da jedes Land direkt oder indirekt durch das Wassermanagement anderer Länder betroffen ist“, sagte Marie-Laure Vercambre, Leiterin des Wasserprogramms von Green Cross.

Seit 1991 findet die Weltwasserwoche jährlich in Stockholm statt. Thema für 2012 ist globale Ernährungssicherheit. [ej, am]

► [www.kurzlink.de/waterweek-rio-20](http://www.kurzlink.de/waterweek-rio-20)

► [www.kurzlink.de/grcross-26082011](http://www.kurzlink.de/grcross-26082011)

CO<sub>2</sub>-Speicherung**CCS unter der Nordsee riskant**

■ Die Einlagerung von klimaschädlichem Kohlendioxid unter der Nordsee ist nicht ungefährlicher als an Land. Das ergab eine Studie des BUND. Der Umweltverband warnt daher davor, Projekte zur Abscheidung und Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) unter der Nordsee durchzuführen. Laut Studie birgt die zwangsläufige Verdrängung salzhaltigen Wassers Gefahren für maritime Ökosysteme. Hinzu kommt ein erhöhter Schallpegel während der Erkundung und Errichtung der Anlagen.

Große Teile der Nordsee, die laut der Bundesanstalt für Geowissenschaften (BGR) geologisch für CCS-Projekte geeignet wären, sind außerdem als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Eine Beeinträchtigung der Schutzziele sei daher absehbar, so der BUND. Den Plänen der BGR zufolge wäre vor allem das schleswig-holsteinische Wattenmeer betroffen. [ej]

► [www.kurzlink.de/studieoffshoreccs](http://www.kurzlink.de/studieoffshoreccs)

► [www.kurzlink.de/gpccsmap](http://www.kurzlink.de/gpccsmap)

Grundwasser**Nitratbelastung hält an**

■ Der Verein zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse (VSR-Gewässerschutz) und der NABU haben darauf hingewiesen, dass das Grundwasser im Einzugsbereich der Nordsee eine dauerhaft zu hohe Nitratkonzentration aufweist. Die Grenzwerte der EU-Wasserrahmenrichtlinie seien weit überschritten. Als Hauptursachen gelten die im Nordsee-Einzugsgebiet intensiv betriebene Massentierhaltung und der Biogasboom. Nach Ansicht des NABU ist die „Vermaisung“, also die flächenmäßige Ausdehnung des Maisanbaus in Monokulturen, ein besonderes Problem, da auf diesen Flächen Nitrat schnell ins Grundwasser gelange. Durch die Überdüngung werde der Prozess der Nitratauswaschung noch beschleunigt. Wegen des Risikopotenzials von Nitrat für Mensch und Umwelt fordern die Verbände einen flächendeckenden Schutz für Trinkwasser, der über die bisherigen Wasserschutzgebiete hinausgeht. [rd]

- ▶ [www.vsr-gewaesserschutz.de](http://www.vsr-gewaesserschutz.de)
- ▶ NABU, Uwe Baumert, Bremervörde, Tel. +49 (0)4761 / 71330, [www.niedersachsen.nabu.de](http://www.niedersachsen.nabu.de)

Gewässergüte**Flüsse krank und eingengt**

■ Eine vom BUND in Auftrag gegebene Studie zu den Flusslandschaften in Deutschland hat den ökologischen Zustand der deutschen Flüsse bemängelt. Trotz umfangreicher Gesetzeslage verschlechtere sich die Gewässergüte durch Einträge aus Landwirtschaft und Industrie. Vor allem die Phosphat- und Nitratkonzentration steige in vielen Flüssen übermäßig. Dafür sei auch der starke Anstieg der Biomasseproduktion verantwortlich. Wiesen und Auen seien verstärkt in Ackerland umgewandelt worden, wodurch der Schadstoffeintrag stark angestiegen sei. Außerdem verminderten Wehre und Wasserkraftwerke die Durchgängigkeit der Flüsse. [rd]

- ▶ [www.kurzlink.de/flussstudie\\_bund2011](http://www.kurzlink.de/flussstudie_bund2011)

Emskanal**Idee ist vom Tisch**

■ Die Umweltorganisationen BUND, NABU und WWF haben Abschied von ihrer Idee eines Emskanals genommen. Ein unabhängiges Gutachten ergab, dass der Bau eines Kanals zwischen Papenburg und Leer die angestrebten Naturschutzziele verfehlen würde. Die Verbände hatten den Bau des Kanals 2008 vorgeschlagen, um die Renaturierung der Unterems und die Nutzung als Schifffahrtsstraße zu entkoppeln. Die Unterems weist durch den Tidenhub und die Schifffahrt einen hohen Verschlickungsgrad und eine niedrige Sauerstoffkonzentration auf. Die Organisationen prüfen nun Alternativmaßnahmen, vor allem mögliche Veränderungen an einem Emsperrwerk, das die Wasser- und Schlickmassen der Gezeiten steuern und so die Ems vor Verschlickung schützen soll. [rd]

- ▶ Erklärung der Verbände: [www.kurzlink.de/emsk](http://www.kurzlink.de/emsk)

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

Rohstoffpolitik I**EU-Parlament nimmt Bericht zur Rohstoffstrategie an**

■ Der Bericht zur Rohstoffstrategie des deutschen EU-Abgeordneten und Parlamentsberichterstatters Reinhard Bütikofer (Grüne/EFA) ist am 13. September mit deutlicher Mehrheit vom EU-Parlament angenommen worden. Beobachter werten dies als deutliches Signal für die künftige EU-Rohstoffpolitik. Der Bericht, der zuvor im Industrieausschuss diskutiert worden war, beinhaltet Maßnahmen und Strategien, um die Ressourcennutzung effizienter zu gestalten, und zielt vor allem auf ein optimiertes Recyclingsystem ab. Dabei handelt es sich um Sammelquoten für Elektroabfälle, ein besseres Monitoring der europäischen Marktentwicklung und ein Zertifizierungssystem für die Herkunft

von Rohstoffen. Außerdem fordert der Bericht die Kommission dazu auf, eine Arbeitsgruppe für sogenannte kritische Ressourcen zu bilden.

Bütikofer sagte, die derzeitige Rohstoffsituation sei vor allem eine Chance, „den grünen Umbau der europäischen Wirtschaft entschieden voranzutreiben“. Sein Bericht setze sich außerdem für eine Verbesserung entwicklungspolitischer Governance-Strukturen ein, da die EU auf internationale Rohstoffmärkte angewiesen sei.

Der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange sprach sich für ein klares Verbot von Rohstoffimporten aus Krisenregionen aus, da dies Bürgerkriege mitfinanzieren könne. Für ihn stehe die Rohstoffgewinnung innerhalb der EU im Vordergrund. [rd]

- ▶ Dokument: [www.kurzlink.de/2011/2056-INI](http://www.kurzlink.de/2011/2056-INI)
- ▶ Reinhard Bütikofer zum Bericht: [www.kurzlink.de/buetikofer-kommentar](http://www.kurzlink.de/buetikofer-kommentar)

Rohstoffpolitik II**Ressourcenschonendes Europa jetzt mit Fahrplan**

■ Die EU-Kommission hat im September ihren Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vorgelegt. Er soll einen Weg zeigen, wie Europas Ressourcenverbrauch gemessen und vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden kann. Die Fortschritte dabei sollen mit einem „vorläufigen Leitindikator“ gemessen werden, ergänzt von einer „Anzeigetafel“ weiterer Indikatoren. Leitindikator soll Ressourcenproduktivität sein – das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Materialverbrauch in der EU.

Umweltverbände kritisierten den Leitindikator scharf. Material effizienter zu nutzen reiche nicht aus, um die vielfältigen Probleme der Übernutzung natürlicher Ressourcen zu lösen, erklärte der NABU. Friends of the Earth Europe (FoEE) forderte die Kommission auf, sich nicht auf den Materialverbrauch in der EU zu beschränken, sondern den globalen Ressourcen

cenverbrauch durch die EU mithilfe globaler Land-, Wasser- und CO<sub>2</sub>-Fußabdrücke zu messen.

Der Internalisierung von Umweltkosten widmet der Fahrplan ein ganzes Kapitel. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen und die Umsetzung ökologischer Steuerreformen sollen vorangetrieben werden. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der NABU begrüßten dies, mahnten aber, es müssten nun auch Taten folgen.

Die EU-UmweltministerInnen wollen im Dezember Schlussfolgerungen zu dem Fahrplan verabschieden. Die Kommission will dann politische und legislative Vorschläge zur Durchführung vorlegen. Auch die Mitgliedstaaten sollen tätig werden.

Gleichzeitig hat die EU-Kommission ihren Fortschrittsbericht zur thematischen Strategie zu Ressourcen im Rahmen des 6. Umweltaktionsprogramms veröffentlicht. Darin heißt es, trotz Verbesserungen bei einzelnen Ressourcen fehle in der EU weiter ein umfassendes strategisches Herangehen an Ressourceneffizienz. [am]

► Berichte, Dokumente und Positionen:  
[www.kurzlink.de/eu-roadmap-ress](http://www.kurzlink.de/eu-roadmap-ress)

## Finanzpolitik

### Grüne Politik zu teuer?

■ Die Finanzkommission der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Grünen hat festgestellt, dass die Partei mit ihrem bisherigen Wahlprogramm ein Defizit von 43,3 Milliarden Euro im Bundeshaushalt verursachen würde. Das berichtete im September die Tageszeitung Taz. Die Einnahmen aus der Ökosteuer, bei der die Grünen mit Erlösen von zehn Milliarden Euro rechneten, schätzt die Kommission geringer ein. Um dennoch die Staatseinnahmen zu steigern, schlägt die Kommission einen höheren Spitzensteuersatz vor. Unter Beachtung dieses und weiterer Vorschläge wäre das Haushaltsdefizit um etwa die Hälfte kleiner, heißt es im Fazit des Finanzberichts. [hv]

► [www.kurzlink.de/gruene-finanzkomm](http://www.kurzlink.de/gruene-finanzkomm)

## Hochtechnologien sind nicht fehlerfreundlich

**Bioökonomie ist die Antwort der Industrieländer auf Klimawandel und schwindende Ressourcen. Die Bundesregierung hat ein milliardenschweres Forschungsprogramm aufgelegt. Vor neuen Risikotechnologien warnt Steffi Ober vom NABU**

„Eine Wissenschaft, die sich für die Folgen nicht verantwortlich weiß, und eine Technik, die nicht bewusst fehlerfreundlich geplant ist, sind moralisch und politisch unreif“, schrieb der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. Das gilt auch für den Paradigmenwechsel vom erdölbasierten zum pflanzenbasierten Wirtschaften, zur sogenannten Bioökonomie. Diese umfasst alle Wirtschaftssektoren, die biologische Ressourcen nutzen, also Pflanzen, Tiere oder Mikroorganismen. Für den Aufbruch in die pflanzenbasierte Zukunft hat die Bundesregierung vor drei Jahren einen Bioökonomierat eingerichtet, um „die Rahmenbedingungen zu verbessern, die Entwicklung innovativer Technologien zu beschleunigen und zukünftigen Forschungsbedarf zu ermitteln“. Allerdings reiht sich der Bioökonomierat sowohl personell als auch strukturell in die lange Tradition ein, mit Ingenieurskunst und technischem Fortschritt all die Probleme lösen zu wollen, die aus technischem Fortschritt und einem verengten, ingenieurmäßigen Verständnis von Natur und Umwelt resultieren.

Im September 2010 übergab der Bioökonomierat sein Gutachten „Innovation Bioökonomie“ an die Bundesministerinnen für Forschung und für Landwirtschaft, Annette Schavan (CDU) und Ilse Aigner (CSU). Das Gutachten diente als Grundlage für das im darauffolgenden Winter verabschiedete Forschungsrahmenprogramm „Bioökonomie 2030“. Dieses Programm aus Schavans Ministerium hat ein Volumen von 2,4 Milliarden Euro und läuft über sechs Jahre. Das Gutachten definierte dafür zwei Ziele: die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Steigerung der Ressourceneffizienz und Sicherung der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Strategie stellt Produktionssteigerung und Biotechnologie in den Mittelpunkt und verspricht moderne, gentechnisch veränderte Allzweckwaffen. Das fand der Naturschutzbund (NABU) heraus, als er die Empfehlungen des Bioökonomierates genauer unter die Lupe nahm. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit die dramatischen Weltprobleme Folgen des Lebensstils der reichen Län-

der, der Grünen Revolution und des Erdölrauschs sind, sucht man beim Bioökonomierat vergebens. Stattdessen will der Rat eine lineare Entwicklung in der globalen Rohstoffnutzung fortschreiben. Bereits 2050 sollen 70 Prozent mehr Nahrungsmittel benötigt werden, die sich dann „als starke Konkurrenz zu benötigten Biomasse aufbauen“. Die logische Schlussfolgerung, den hohen Input an endlichen Ressourcen wie Öl und Phosphor in der Landwirtschaft drastisch zu drosseln und auf ökologisch nachhaltigere Agrarsysteme zu setzen, vermeidet der Bioökonomierat.

Fehlerfreundlichkeit und Hochtechnologien – wie sie der Bioökonomierat in allen Bereichen favorisiert – passen nicht zusammen. Für die neuen, technologiefixierten Forschungsrichtungen gibt es noch nicht einmal eine Technikfolgenabschätzung. So präsentiert der Bioökonomierat etwa die synthetische Biologie nonchalant als wichtigen Ansatz, ohne auf die Risiken einzugehen. Der Öffentlichkeit wird eine Statistenrolle zugewiesen. Kompetente Geisteswissenschaftler, die sich mit Nachhaltigkeit auseinandergesetzt haben, fehlen im Bioökonomierat fast völlig. In anderen forschungspolitischen Beratungsgremien wie Forschungsunion oder Aca-tech sieht es nicht besser aus – von Soziologen, die die gesellschaftlichen Umbrüche analysieren könnten, ganz zu schweigen.

Die Transformation der Gesellschaft für ein „biobasiertes“ Zeitalter setzt eine offene Debatte mit der Zivilgesellschaft und dem Parlament voraus. Viele der vom Bioökonomierat aufgeworfenen Fragen sind richtig und wichtig. Aber sie nur in einem demokratisch nicht legitimierten Rat zu behandeln ist zu wenig.

**Die Tierärztin Dr. Steffi Ober ist Referentin für Agrogentechnik in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.**

**Kontakt: Tel. + 49 (0)30 / 284984-1612,  
E-Mail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)  
Studie: [www.kurzlink.de/bioekonomierat](http://www.kurzlink.de/bioekonomierat)**

Umweltökologische Gesamtrechnung**Ökoindikatoren werden in Europa das BIP ergänzen**

■ Eine im August in der EU in Kraft getretene Verordnung über die umweltökologische Gesamtrechnung sieht vor, dass die EU-Mitgliedstaaten Umweltbilanzen erstellen. Diese sollen auf längere Sicht bei der Entwicklung eines Ökosozialprodukts helfen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für die volkswirtschaftliche Leistung ergänzen.

Alljährlich soll nun jeder Mitgliedstaat Daten zu Emissionen, Umweltsteuern und Materialflüssen bei der Europäischen Kommission einreichen. Diese soll dann alle drei Jahre einen Bericht herausgeben, der sich mit den gesammelten Daten, den Methoden ihrer Erhebung und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen befasst. Der erste Ergebnisbericht ist für 2013 angekündigt.

EU-Verordnungen sind in den 27 Mitgliedstaaten unmittelbar gültig, ohne dass ein nationales Gesetz verabschiedet werden muss. Bis November können die Regierungen allerdings noch einen Antrag auf einen zweijährigen Aufschub stellen. [mm]

► Verordnung: [www.kurzlink.de/V0691/2011.pdf](http://www.kurzlink.de/V0691/2011.pdf)

Green Economy**Nicht so grün wie gedacht**

■ Die sogenannte Green Economy ist möglicherweise weniger nachhaltig als angenommen. Das ergab eine Untersuchung der Nichtregierungsorganisation PowerShift und des Forums Umwelt & Entwicklung zu den wirtschaftlichen Folgen der beginnenden Rohstoffknappheit und den industriellen Forderungen nach einer staatlichen Rohstoffpolitik. Die Kurzstudie beschäftigt sich mit dem Bedarf der Branchen Windenergie, Fotovoltaik und Elektromobilität und skizziert die sozialen und entwicklungspolitischen Probleme bei der Gewinnung und Nutzung der dafür benötigten Rohstoffe Lithium, Kobalt, Kupfer und Eisenerz. Die Autoren geben Handlungsempfehlungen, wie Politik und Zivilgesellschaft die Rohstoffimportpraxis umstrukturieren können.

Ökologisch und sozial brisante Rohstoffe müssten ersetzt werden, forderte Mitautor Peter Fuchs gegenüber der Zeitung Taz. Er kritisierte die EU-Rohstoffpolitik, die vor allem auf Freihandel setze. [mm]

- PowerShift/Forum Umwelt & Entwicklung (Hrsg.): *Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die „grüne“ Wirtschaft.* [www.power-shift.de/?p=624](http://www.power-shift.de/?p=624)
- [www.taz.de/!77020](http://www.taz.de/!77020)

Finanzwirtschaft**Aufruf zum Bankwechsel**

■ Umweltorganisationen und Globalisierungskritiker rufen die Bankkunden in Deutschland dazu auf, zu einem „fai- ren“ Institut zu wechseln und nicht länger Banken zu unterstützen, die in Atom- und Rüstungsprojekte investieren oder am Nahrungsmittelmarkt spekulieren. Im August startete dazu die Kampagne „Krötenwanderung jetzt!“ von Attac, während die Aktion der Umweltorganisationen Urgewald und Greenpeace gegen „radioaktive Banken“ schon länger läuft. Es geht dabei um Verbindungen zwischen der Atomindustrie und Banken wie der Deutschen Bank und der Commerzbank. Auch der BUND erneuerte im August seine Empfehlung für „grüne“ Geldanlagen und einen Wechsel der Bank. Als Ausweg weisen alle drei Organisationen auf alternative Direktbanken wie Umweltbank, Ethikbank, GLS-Bank oder Triodos-Bank hin. Diese investierten nicht in den Rüstungs- oder Atomsektor, sondern in alternative Projekte mit hohen sozialen und ökologischen Standards. [hmp, mb]

- Attac: [www.kurzlink.de/attac-bankenwechsel](http://www.kurzlink.de/attac-bankenwechsel)
- Urgewald: [www.urgewald.de/?page=12](http://www.urgewald.de/?page=12)
- BUND: [www.bund.net/besser-leben](http://www.bund.net/besser-leben) (Bank)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## T wie Trecker

Bei Landwirtschaft und Brandenburg mögen viele zunächst an endlose Monokulturen denken. Doch alternative Konzepte sind zahlreich und Tradition, Wendezeit wie auch die aktuellen Entwicklungen bieten Raum für spannende Geschichten. Hier erzählen Praktiker und Theoretiker anekdoten- und faktenreich aus ihrer ganz eigenen Wahrnehmung – vom Biobauern bis zum Genossenschaftler, Juristen und Imker.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag (Hrsg.)  
**Umbrüche auf märkischem Sand**  
Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit –  
Entwicklungen, Risiken, Perspektiven

208 Seiten, broschiert, 14,90 Euro, ISBN 978-3-86581-263-6

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## Die Entmündigung der Demokratie muss gestoppt werden

Die Welt befindet sich in der härtesten Krise der Nachkriegszeit. Obwohl für den Finanzsektor milliarden-schwere Rettungsschirme aufgespannt wurden, spitzt sich die Krise zu – auch, weil ihre Bewältigung den Finanzexperten selbst überlassen wird. Bekämpft werden die Folgen, nicht die Ursachen. Jetzt müssen die Kräfte der Zivilgesellschaft gestärkt werden, sagen Michael Müller und Sebastian Schönauer vom DNR.

Die Regulierung der Finanzmärkte, der ökologische Umbau der Wirtschaft und die Wende zu einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik sind überfällig. Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die Politiker alle Forderungen nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte und ökologischer Modernisierung der Wirtschaft ignoriert.

Die heutige Krise ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eine längere Vorgeschichte, die bis in die 1970er-Jahre zurückreicht. Als damals die Wachstumsraten vor allem in den USA und Großbritannien zurückgingen, wurden die Weichen für Neoliberalismus und Finanzkapitalismus gestellt. Die Macht über wirtschaftliche Entwicklungen wurde Zug um Zug den Investmentbanken übertragen. Margaret Thatcher und Ronald Reagan haben als Erste die Kapitalmärkte dereguliert und liberalisiert, damit sie die Unternehmen „aufmischen“ und die Wirtschaft zu höheren Wachstumsraten antreiben und damit ihre Länder neue Stärke erreichen.

Der Finanzkapitalismus machte mit seiner Finanzgier Wettbewerbswirtschaften zu hemmungslosen Raffkes. Der ehema-

lige IWF-Direktor und Bundespräsident Horst Köhler nannte die Investmentbanken „Monster“, die alle zivilisatorischen Grenzen missachten. Von daher geht es nicht nur um einzelne Korrekturen. Der Finanzkapitalismus darf keine Zukunft haben. Die Politik läuft den ökonomischen Umbrüchen atemlos hinterher, das Krisenmanagement der Bundesregierung, der Eurostaaten oder der USA kann nicht überzeugen. Es ist Zeit für einen fundamentalen Kurswechsel, weg vom Diktat der Wall Street und des Finanzzentrums London, die nicht länger die Regeln der Wirtschaft zum eigenen Vorteil diktieren dürfen. Das erfordert mehr als eine Politik, die nur die schlimmsten Folgen abzuwenden sucht und letztlich bei nationalen Egoismen bleibt.

Damit Banken und Finanzmärkte an der Tilgung der Staatsschulden, am Umbau der Wirtschaft, an der Bekämpfung der Armut und beim Klima- und Umweltschutz beteiligt werden, ist eine zunächst europäische Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent auf den Handel mit Devisen, Aktien, festverzinslichen

Wertpapieren und Derivaten einzuführen. Zur Überwindung der Staatsschulden darf es keine Kürzungspolitik im sozialen oder Umweltbereich geben, wie jetzt in den USA geplant ist. Stattdessen sind neue Quellen für Staatseinnahmen durch Steuern auf Kapitalerträge, Vermögen und höchste Einkommen zu erschließen.

Auch das frühere Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Professor Gerhard Scherhorn fordert, dass die Finanzmärkte zivilisiert werden: „Sie dürfen nicht länger Herren der Welt sein, sondern müssen auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt werden: als Diener der Wirtschaft den Geldkreislauf zu sichern.“

Die vier wichtigsten Ziele für eine Neuordnung sind:

- ▶ Die Finanzmärkte müssen der Wirtschaft und der Gesellschaft dienen, sie dürfen nicht länger über sie herrschen.
- ▶ Der Umbau in eine nachhaltige Ordnung muss mit Nachdruck vorangetrieben werden, die Grundlage dafür ist eine „grüne Wirtschaft“.
- ▶ Die Europäische Union muss zur Nachhaltigkeitsunion werden.
- ▶ Wir brauchen mehr Demokratie, um aus der Geiselhaft des Finanzkapitalismus herauszukommen und die kreativen Potenziale in der Gesellschaft zu nutzen.

**Michael Müller und Sebastian Schönauer sind Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Der DNR hat zur Bewältigung der Finanzkrise ein ausführliches Sieben-Punkte-Papier erarbeitet.**

- ▶ DNR, AG Wachstum, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- ▶ Sieben-Punkte-Papier des DNR: [www.dnr.de/downloads/dnr-7-punkte-papier.pdf](http://www.dnr.de/downloads/dnr-7-punkte-papier.pdf)

### Mehr Platz für kritische Medienbeiträge zur Finanzkrise

„Es vergeht keine Nachrichtensendung in Radio oder Fernsehen, wo der Börse und der Verunsicherung der Märkte‘ nicht breiter Raum eingeräumt wird. Dabei hat die Börse für die Realwirtschaft nur eine geringe Bedeutung. Sie ist das Feld der Erwartungen und der Arbitragewirtschaft, die schnelle Gewinne verspricht, aber die Substanz auszehrt. Den großen Problemen unserer Zeit wie Klimawandel, Verarmung oder Arbeitslosigkeit wird in den Medien immer weniger Raum eingeräumt. Kritische Magazine werden gekürzt. Stattdessen

erklären uns Banker und Börsenanalysten die Welt durch ihre Finanzbrille. Ihre Ratschläge haben mit zur globalen Finanzkrise beigetragen. Die Berichterstattung bleibt einem System verhaftet, das die Welt in eine tiefe Krise gestürzt hat. Radio- und Fernsehanstalten müssen viel mehr Raum geben für eine kritische Bewertung. So kann die ‚Börse vor Acht‘ in der ARD einmal in der Woche gesendet werden, an den anderen Tagen sollte über die wirklichen Herausforderungen berichtet werden.“

**[Michael Müller, Sebastian Schönauer]**

## AUS DEN VERBÄNDEN

Tag der Regionen**Wer weiter denkt, kauft näher ein**

■ Vom 23. September bis zum 9. Oktober findet in Deutschland der diesjährige Tag der Regionen statt. Die Veranstaltungen sollen den Stellenwert von regionalen Produkten fördern und so zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Weitere Ziele sind die Erhaltung von Arbeitsplätzen und ein faires Miteinander. Nach Ansicht von Heiner Sindel, Sprecher des Aktionsbündnisses Tag der Aktionen, sind regionales Wirtschaften und die Stärkung der regionalen Identität wichtig für eine nachhaltige Gesellschaft. Die etwa 1.000 Veranstaltungen variieren von einer Podiumsdiskussion zu alten Nutztierassen in Schleswig-Holstein über eine walddpädagogisch betreute Wanderung in Bayern bis hin zu Verkostungen von heimischen Produkten in Rheinland-Pfalz und im Münsterland. [tg]

► [www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de)

Botanische Gärten Bonn**Nutzpflanzengarten bedroht**

■ Noch hat Bonn ein seltenes Kleinod: einen der größten und ältesten Nutzpflanzengärten in deutschen Botanischen Gärten. Mit seiner Größe und guten Erreichbarkeit dient der Garten auch der öffentlichen Bewusstseinsbildung über die Vielfalt der Kulturpflanzen und damit nicht nur universitären Belangen. Nach den Plänen für den Bonner Uni-Campus Poppelsdorf soll das Freigelände für heimische Kulturpflanzen nun aber erheblich beeinträchtigt werden. Entschieden dagegen wandte sich der Deutsche Naturschutzring (DNR) anlässlich der Übergabe einer Unterschriftensammlung des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) an den Bonner Oberbürgermeister im September. „Bonn

muss als Sitz von Einrichtungen der Vereinten Nationen und der Bundesregierung beim Schutz der biologischen Vielfalt und als Gastgeber von vielen internationalen Umweltkonferenzen ein gutes Beispiel sein“, so Röscheisen. Die Stadt solle dem Nutzpflanzengarten nicht nur bei der Bauplanung Priorität geben. Nur wer die Vielfalt der Kulturpflanzen kenne, sei auch bereit, dieses unersetzliche Kulturerbe zu schützen, sagte Röscheisen. [mb]

- DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- VEN, Vorsitzende Susanne Gura, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9480670, [www.nutzpflanzenvielfalt.de](http://www.nutzpflanzenvielfalt.de)

Rio+20- und Netzwerk21Kongress**Von Hannover nach Rio**

■ Vom 7. bis 9. Dezember findet in Hannover der Kongress „Rio+20 – Nachhaltig vor Ort!“ in Verbindung mit dem Fünften Netzwerk21Kongress statt. Hinter dem Kongress steht ein Bündnis aus 23 überwiegend bundesweit tätigen Organisationen, darunter der Deutsche Naturschutzring (DNR). Als Teilnehmende werden 600 lokale NachhaltigkeitsakteurInnen aus Kommunen, Unternehmen, Kultur, Medien und der Zivilgesellschaft erwartet. Was können Kommunen für eine nachhaltige Finanzpolitik tun? Worauf müssen sich Städte in der Zukunft einstellen? Wie gelingt eine solidarische und global gerechte Lebensweise? Solche Fragen sollen in Arbeitsgruppen oder im Plenum diskutiert werden. Die Abschlusserklärung des Kongresses soll in den nationalen Vorbereitungsprozess für den UN-Nachhaltigkeitsgipfel „Rio+20“ im Juni 2012 in Rio de Janeiro einfließen.

In einem eigenen Kongress setzen sich Jugendliche interaktiv mit lokaler Nachhaltigkeit auseinander und besuchen danach den Hauptkongress. Zum fünften Mal wird außerdem der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeichen“ verliehen. [mb]

- Kongressbüro, Svenja Koebe, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 168-45038, E-Mail: [info@rioplus20kongress.de](mailto:info@rioplus20kongress.de), [www.rioplus20kongress.de](http://www.rioplus20kongress.de)

## PREISE

B.A.U.M.-Umweltpreis**Ehrung für nachhaltiges Wirtschaften**

■ Die Preisträger des diesjährigen B.A.U.M.-Umweltpreises sind im September in Hamburg verliehen worden. Der Preis in der Kategorie Großunternehmen ging an Harry J. M. Brouwer, der laut der Laudatio als Vorsitzender der Geschäftsführung von Unilever Nachhaltigkeitsaktivitäten des Herstellers von Verbrauchergütern geprägt und verbessert hat.

Weitere Preisträger sind in den Kategorien kleine und mittelständische Unternehmen Martin Viessmann vom Heiztechnikhersteller Viessmann und Ralf Lokay von der Druckerei Lokay in Reinheim (Hessen) sowie in der Kategorie Medien Jörg Weber von Ecoreporter.de. Bei den Verbänden und Institutionen wurden Benjamin Adrion vom Verein Viva con Agua de St. Pauli und im Bereich Wissenschaft Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ausgezeichnet. Den Sonderpreis erhielt Ibrahim Abouleish von dem ägyptischen Ökolandbauunternehmen Sekem.

Die Umweltorganisationen Watch Indonesia, Robin Wood und Rettet den Regenwald kritisierten die Entscheidung, den Preis an einen Unilever-Manager zu verleihen. Sie forderten den Konzern auf, kein Palmöl seines Lieferanten Wilmar mehr zu verwenden. Nach Angaben der Organisationen zerstörten Wilmar-Sicherheitskräfte im August ein Dorf auf der indonesischen Insel Sumatra, um Proteste gegen den Landraub für Ölpalmenplantagen zu unterbinden.

Die Preisverleihung in Hamburg war Höhepunkt der zweitägigen B.A.U.M.-Jahrestagung. Unter anderem wurden neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Best-Practice-Beispiele vorgestellt. [hv]

- [www.baumev.de/umweltpreis](http://www.baumev.de/umweltpreis)
- [www.robinwood.de/28.0.html](http://www.robinwood.de/28.0.html)

## REZENSIONEN

## Mehr Matsch für Empathie und Lebensfreude

Kinder müssen forschen und wild sein dürfen. Ein erfülltes Menschsein gibt es nur im Erlebnis mit der Natur, meint Andreas Weber. Sein Buch liefert Hintergründe aus Neurowissenschaften und Psychologie, aber auch ganz praktische Tipps für Erziehungsberechtigte.



■ Lebe wild und gefährlich! So oder so ähnlich lässt sich die Hauptbotschaft von „Mehr Matsch“ zusammenfassen. In seinem mittlerweile dritten Buch hat Andreas Weber „ein großes Plädoyer für das wilde Kind“ vor-

gelegt – so zumindest die begeisterte Einschätzung einer Rezensentin. Derartige Vorschusslorbeeren und die stark beachteten Erstlingswerke Webers machen in der Tat neugierig, schließlich ist der Rezensent selbst Vater eines vierjährigen Jungen und lebt in der „naturfernen“ Großstadt. Natürlich hat er sich darüber hinaus auch schon des Öfteren die Frage gestellt, was die Kids von heute an Handy und Playstation so begeistert. Vor allem, da er sich in seiner eigenen Kindheit bevorzugt auf dem Bauernhof in der Nachbarschaft herumtrieb und von dort – längst nicht immer zur Freude der Mutter – so manchen Regenwurm als Trophäe mit nach Hause brachte. Was läuft also falsch mit unseren Kindern? Warum ist Natur für eine gesunde Entwicklung so wichtig? Und was kann man selbst tun, damit die eigenen Sprösslinge keine Stubenhocker werden?

Andreas Weber beantwortet all diese Fragen mit der geballten Kompetenz eines Biologen, Philosophen und zweifachen Vaters. Er lässt uns teilhaben an eigenen Kindheitserlebnissen, berichtet von seinen Kindern Emma und Max, die mal dreckverschmiert vom „Staufstufenmodellieren“ nach Hause kommen, ein anderes Mal weltvergessen Tiere am Strand studieren. „Kinder lieben und brauchen die Natur“, ist Andreas Weber zutiefst überzeugt, denn nur im Kontakt mit ihr entwickeln sich seelische und geistige Potenziale wie

Bindungsfähigkeit, Empathie, Fantasie und Lebensfreude – Eigenschaften, ohne die ein erfülltes Menschsein nicht möglich ist.

Doch leider ist das „Erlebnis Natur“ immer mehr auf dem Rückzug. Zu groß sind die Ängste der Eltern vor infektiösem Dreck, hohen Bäumen und anderen Gefahren für Leib und Leben, zu fantasielos und naturfern sind die meisten Lehrerinnen und Pädagogen. Dabei wäre es so einfach, den Nachwuchs für die Natur zu begeistern: ein Haufen Erde im Garten, ein Picknick im Stadtpark, Waldspaziergänge, Auf-Bäume-Klettern und Durch-Bäche-Waten – die Natur ist ein schier unendlicher Kosmos für kleine Entdecker, man muss nur genau hinschauen und seinen Kindern die Freiräume lassen, die sie brauchen. Mit „Hinschauen und Loslassen“ wäre Webers Botschaft damit abermals kurz und prägnant beschrieben. Wer hier noch Nachhilfeunterricht benötigt oder den einen oder anderen Tipp, ist auf den letzten Buchseiten genau richtig, denn die sind prall gefüllt mit Vorschlägen und Denkanstößen für Eltern und Erzieher.

Doch das Buch ist weit mehr als Erlebnisbericht und Ratgeber. Schließlich ist Weber einschlägig ausgebildet, und so bleiben auch diejenigen, die weniger leichte Kost suchen und mehr über die Hintergründe erfahren möchten, nicht auf der Strecke. Aktuelle Erkenntnisse aus der Hirnforschung, Ausflüge in die Kinderpsychologie – alles findet seinen Platz. Insgesamt ein Buch, bei dem alle auf ihre Kosten kommen sollten, ein engagiertes Plädoyer dafür, dass unsere Kinder Natur und Freiräume brauchen und ganz sicher nicht das neueste Handy oder ein straff organisiertes Freizeitprogramm. **[Christoph Hirsch]**

► Weber, A.: Mehr Matsch! Kinder brauchen Natur. Ullstein, Berlin 2011, 256 S., 18,- €, ISBN 978-3-550-08817-9

## Armes, reiches Lithiumland

Bolivien wird als Lieferant von Rohstoffen immer attraktiver. Doch die internationalen Begehrlichkeiten haben innenpolitisch ihren Preis. Hält der Andenstaat die Balance?



■ Gäbe es eine Rangliste der lebensfeindlichsten Orte auf der Welt, dieser hätte gute Chancen, ganz weit vorne mit dabei zu sein: Die Rede ist vom Salar de Uyuni, dem mit über 10.000 Qua-

dratkilometern größten Salzsee der Erde. Er befindet sich in 3.600 Metern Höhe, im Südosten eines Landes, über das man gemeinhin nur wenig weiß und über das in den Medien nur höchst selten berichtet wird. Warum auch? Bolivien gilt als das Armenhaus des südamerikanischen Kontinents; hier gibt es keine Copacabana und kein Machu Picchu und in Sachen Fußball hat sich das Land auch noch nicht hervorgetan.

Doch in jüngster Zeit weckt das Andenland Begehrlichkeiten, denn der Salar de Uyuni birgt einen kostbaren Schatz: Lithium. Ohne das Element aus der Gruppe der Alkalimetalle geht in unserer modernen Welt nichts mehr – kein Mobiltelefon, kein Notebook und auch kein Elektroauto. Das weiße Metall ist drauf und dran, sich zum Energiespeicher der Zukunft zu entwickeln – und Bolivien zu einem der wichtigsten (Rohstoff-)Staaten unserer Zeit.

Benjamin Beutler gehört zu den wenigen Menschen, die sich schon länger für Bolivien interessieren. Seit seinem 16. Lebensjahr stattet er dem Binnenstaat regelmäßig Besuche ab. Nun hat der Journalist und Regionalwissenschaftler all sein Wissen in einem anschaulichen Bericht verarbeitet. Er skizziert die bewegte Geschichte des Landes, von den Silberminen von Potosí über die Befreiungs- und Salpeterkriege des 19. Jahrhunderts bis hin zur Ausbeutung der Rohstoffe durch US-amerika-

nische Konzerne. Sein Hauptaugenmerk gilt jedoch den Chancen und Risiken des momentanen Booms um das „weiße Gold“: Wie wird sich das Land entwickeln? Wird es dem populären Präsidenten Evo Morales gelingen, das Land in eine selbstbestimmte Zukunft zu führen, oder wird Bolivien erneut zum Spielball der Global Player? Die Zukunft ist trotz manch positiver Vorzeichen offen – auch hier. Für die Gegenwart hat Benjamin Beutler wohl das Standardwerk über die bewegte Geschichte des Andenstaates vorgelegt. Verlag und Autor ist für den Mut, ein Buch jenseits der Mainstreamthemen herauszubringen, nur zu gratulieren – und es ist zu hoffen, dass ihr Vorbild Nachahmer findet. **[Christoph Hirsch]**

- Beutler, B.: Das weiße Gold der Zukunft. Bolivien und das Lithium. Rotbuch, Berlin 2011, 192 S., 12,95 €, ISBN 978-3-86789-126-4

## Kein Wirtschaftswachstum? Gut so!



■ Kann etwas unbegrenzt immer mehr werden? Mehr Konsum, mehr Geld, mehr Wachstum? Führt das automatisch zu mehr Wohlstand, mehr Lebensqualität, mehr Gerechtig-

keit? Diese Frage haben Urs Gasche und Hanspeter Guggenbühl für sich schon lange mit einem klaren Nein beantwortet. Mit einem einfachen Rechenbeispiel belegen die Autoren, dass die allgegenwärtigen Anforderungen an das Wirtschaftswachstum unrealistisch und letztlich unerreichbar sind: Wenn die Wirtschaft wie geplant in jedem Jahr um mindestens zwei Prozent zulegen soll, müssten wir in 35 Jahren doppelt so viel Geld haben und doppelt so viel konsumieren wie heute und in 70 Jahren dann viermal so viel. Nur sind die natürlichen Ressourcen irgendwann verbraucht.

„Schluss mit dem Wachstumswahn“ – unter diesem Titel zeigen die beiden

Schweizer mit anschaulichen Beispielen, dass das viel gepriesene Wirtschaftswachstum die globalen Probleme nicht mildert, sondern verschärft. Die ersten fünf Kapitel sind je einem Schwerpunkt gewidmet, etwa der auf Schulden basierenden Wirtschaftspolitik. Es folgt eine imaginäre Diskussion mit Wachstumsbefürwortern. Dieser interessante Ansatz wird jedoch durch die kompakte Wiederholung der vorangegangenen Ideen schnell langweilig. Das letzte große Kapitel stellt sechs Strategien vor, mit denen schrittweise das bestehende Wirtschaftssystem in ein nachhaltigeres und vor allem faireres umgewandelt werden könnte – teilweise etwas idealistisch, doch jederzeit nachvollziehbar. Unter anderem wird eine ökologische Steuerreform gefordert, die den Gütern der Natur ihren angemessenen Preis zuweist. Abgerundet wird das Werk von einem prägnanten Schlusswort und einem umfangreichen Anhang mit fallstudienartigen Vertiefungen einiger Argumente. Zum Weiterlesen werden Bücher und Internetseiten empfohlen.

Die Sprache ist leicht verständlich, die Fallbeispiele sind gut fassbar. Mit je zwei Tabellen und Grafiken, deren Quellen nur zum Teil nachvollziehbar sind, liefern die Autoren eher einen anschaulichen Überblick über das komplexe Feld der Wachstumskritik denn ein wissenschaftliches Sachbuch. Wer sich beim Nachrichtenschauen regelmäßig fragt, ob es wirklich so dramatisch ist, dass die Wirtschaft nicht wächst wie erhofft, dem sei dieses Buch ans Herz gelegt. Es öffnet die Augen und regt zum Reflektieren der eigenen Handlungen und Sichtweisen an. Die reflexartigen Kommentare der Politiker zum mangelnden Wirtschaftswachstum sind nach der Lektüre weniger angsteinflößend. Denn „die Zukunft gehört nicht dem Land, das noch mehr konsumiert und Menschen zu diesem Zweck in die Erwerbsarbeit treibt. Die Zukunft gehört dem Land, das seine Bedürfnisse mit möglichst wenig Energie und Rohstoffen befriedigen kann.“ **[Julia Barthel]**

- Gasche, U. P.; Guggenbühl, H.: Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr. Rüegger, Glarus 2011, 134 S., 15,- €, ISBN 978-3-7253-0965-8

## Neuer Gesellschaftsvertrag? Jetzt diskutieren!



■ Die Welt ist im Wandel. Das ist nicht neu, es beschreibt nur den Status quo. Ja, sie ist mehr denn je im Wandel. Möglicherweise ist genau das gemeint. Die eigentliche Sensation

dieser Studie ist ihr Untertitel: „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) tritt damit aus dem Schatten eines reinen Beratungsgremiums heraus. Sein neues Hauptgutachten zielt auf eine neue Gesellschaftsweise. Früher hätte man wohl gesagt: eine neue Gesellschaftsordnung.

Das sind große Worte. Wer hat sie formuliert? Neun ProfessorInnen aus Deutschland, sieben Männer und zwei Frauen: ein Klimaforscher, ein Entwicklungspolitiker, ein Kulturwissenschaftler, ein Geologe und Paläontologe, ein Systemanalytiker und Energiewirtschaftler, eine Rechtswissenschaftlerin mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht, ein Windenergietechniker und eine Nationalökonomin. Keine schlechten Voraussetzungen für eine ausgewogene interdisziplinäre Arbeitsgruppe.

Der erste Satz der „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“ (warum eigentlich nur für diese?) nimmt Bezug auf die neuen Demokratiebewegungen in der arabischen Welt. Sie werden in den Kontext des Falls der Berliner Mauer gestellt. Die Wissenschaftler sehen bereits einen „messbaren globalen Wertewandel in Richtung Nachhaltigkeit“. Und weiter: „Das kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell ist auch ein normativ unhaltbarer Zustand, denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen.“ Deshalb soll die „Transformation“ auf den Nachhaltigkeitspfad politisch beschleunigt werden. „Dabei geht es im globalen Rahmen nicht zuletzt um Fragen von Fairness und Gerechtig-

keit, auf die Antworten gefunden werden müssen.“

Gesellschaftsvertrag: Das ist eine Anspielung auf den großen französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau und sein gleichnamiges Werk aus dem Jahr 1758. Einige Jahrzehnte später, 1789, kam die französische Revolution.

In Deutschland sind in den letzten zwei Jahrzehnten die Studien Zukunftsfähiges Deutschland I (1996) und II (2006) entstanden, die grundlegende Fragen stellen und Antworten formulierten. Das WBGU-Gutachten stellt nun den dritten grundsätzlichen Entwurf zur Diskussion. Wenn jetzt noch die Bundestags-Enquetekommission mit dem langen Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ daraus wirklich umsetzbare Maßnahmen entwickelt und nicht bei der Analyse von Krisensymptomen stehen bleibt, dann kann Deutschland tatsächlich wieder ein Land der politischen Ideen sein und seiner Vorreiterrolle nicht nur im Technologiesektor gerecht werden.

Das Gutachten sollte jedenfalls genauso intensiv diskutiert werden wie die Studien zum zukunftsfähigen Deutschland. Da die ganze Welt in den Blick genommen wird, ist diese Studie womöglich sogar der neue Bezugsrahmen für komplexe Diskussionsprozesse: Was heißt Gerechtigkeit im Zeitalter endlicher Ressourcen? Was bedeutet dabei Fairness? Die Welt wird sicherlich bald noch viel heftigere Eruptionen um die Verteilung bestimmter Rohstoffe, Güter und Leistungen erleben. Um eine halbwegs friedliche Ordnung in der Welt aufrechtzuerhalten, brauchen wir solche Studien und universale Prinzipien.

Die WissenschaftlerInnen haben ihre Arbeit getan. Jetzt müssen Lesestunden folgen und dialogische Diskussionen. Machen wir diese Studie bekannt. Man bekommt sie kostenlos. Das ist der Vorschuss fürs Weitertragen. **[Michael Zschiesche]**

- ▶ Schellnhuber, H. J. u. a.: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. WBGU, Berlin 2011, 448 S., kostenlos, ISBN 978-3-936191-36-3. [www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)

## INTERNET

### Antworten auf Kleine Anfragen

■ Mit Kleinen Anfragen können Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen die Bundesregierung zu einer Stellungnahme zu bestimmten Sachverhalten bewegen – ein wirksames Instrument der Oppositionsarbeit. Die Antworten auf Umwelt- und Naturschutzanfragen können jetzt auf der Seite des Bundesumweltministeriums nachgelesen werden. Der Pressebereich für parlamentarische Vorgänge bündelt sämtliche Anfragen und leitet die LeserInnen direkt zur entsprechenden Antwort der Bundesregierung weiter. **[mm]**

- ▶ [www.bmu.de/38574](http://www.bmu.de/38574)

### Lebensmittelklarheit

■ Ein neues Internetportal der Verbraucherzentrale bietet die Möglichkeit, falsch oder irreführend gekennzeichnete Lebensmittelverpackungen zu melden. Ob Hanuta-Haselnusschnitte oder GutBio-Apfel-Sanddornsaft, jede Meldung wird von der Verbraucherzentrale geprüft und bewertet. Auch der Hersteller kann eine Stellungnahme abgeben. Daneben bietet das Portal Informationen zur korrekten Kennzeichnung von Lebensmitteln. **[hv]**

- ▶ [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de)

### Alte Kulturpflanzen

■ Auf einem neuen Internetportal der rheinland-pfälzischen Landesregierung können Anbauer, Züchter und Vermehrer, alte, vom Aussterben bedrohte Kulturpflanzensorten eintragen. Auf diese Weise soll verstreutes Wissen über züchterische Fragen, Anbaueignung, Pflege und Verwendung zusammengetragen werden. Das Portal wurde von Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken (Grüne) gestartet. **[hv]**

- ▶ [www.dlr.rpl.de](http://www.dlr.rpl.de)

## Impressum

umwelt aktuell Oktober 2011  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** René Dittrich [rd], Julia Glahe [jgl], Teresa Gross [tg], Franziska Lindner [fl], Eva Mahnke [em], Marie Moritz [mm], Hans-Magnus Preuß [hmp], Hanna Vlasák [hv], Dietrich von Tengg-Kobligk [dtk]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

**Kontakt:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg  
**Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## TERMINE

## OKTOBER

08.10.,  
Bremerhaven (D)  
**EU-Politik: Wem gehört der Fisch?** Tagung  
► Fair Oceans,  
Ocean2012, Forum

Umwelt & Entwicklung; Tel. +49 (0)152 / 29517004,  
E-Mail: fair-oceans@gmx.info, www.fair-oceans.info

09.–12.10., Vilm bei Rügen (D)

**Neue Wege im Moorschutz**

► Bundesamt für Naturschutz, Tel. +49 (0)38301 / 86112, E-Mail: martina.finger@bfv-vilm.de, www.bfn.de

10.–11.10., Bonn (D)

**Agrobiodiversität in Deutschland. Rückblick, Stand und Ausblick.** Symposium

► Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Gabriele Blümlein, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6845-3244, E-Mail: gabriele.bluemlein@ble.de, www.genres.de

10.+20.+29.10., Wuppertal (D)

**Her mit dem guten Leben! Gegenentwürfe zur globalen Krise. Wuppertaler Süd-Nord-Kolloquium**

► Informationsbüro Nicaragua, Tel. +49 (0)202 / 300030, Fax 314346, E-Mail: info@informationsbuero-nicaragua.org, www.informationsbuero-nicaragua.org

12.–13.10., Berlin (D)

**Transformationsforschung für ein nachhaltiges Energiesystem.** Jahrestagung 2011

► ForschungsVerbund Erneuerbare Energien (FVEE), Tel. +49 (0)30 / 284938-44, Fax -50, E-Mail: fvee2011@congressa.de, www.fvee.de

13.–14.10., Tulln an der Donau (A)

**European Network on Soil Awareness – ENSA**

► Umweltbundesamt, Monika Tulipan, Wien, Tel. +43 (0)1 / 313043661, E-Mail: monika.tulipan@umweltbundesamt.at, www.bodeninfo.net

13.–14.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)  
**Biodiversitätsschäden und Umweltschadensgesetz**

► NNA, Susanne Pötsch, Tel. +49 (0)5198 / 9890-78, Fax -95, E-Mail: susanne.poetsch@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

14.–15.10., Schwerte bei Dortmund (D)

**Grünes Wachstum konkret. Ist Deutschland auf dem Weg in eine nachhaltige Wirtschaft?** Tagung

► Ev. Akademie Villigst, Tel. +49 (0)2304 / 755322, E-Mail: r.faeckeler@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de/akademie

14.–16.10., Meuchefitz (D)

**Die Energiefrage im Grünen Kapitalismus.** Seminar  
► Bundeskoordination Internationalismus, E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info

15.10., Berlin (D)

**Natürlich engagiert! Forum für****Umweltinteressierte.** Vorträge/Diskussionen

► Deutscher Naturschutzring (DNR) und Mitgliedsverbände; DNR, Juliane Grüning, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: juliane.gruening@dnr.de, www.dnr.de

17.–18.10., Bad Waldsee-Reute (D)

**Güledüngung und Gärrestdüngung auf Grünland**

► Landwirtschaftliches Zentrum Baden-Württemberg, Tel. +49 (0)7525 / 9423-00, Fax -70, E-Mail: poststelle@lazbw.bwl.de, www.lazbw-kurs.de

18.–19.10., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

**Megatrend oder Worthülsen? Das Thema Nachhaltigkeit in der Berichterstattung.** Seminar

► Beate und Hubert Weinziel Stiftung, Tel. +49 (0)9966 / 555, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

20.10., Berlin (D)

**Ja zu einer europäischen Bodenschutzrichtlinie.** Tagung

► Deutscher Naturschutzring (DNR), Europäisches Umweltbüro (EEB); DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de/termine/dnr

20.10., Berlin (D)

**Weichenstellungen für eine ressourcenschonende, kohlenstoffarme und armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit.** Workshop

► Forum Umwelt & Entwicklung, Claudia Kabel, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, Fax -80, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de/?13

20.–21.10., Schwedt/Oder (D)

**Schutz und Entwicklung von Auenlandschaften in Europa.** Tagung

► KIT, Nationalpark Unteres Odertal, Brandenburgische Akademie, Tel. +49 (0)3332 / 838841, www.brandenburgische-akademie.de

21.–23.10., Tutzing am Starnberger See (D)

**Klima-Killer Kuh?** Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251126, Fax 996426, E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

25.10., Berlin (D)

**Brauchen wir eine andere Politik oder ein anderes Wirtschaftssystem?** Konferenz

► Förderverein Ökologische Steuerreform, Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

26.10., Berlin (D)

**Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland. Wer trägt die Verantwortung für die Folgen des Bergbaus in Kolumbien und Peru?** Tagung

► Kampagne Bergbau Peru, Kolko, Misereor u. a., E-Mail: bergbau@kolko.net, www.kolko.de

## NOVEMBER

03–09.11., Berlin (D)

**Jahrestagung der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft 2011**

► Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft, Tel. +49 (0)441 / 25700, Fax 2489828, E-Mail: dbg@dbges.de, www.dbges.de

05.11., Düsseldorf (D)

**Gentech-Mafia. Die Seilschaften von Bayer, Monsanto & Co.** Jahrestagung

► Coordination gegen Bayer-Gefahren, Tel. +49 (0)211 / 3339-11, Fax -40, E-Mail: cbgnetwork@aol.com, www.cbgnetwork.de

09.11., Berlin (D)

**Was kann Landwirtschaft zur Green Economy beitragen?** Workshop

► Forum Umwelt & Entwicklung, Claudia Kabel, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, Fax -80, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de/?13

26.11., Bonn

**Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings**

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40  
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

UN-Dekade-Thema 2012

# Klimafreundlich essen will gelernt sein

Man kann sich sehr wohl klimafreundlich und lecker ernähren! Das will der Dach- und Fachverband für außerschulische Umweltbildung ANU auf seiner diesjährigen Bundestagung zeigen. Viele ANU-Landesverbände wollen im kommenden Jahr Ernährung als Thema stärker aufgreifen. Der Blick über den Tellerrand ermöglicht neue Ansätze für eine ganzheitliche Bildung.

□ Der Mensch ist, was er isst! Sind Sie ein „Desinteressierter Fast-Fooder“, der ohne groß nachzudenken alles in sich hineinschaufelt? Oder vielleicht gar ein „Billig- oder Fleischesser“, der nach dem Motto lebt: bitte ein großes Schnitzel ohne Beilagen? Vielleicht sind Sie ein „Freudloser Gewohnheitskoch“ oder doch mehr der „Fitnessorientierte Ambitionierte“? Fachleute unterscheiden mindestens sieben verschiedene Ernährungsstile, die dennoch bestenfalls vereinfachte Erklärungsmuster für das komplizierte Zusammenspiel kultureller, psychologischer, kognitiver und emotionaler Faktoren unseres Ernährungsverhaltens sind. Trotz Wissen und Bewusstsein – unser Bauch steuert die meiste Zeit unser Ernährungsverhalten.

## Wann kommt die Ernährungswende?

Ernährung ist ein elementares Grundbedürfnis. Es besitzt eine hohe Klimarelevanz und kann sogar Revolutionen auslösen. Während letztes Jahr in Russland die Weizenernte verdorrte, gab es zeitgleich Überschwemmungen in Australien und Kanada. Daraufhin stieg der Weizenpreis an den internationalen Börsen und Spekulanten verstärkten den Trend. Unruhen brachen in Usbekistan, Tunesien und Ägypten aus – und ermöglichten den arabischen Frühling. In Afrika wird immer mehr Bauern die Existenzgrundlage entzogen, weil die landwirtschaftlichen Produktionsflächen an ausländische Konzerne verkauft werden. Und obwohl Millionen Menschen auf der Welt hungern, werden immer mehr Lebensmittel als Energieträger einfach verbrannt.

## Containern, Slow Food und Klimateller

Im September startete in den deutschen Programmkinos der Dokumentarfilm „Taste the waste“. Er zeigt, dass rund ein

Drittel aller Lebensmittel im Supermarkt zum Beispiel wegen des abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatums vorzeitig entsorgt werden, obwohl sie noch verzehrt werden könnten. Nächtliches Beutesammeln, neudeutsch auch „Containern“ oder „Dampster Diving“ genannt, findet immer mehr Anhänger. Auch eine „klimafreund-

### THEMENHEFT: ERNÄHRUNGSWENDE

liche Ernährung“ hat bei uns Konjunktur. Es gibt klimafreundliche Restaurants, Klimakochbücher, die Slow-Food-Bewegung und die Kampagne „Regionale Produkte“. Jeden Mittwoch bieten alle Hamburger Hochschulmensen nur den „Klimateller“ an. Er enthält zwar auch Fleisch, doch alle Zutaten wurden ausgewählt, weil sie möglichst wenig CO<sub>2</sub> freisetzen.

## Umweltbildung hat viele Möglichkeiten

Ernährung ist das Schlüsselthema für eine nachhaltige Entwicklung unserer Welt. Die meisten Menschen verbinden mit nachhaltiger Entwicklung allerdings eher Klimaschutz, Energiesparen oder globale Gerechtigkeit als Ernährungsthemen. Die Deutsche Unesco-Kommission hat daher Ernährung zum Jahresthema 2012 der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerufen.

Breite Unterstützung erfährt die Kommission dabei von der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU). Der ANU-Bundesverband will seine Mitglieder bei seiner Bundestagung vom 21. bis 23. Oktober in Altenkirchen (Westerwald) auf die Bedeutung des Themas hinweisen und sie zum Mitmachen auffordern. Auf ihrer Internetseite [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de) versammelt die ANU seit Jahren her-

ausragende Praxisbeispiele, Kontakte und wichtige Hintergrundtexte zum Themenbereich Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit. Der bundesweite Veranstaltungskalender der ANU verzeichnet für die kommenden zwölf Monate mehr als 110 Bildungsangebote zum Themenbereich Globales Lernen/Landwirtschaft und Welternährung und noch einmal doppelt so viele zum Bereich Umweltschutz und Ernährung.

Die ANU Bayern hat für das kommende Jahr eine landesweite Ernährungskampagne geplant. Sie besteht aus einer Auftaktveranstaltung, sogenannten Eat-In-Aktionen zu Klima und Gerechtigkeit, einer Ausstellung „Nachhaltige Ernährung – Essen für die Zukunft“ und Projektworkshops an möglichst vielen Schulen.

Das Hamburger ANU-Mitglied ÖkoMarkt-Verein startete das Projekt Schule und Landwirtschaft. Es veranschaulicht Kindern und Jugendlichen die Entstehung ihrer Lebensmittel auf ökologischen Höfen sowie die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte.

In vielen Umweltbildungszentren wird fairer Kaffee ausgeschenkt, außerdem kommen nur regionale oder ökologische Produkte auf den Tisch. Nun wäre es an der Zeit, die Zusammenarbeit mit Eine-Welt-Gruppen zu verstärken und sich an eine ganzheitliche Umsetzung des Themas zu wagen. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ Ernährungstypen: [www.hamburg.de/fachgespraeche](http://www.hamburg.de/fachgespraeche) (29.06.11 – Klimaschutz und Ernährung)
- ▷ Pädagogische Beispiele zu Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit: [www.umweltbildung.de/167.html](http://www.umweltbildung.de/167.html)
- ▷ Ernährungskampagne in Bayern: [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de) (Marketing – Kampagne Ernährung 2012)

## BLICKPUNKT

Ernährungsbildung in der Schule

### Chance und Notwendigkeit zur Zukunftsgestaltung

□ Die Entwicklung zu Ganztageseinrichtungen führt dazu, dass immer mehr SchülerInnen bis zu acht Stunden täglich dort verbringen. Während früher Ernährung über den Alltag in der Familie vermittelt wurde, führt diese zeitliche Verschiebung zu einem riesigen Wissensdefizit bei Kindern und Jugendlichen. Kenntnisse zur Zubereitung von frischen Lebensmitteln, zu Jahres- und Erntezeiten, zur Regionalität von Lebensmitteln sind in weiten Teilen der jungen Bevölkerung nicht mehr vorhanden. Gerade aber solche Kenntnisse benötigen junge Erwachsene, wenn Sie sich mit Klima und Ernährung auseinandersetzen wollen. Ausdruck dieses Defizits ist zum Beispiel der von den Verbraucherzentralen herausgegebene Kalender saisonaler Produkte wie Obst und Gemüse.

Dass Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in der Schule verbringen, ist aber auch eine Chance für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Verbraucherbildung. Schulen müssen eine Schulverpflegung organisieren und damit das Thema Essen und Trinken in die Schule holen. Das gemeinsame Mittagessen kann direkt für die Ernährungsbildung genutzt werden, beispielsweise indem bei der Gestaltung die kulturelle Vielfalt der SchülerInnen berücksichtigt wird. Eine 2010 von Icon Kids & Youth durchgeführte Studie: „So is(s)t Schule in Deutschland“ lässt hier eine große Bereitschaft bei Jugendlichen erkennen. Sie wünschen sich ausdrücklich mehr internationale Bezüge bei der Schulverpflegung.

Die Verbindung von Ernährung und Klimaschutz macht es möglich, neue Inhalte in den Unterricht einzubringen und SchülerInnen beim Erwerb von Kompetenzen für eine nachhaltige Lebensweise zu unterstützen. Hier bietet sich eine große Chance für die Bildung für nachhaltige Entwicklung. **[Reiner Mathar]**

## SCHWERPUNKT: ERNÄHRUNGSWENDE

Virtuelle Hilfe

### Lehrmaterialien im Internet

□ Zum Thema Ernährung finden sich auf der Seite [bne-portal.de](http://bne-portal.de) nach Zielgruppen gegliederte Materialien zur Umsetzung von Ernährungsprojekten im schulischen und außerschulischen Lernen. Ob Aktionsbausteine für die Erwachsenenbildung, Bildungs-Bags zu Klimawandel, Globalisierung und kultureller Vielfalt oder Materialienkoffer für ein Klimafrühstück – für jede Lernsituation lässt sich etwas Passendes finden.

▷ [www.kurzlink.de/bne-ernaehrung](http://www.kurzlink.de/bne-ernaehrung)

Buchtipp

### Tiere essen

□ „Tiere essen“ von Jonathan Safran Foer schildert die Extreme und Auswirkungen der Fleischindustrie unter Bedingungen, in denen die wirtschaftliche Gewinnmaximierung Hauptziel geworden und die Versorgung mit Nahrungsmitteln nur noch Vorwand ist. Als Beispiel dient die Massentierhaltung in den USA. In den Text sind Berichte von Betroffenen der verschiedenen Interessen eingebaut. Umfangreiche Quellenhinweise und eine Ergänzung zur Situation in Deutschland runden das Buch ab.

▷ [www.kurzlink.de/rez-foer-ch](http://www.kurzlink.de/rez-foer-ch)

Filmtipp

### Essen im Eimer: Die große Lebensmittelverschwendung

□ Dieser WDR-Film dokumentiert, dass mehr als die Hälfte der produzierten Lebensmittel nicht im Magen, sondern im Müll landet. Das meiste schon auf dem Weg vom Acker in den Laden: jeder zweite

Kopfsalat, jede zweite Kartoffel und jedes fünfte Brot. Das hat verheerende Folgen für das Weltklima. Der 30-minütige Film ist für den Einsatz in Ober- und Sekundarstufe II geeignet.

▷ [www.planet-schule.de/sf/php/02\\_sen01.php?sendung=8459](http://www.planet-schule.de/sf/php/02_sen01.php?sendung=8459)

Lehr-DVD

### Hintergrund zum Dokumentarfilm „Hunger“

□ Der 90-minütige Dokumentarfilm „Hunger“ zeigt, wie Menschen, Gruppen und Organisationen dem Hunger in der Welt begegnen wollen. Die Bildungs- und Informations-DVD zum Film ist kürzlich mit der Comenius-Medaille für didaktische Multimediaproduktionen ausgezeichnet worden. Das DVD-Paket besteht aus einer Video-DVD mit dem Film „Hunger“ und einer Daten-DVD mit medienpädagogischem Material zu den Länder- und Themenschwerpunkten des Films.

▷ [www.brot-fuer-die-welt.de/shop/DVD--Hunger-.html](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop/DVD--Hunger-.html)

## ANU AKTUELL

21 Jahre ANU-Bundesverband

### Umweltbildung als Akteur der Ernährungswende

□ Vom 21. bis 23. Oktober findet in Altenkirchen (Westerwald) die ANU-Bundestagung 2011 statt. Am 22. Oktober abends feiert die ANU ihren 21. Geburtstag. Unter dem Motto Vernetzen – Querdenken – Gestalten wird ein Blick auf Erreichtes und Zukünftiges geworfen, dazu gibt es Kunst, Musik und leckeres Essen.

Das Thema der Jahrestagung „Ernährungswende jetzt!“ stellt die Umweltbil-

derung als Akteur der Ernährungswende in den Mittelpunkt. „Aus der Praxis für die Praxis“ bietet die bundesweite Tagung MultiplikatorInnen, FachberaterInnen sowie VertreterInnen aus Verbänden und Politik fachliche Orientierung, zukunftsweisende Handlungsansätze und viele Verknüpfungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. [jfs]

- ▷ Information und Anmeldung:  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de) (rechte Spalte)

## Hamburg

### Zentrum Schulbiologie und Umwelterziehung wird 25

□ Seit einem Vierteljahrhundert vermittelt das Hamburger Zentrum für Schulbiologie und Umwelterziehung (ZSU) ein breites Angebot zum Themenkomplex Natur erleben, Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Neben einer Energiewerkstatt gibt es einen Schulgarten, eine Tierstation, ein Wasserlabor und eine Umweltschule. Das ZSU wurde seit 2005 dreimal in Folge als offizielles Projekt der UN-Weltdekade BNE ausgezeichnet und hat sich so zur zentralen Umweltbildungseinrichtung für Schulen in Hamburg entwickelt. Das ZSU wird seit seiner Gründung vom Förderverein Schulbiologiezentrum Hamburg tatkräftig unterstützt und bietet auch ein eigenes Familienprogramm mit Kindergeburtstagen und vielen Veranstaltungen an. [jfs]

- ▷ [www.li.hamburg.de/zsu](http://www.li.hamburg.de/zsu)

## Mecklenburg-Vorpommern

### ANU befragte Parteien zur Landtagswahl

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Mecklenburg-Vorpommern hatte die demokratischen Parteien vor der Landtagswahl nach ihren

Vorhaben in Bezug auf Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung befragt – immerhin sechs Parteien haben schriftlich geantwortet. Einen Überblick über die Antworten hat der Landesverband auf seiner Webseite veröffentlicht. Zusätzlich wurden Interviews mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien geführt. [lh]

- ▷ Videos: [www.bneregionalkoordinatorenmv.wordpress.com/aktuelles](http://www.bneregionalkoordinatorenmv.wordpress.com/aktuelles)
- ▷ [www.anu-mv.de](http://www.anu-mv.de)

## München

### HeideHaus Fröttmaning öffnet seine Pforten

□ Die Fröttmaninger Heide ist ein ehemaliger Truppenübungsplatz im Münchner Norden, der sich zu einem wertvollen Biotop entwickelt hat. Der Heideflächenverein Münchener Norden konnte insbesondere mit Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II hier ein attraktives Informations- und Umweltbildungszentrum errichten. Es dient dem Schutz der Heideflächen und der Besucherinformation. Das reichhaltige Bildungsprogramm umfasst neben Naturerlebnisangeboten auch einen Heidepfad und Fahrradexkursionen. Die Eröffnung fand im Juli mit einem bunten Aktionsprogramm rund um die Heide statt. [jfs]

- ▷ [www.heideflaechenverein.de](http://www.heideflaechenverein.de)

## 4. Norddeutsche NUN-Konferenz

### Wolfsburger Erklärung verabschiedet

□ Für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft reichen allein technische Lösungen nicht aus. Vielmehr ist ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung nötig, der

nur durch begleitende Bildungsmaßnahmen erreicht werden kann. Dies ist die wesentliche Botschaft der 4. NUN-Konferenz, die Anfang September in der Autostadt von VW und im Science-Center Phae-no in Wolfsburg stattfand. Mehr als 200 BildungsexpertInnen aus allen Bildungsbereichen in Norddeutschland tauschten ihre Erfahrungen zum Thema „Stadt in Bewegung – Beiträge der Bildung für eine nachhaltige Mobilität in der Stadt“ aus. Am Ende verabschiedeten sie zehn Anregungen und Forderungen in einer „Wolfsburger Erklärung“. Danach sollte in allen Bildungsinstitutionen ein Ansprechpartner für BNE existieren und bei allen kommunalen Planungsvorhaben, zum Beispiel bei der Verkehrsplanung, die Bildung berücksichtigt werden. [jfs]

- ▷ [www.nun-dekade.de](http://www.nun-dekade.de)

## Brandenburg

### Lehrstätte Lebus startet unter neuer Trägerschaft

□ Seit Mai dieses Jahres ruhte der Betrieb der Bildungsstätte Lebus in der Nähe von Frankfurt/Oder. Die reizvoll gelegene Einrichtung an den Oderhängen ist seit der Wende Mitglied im Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten (BANU) und wird vom Umweltministerium in Brandenburg finanziert. Nach einer Überprüfung durch das Finanzministerium fand eine Zukunftskonferenz mit allen Beteiligten statt. Als Ergebnis wird die Einrichtung nun an die Stiftung „Besser leben“ als neuem Träger übergeben und den Betrieb wieder aufnehmen. Sie soll dadurch serviceorientierter und flexibler auf die Wünsche der Teilnehmer und Veranstalter eingehen können. [jfs]

- ▷ Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV), Frauke Zelt, Lebus, Tel. +49 (0)33201 / 442173, E-Mail: [frauke.zelt@lugv.brandenburg.de](mailto:frauke.zelt@lugv.brandenburg.de), [www.mugv.brandenburg.de/info/lebus](http://www.mugv.brandenburg.de/info/lebus)

ANU-Bundesverband

## Real World Learning Network

□ Im Dezember startet das auf 36 Monate angelegte Projekt Real World Learning Network. Das EU-Comenius-Projekt, in dem der ANU-Bundesverband Kooperationspartner ist, will in der Zusammenarbeit von Partnern aus Großbritannien (Initiator: Richard Dawson, Field Studies Council), Deutschland, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Italien naturbezogenes Lernen aus erster Hand vor allem unter BNE-Gesichtspunkten stärken. Das erste Treffen der LänderkoordinatorInnen findet Anfang 2012 in Tschechien statt. Thorsten Ludwig ist der Länderkoordinator für Deutschland. [lh]

### WISSENSWERT

Studie

## Jugend und Nachhaltigkeit

□ Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 14- bis 18-jährigen Jugendlichen in der Schweiz sind in digitaler Form in der Publikationsreihe der Stiftung Umweltbildung Schweiz erschienen. Die Studie basiert auf einer 2009 durchgeführten Befragung von Jugendlichen aus Deutschland und Österreich und ermöglicht einen Vergleich. Insgesamt zeigte sich, dass Jugendliche auf die aktuellen Herausforderungen wie Hunger, Armut und Klimawandel vorbereitet sein wollen.

▷ [www.umweltbildung.ch/jugend\\_nachhaltigkeit](http://www.umweltbildung.ch/jugend_nachhaltigkeit)

Fachliteratur

## Die Welt von morgen

□ „Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?“ Damit beschäftigen sich Harald Welzer und Klaus Wiegandt in ihrem Buch „Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung“. Dafür versammeln die beiden Herausgeber

13 Aufsätze, die sie als „konkrete Utopien“ bezeichnen. Ein Buch, das mit Fakten erschreckt, aber auch die Kraft für Veränderungen zu wecken vermag.

▷ Welzer, H.; Wiegandt, K.: Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt von morgen aus? S. Fischer, Frankfurt/M. 2011, 352 S., 12,99 €, ISBN 987-3-596-18794-2

Kurzfilmwettbewerb

## „greenITube“

□ Das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) schreibt unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth einen Kurzfilmwettbewerb aus. Gesucht werden Filme und Videospots von maximal fünf Minuten Länge, die sich auf kreative, informative und unterhaltsame Art mit umweltfreundlicher Informationstechnik, kurz „Green IT“, beschäftigen. Die Beiträge sollen auf Youtube veröffentlicht werden. Die drei Gewinner werden öffentlich prämiert, als Hauptpreis gibt es 1.000 Euro. Einsendeschluss ist der 20. Oktober.

▷ IZT, Dr. Siegfried Behrendt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 80308810, E-Mail: [kurzfilmwettbewerb@izt.de](mailto:kurzfilmwettbewerb@izt.de), [www.izt.de/izt-im-ueberblick/profil/izt-kurzfilmwettbewerb](http://www.izt.de/izt-im-ueberblick/profil/izt-kurzfilmwettbewerb)

Onlineservice

## Umwelt im Unterricht

□ Damit es Lehrkräfte leichter haben, auch aktuelle Umweltthemen im Schulunterricht zu behandeln, bietet das Bundesumweltministerium kostenlose Materialien an. Es greift dabei sowohl brisante Ereignisse wie die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko also auch „Dauerbrenner“ wie die Qualität von Badegewässern auf. Das Bildungsangebot kann für jede Altersstufe angepasst werden und soll sich kontinuierlich weiterentwickeln. [tg]

▷ [www.umwelt-im-unterricht.de](http://www.umwelt-im-unterricht.de)

### UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere Termine unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

23.–26.10., Gießen (D)

#### Multiplikatorenfortbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Internationale Expertennetzwerk BNE der GIZ bietet für LehrerfortbildnerInnen und AusbilderInnen in der Lehrerbildung eine aus fünf Modulen bestehende Fortbildung an. Die ersten Module behandeln BNE im Kontext globaler Herausforderungen, Konzept und Aufgabenbereich von BNE sowie BNE in der Schule und als ganzheitlicher Ansatz. Weitere Bausteine sind Curriculum und Unterrichtsplanung und die Beurteilung und Evaluation der BNE-Fortbildungsmaßnahmen.

▷ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), Michaela Reithinger, E-Mail: [michaela.reithinger@giz.de](mailto:michaela.reithinger@giz.de)

14.11., München (D)

#### Projekttag/-wochen zur nachhaltigen Ernährung in und mit Schulen. Workshop

In Bayern gibt es 2012 wieder eine Umweltbildungskampagne, diesmal zur „nachhaltigen Ernährung“. Der Workshop richtet sich an MitarbeiterInnen von Umweltstationen, UmweltpädagogInnen, ErnährungsberaterInnen mit Erfahrungen in der Umweltbildung mit Schulen und MitarbeiterInnen aus der Einzel-Bildungsarbeit. Schwerpunkte sind BNE und nachhaltige Ernährung, Planung von Projektwochen/-tagen, gute Beispiele zur nachhaltigen Ernährung und Entwicklung eigener Angebote.

▷ [www.oeko-akademie.de](http://www.oeko-akademie.de)

### Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

# ANU

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), [oekopaednews@anu.de](mailto:oekopaednews@anu.de);  
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], [jfs@oekopaednews.de](mailto:jfs@oekopaednews.de)

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)